



32. Sitzung

Mittwoch, 11. Mai 2016

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Christiane Schneider

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung, Änderung und Ergänzung der **Tagesordnung** 2131

Aktuelle Stunde 2131

CDU-Fraktion:

Chaos in der Justiz – Skandal-Senator Steffen ist Sicherheitsrisiko für unsere Stadt

mit

FDP-Fraktion:

Chaos-Tage in der Justizbehörde: Senator Steffen überfordert!

Richard Seelmaecker CDU	2131, 2145
Urs Tabbert SPD	2132, 2146
Farid Müller GRÜNE	2134
Martin Dolzer DIE LINKE	2135, 2143
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP	2136, 2143, 2147
Dirk Nockemann AfD	2137, 2144
Dr. Till Steffen, Senator	2138
André Trepoll CDU	2139
Milan Pein SPD	2140
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	2142

GRÜNE Fraktion:

Dialog zwischen den Religionen: Gemeinsam gestalten wir unser Hamburg

(Fortführung am 12.05.2016)

Fraktion DIE LINKE:

Falsche Richtung des Senats in der Wohnungspolitik: zu viel teure Wohnungen, zu wenig Schutz für MieterInnen mit geringem Einkommen

(Fortführung am 12.05.2016)

AfD-Fraktion:

Scholz: AfD nicht dämonisieren! AfD: Denn man tau!

(Fortführung am 12.05.2016)

SPD-Fraktion:

Gerade jetzt: Hamburg steht für die Grundwerte der Europäischen Union: Freizügigkeit, Toleranz und Solidarität

(Fortführung am 12.05.2016)

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde

– Drs 21/1466 –

2148

und

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung

– Drs 21/2316 –

2148

und

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung

– Drs 21/4326 –

2148

Ergebnis

2167

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Hamburger Ferienpass 2016 – Angebot des städtischen Schwimmbad-Betreibers Bäderland wieder aufnehmen

– Drs 21/4253 –

2148

dazu

Antrag der FDP-Fraktion:

Hamburger Ferienpass 2016 – Angebot des städtischen Schwimmbad-Betreibers Bäderland wieder aufnehmen

– Drs 21/4392 –

2148

Mehmet Yildiz DIE LINKE 2148, 2154

Juliane Timmermann SPD 2149, 2155

Thomas Kreuzmann CDU 2151

Christiane Blömeke GRÜNE 2151

Daniel Oetzel FDP 2153

Dr. Bernd Baumann AfD 2154

Integration ernst nehmen – Schulpflicht durchsetzen

– Drs 21/3896 –

2155

mit

Antrag der CDU-Fraktion:

"Generation Allah" entgegenwirken – Integration von Anfang an

– Drs 21/4204 –

2155

Anna-Elisabeth von Treuenfels-

Frowein FDP

2155, 2164

Barbara Duden SPD

2157

Karin Prien CDU

2158, 2165

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE

2160, 2166

Cansu Özdemir DIE LINKE

2161, 2166

Dr. Jörn Kruse AfD

2162

Ties Rabe, Senator

2163

Beschlüsse

2166

Antrag der AfD-Fraktion:

Gymnasien und Stadtteilschulen stärken – Eignungstests einführen

– Drs 21/4226 –

2167

dazu

Antrag der CDU-Fraktion:

Verstärkte Beratung von Eltern und Gestattung von besonderen Aufnahmeverfahren an Gymnasien

– Drs 21/4390 –

2167

Dr. Alexander Wolf AfD

2167

Astrid Hennies SPD

2169

Karin Prien CDU

2170

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE

2171

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE

2172

Anna-Elisabeth von Treuenfels-

Frowein FDP

2173

Dora Heyenn fraktionslos

2174

Ties Rabe, Senator

2175

Beschlüsse

2176

Beschluss

2155

Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:

Antrag der FDP-Fraktion:

Perspektiven für die Zukunft – Potenziale von Existenzgrün- dungen für Beschäftigung und Integration fördern – Drs 21/4252 –	2176	Entwurf eines Gesetzes zur Än- derung kapazitätsrechtlicher Regelungen (Senatsantrag) – Drs 21/4170 –	2198
Hansjörg Schmidt SPD	2176	Dr. Carola Timm GRÜNE	2198
Carsten Ovens CDU	2177	Dr. Sven Tode SPD	2199
Olaf Duge GRÜNE	2179	Dora Heyenn fraktionslos	2200
Stephan Jersch DIE LINKE	2180	Carsten Ovens CDU	2201
Michael Kruse FDP	2181	Martin Dolzer DIE LINKE	2202
Dr. Bernd Baumann AfD	2182	Dr. Wieland Schinnenburg FDP	2202
Frank Horch, Senator	2183	Dr. Jörn Kruse AfD	2204
		Katharina Fegebank, Zweite Bür- germeisterin	2205
Beschlüsse	2184	Beschlüsse	2206
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Dezember 2015: Ge- flüchtete Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen – Drs. 21/2379 – Drs 21/4174 –	2184	Einspruch des Abgeordneten Dr. Ludwig Flocken gegen den Ausschluss aus der Bürger- schaftssitzung vom 27. April 2016 – Drs 21/4421 –	2206
Gabi Dobusch SPD	2184	Beschluss	2206
Karin Prien CDU	2186		
Mareike Engels GRÜNE	2186		
Cansu Özdemir DIE LINKE	2188		
Jennyfer Dutschke FDP	2189		
Andrea Oelschläger AfD	2190		
Beschluss	2191		
Antrag der CDU-Fraktion:			
Bettelbanden vertreiben Kun- den – Gewerbsmäßige Bettelei in Hamburgs Innenstadt muss gestoppt werden! – Drs 21/4244 –	2191		
David Erkalp CDU	2191		
Henriette von Enckevort SPD	2192		
Antje Möller GRÜNE	2194		
Christiane Schneider DIE LINKE	2195		
Dietrich Wersich CDU	2195		
Carl-Edgar Jarchow FDP	2196		
Dirk Nockemann AfD	2197		
Beschlüsse	2198		
Bericht des Ausschusses für Wis- senschaft und Gleichstellung über die Drucksache 21/2519:			

Beginn: 15.07 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein, dann können wir beginnen. Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir in die heutige Tagesordnung einsteigen, möchte ich gern Geburtstagsglückwünsche an unseren Kollegen Hauke Wagner richten. Lieber Herr Wagner, im Namen des ganzen Hauses alles Gute zum Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Bevor wir nun gleich mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich Ihnen vorab noch mitteilen, dass die Fraktionen abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats übereingekommen sind, die Tagesordnung um weitere Punkte zu ergänzen. Hierbei handelt es sich zum einen um die Deputationswahl aus Drucksache 21/4326, die als Punkt 3a nachträglich in unsere Tagesordnung aufgenommen wurde; die Drucksache liegt Ihnen vor. Und des Weiteren sind die Fraktionen übereingekommen, die Drucksache 21/4421 in die heutige Tagesordnung aufzunehmen. Auch diese Drucksache liegt Ihnen vor. Die Fraktionen sind übereingekommen, über diese Drucksache am Ende des heutigen Sitzungstags zu entscheiden.

Des Weiteren teile ich Ihnen mit, dass bei TOP 34 unserer Tagesordnung die antragstellende Fraktion DIE LINKE ihren Antrag aus Drucksache 21/4189 zurückgenommen hat.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind sechs Themen angemeldet worden, und zwar

von der CDU-Fraktion

Chaos in der Justiz – Skandal-Senator Steffen ist Sicherheitsrisiko für unsere Stadt

von der GRÜNEN Fraktion

Dialog zwischen den Religionen: Gemeinsam gestalten wir unser Hamburg

von der Fraktion DIE LINKE

Falsche Richtung des Senats in der Wohnungspolitik: zu viel teure Wohnungen, zu wenig Schutz für MieterInnen mit geringem Einkommen

von der FDP-Fraktion

Chaos-Tage in der Justizbehörde: Senator Steffen überfordert!

von der AfD-Fraktion

Scholz: AfD nicht dämonisieren! AfD: Denn man tau!

und von der SPD-Fraktion

Gerade jetzt: Hamburg steht für die Grundwerte der Europäischen Union: Freizügigkeit, Toleranz und Solidarität

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste und vierte Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Zu dieser Debatte rufe ich nun auf. – Das Wort bekommt Herr Seelmaecker von der CDU-Fraktion.

Richard Seelmaecker CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senator Steffen, Sie sind knapp ein Jahr lang im Amt und seit Ihrem Amtsantritt reiht sich ein Justizskandal an den nächsten. Immer wenn wir denken, es könne nicht schlimmer kommen, kommt es schlimmer. Und das ist auch nur die Spitze des Eisbergs, den Sie und dieser Senat in der Justizpolitik träge wie die Titanic gerammt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will nur kurz die drei wesentlichen Fälle ansprechen. August 2015: Entlassung zweier verurteilter Totschläger aus der Untersuchungshaft wegen unverhältnismäßig langer Verfahrensdauer. Ihr erster Kommentar, Herr Senator, war: "Ich bin sehr beunruhigt." Ihr zweiter Kommentar: "Selbstverantwortung des Landgerichts. Sie haben gerade eine Baukammer eingerichtet." Auf Deutsch übersetzt heißt das, das Landgericht kann sich nicht ordentlich organisieren. Unglaublich.

Oktober 2015: Entlassung eines wegen versuchten Totschlags in der Untersuchungshaft sitzenden Gefangenen. Zur Erinnerung: Dieser Mann hatte mehrfach in einem Bus auf einen anderen Passanten mit einem Messer eingestochen.

Und last, but not least im Mai 2016 der traurige Höhepunkt: Entlassung eines wegen schweren sexuellen Missbrauchs von Kindern in fünf Fällen verurteilten Sicherungsverwahrten, dem Gericht und Sachverständige attestiert hatten – ich zitiere –:

"Homosexuell dominierte Pädophilie, schwere dissoziale Persönlichkeitsstörung und Alkohol- und Cannabismissbrauch".

(Dennis Thering CDU: Das passt ja!)

Hochgefährlich und nicht therapiert. Der Fall ist rund ein Jahr lang nicht ordentlich behandelt worden. Ihr Kommentar im Ausschuss am Montag dazu war, Landgericht und Oberlandesgericht hätten früher anders entschieden, JVA und Staatsanwaltschaft hätten handeln müssen, und Sie seien erst im März 2016 informiert worden. Dabei verschweigen Sie geflissentlich, dass Sie die Aufsichtsbehörde über Justizvollzugsanstalt und Staatsanwaltschaft leiten. Sie schlagen sich seitlich in die Bü-

(Urs Tabbert)

einmal wiederholen kann. So werden künftig sämtliche Gerichtsbeschlüsse, die Sicherungsverwahrte betreffen, an die Aufsichtsabteilungen der Justizbehörde versandt. Zudem wird der Austausch zwischen Justizbehörde und der Justizvollzugsanstalt künftig weiter intensiviert werden. Das alles befreit nicht davon, den jetzt vorliegenden konkreten Einzelfall genau aufzuklären. Politische Effekthascherei, wie soeben geschehen, der Ruf nach Rücktritt,

(Zurufe von der CDU und der FDP)

wie die Kollegin von Treuenfels-Frowein das gestern gemacht hat, oder das Herbeireden chaotischer Zustände, auch chaotisches Verhalten der Opposition sind eher hinderlich, um den Fall genauer unter die Lupe zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Michael Kruse FDP*: Erklären Sie das den Hamburgern!)

So ernst zu nehmen solche Ereignisse sind und so viel Handlungsbedarf sie auch auslösen, muss doch eines im Mittelpunkt stehen: Sachlichkeit und kühler Verstand. Dabei sollten wir, und dabei meine ich vor allem die Opposition, der Versuchung widerstehen, in die üblichen Rituale zu verfallen, von Rücktrittsforderung bis Chaos-Vorwurf.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihung, Herr Tabbert, Sie sind wirklich kein leiser Redner, ich verstehe Sie aber kaum mehr. Meine Damen und Herren! Können Sie ein bisschen leiser werden, damit Herr Tabbert besser durchdringt?

Urs Tabbert SPD (fortfahrend): Wenn es einmal zu einer derartigen Situation gekommen ist, die sich keiner von uns wünscht – und das unterstelle ich natürlich auch der Opposition –, so wurde heute in der "tageszeitung" noch einmal ganz gut aufgearbeitet, wie diese Rituale lauten. Und Sie halten sich genau an die Handlungsanweisung, die in der "tageszeitung" steht – sehr überraschend für CDU und FDP, das muss ich schon sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Michael Kruse FDP*: Und in dem gleichen Artikel steht, dass der Senator fällig ist, wenn das noch einmal passiert!)

Ich habe vor dem Hintergrund der gestrigen Rücktrittsforderung der FDP einmal versucht, mir einen Überblick über die Entweichungen seit 2005 zu schaffen.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*: Immer schön zurück in die Vergangenheit, Herr Tabbert!)

Da war der bekannte Justizsenator Kusch noch Senator, und Sie müssen sich einmal die Zahlen

ansehen. Damals waren es ungefähr 20 Entweichungen, mittlerweile sind wir Gott sei Dank im niedrigen einstelligen Bereich. Das sage ich nur deswegen, weil es nicht angehen kann, ausgerechnet jetzt den Rücktritt des Senators zu fordern, in dessen Amtszeit es seit 2005 die wenigsten Entweichungen gegeben hat, und ihm auch noch ein angebliches Justiz-Chaos in die Schuhe zu schieben. In einem so kurzen Zeitraum hat noch kein Justizsenator seit 2000 so viele Stellen ermöglicht. Das zeigt doch eigentlich, worum es Ihnen als Opposition geht. Jedenfalls steht Sachorientierung bei Ihnen nicht im Vordergrund.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Michael Kruse FDP*: Schutz der Bevölkerung steht bei Ihnen nicht im Vordergrund!)

Dagegen würde es Ihnen guttun, einmal den Beschluss des OLG genau zu studieren.

(Zuruf von *Dirk Nockemann AfD*)

Zu behaupten, es habe vorher festgestanden, wie die Entscheidung genau ausgehen würde, kann, wenn man ehrlich ist, niemand von uns für sich in Anspruch nehmen. Jeder und jedem, die oder der den Beschluss gelesen hat, ist die Komplexität der Entscheidung bekannt. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts stellt insbesondere klar – und diese Klarheit gab es eben vorher nicht –, wie das rechtliche Zusammenspiel der einzelnen Akteure in Fällen wie dem vorliegenden zu funktionieren hat. Unklar war insbesondere, dass die Justizvollzugsanstalt verpflichtet gewesen wäre, Rechtsmittel gegen eine aus ihrer Sicht nicht tragfähige Entscheidung einzulegen. Hier wurde juristisches Neuland betreten. Die nunmehr eindeutig aufgearbeiteten gerichtlichen Vorgaben, die wir nicht infrage stellen und die für uns auch plausibel und voll vertretbar sind, müssen eins zu eins umgesetzt werden, damit daran kein Zweifel aufkommt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Tatsächlich ist es zudem so, dass jede gerichtliche Entscheidung ihre Vorgeschichte hat, bei der sehr häufig verschiedene Interessen aufeinandertreffen. Die Justizvollzugsanstalt selbst war über einen langen Zeitraum hinweg immer darum bemüht – das muss man nämlich auch einmal sehen –, dem ehemals Sicherungsverwahrten verschiedene Therapieangebote zu machen und dessen Anspruch auf Resozialisierung entgegenzukommen.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Tabbert, die Redezeit in der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten. Ihre fünf Minuten sind abgelaufen.

Urs Tabbert SPD: Wie lange noch?

(Urs Tabbert)

(Zuruf: Es reicht! – Heiterkeit bei allen Fraktionen – *Michael Kruse FDP*: Herr Tabbert, nichts passiert, Sie können sich wieder schlafen legen!)

Präsidentin Carola Veit: Gar nicht mehr.

Urs Tabbert SPD (fortfahrend): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle, auch die Opposition, sind aufgerufen, uns konstruktiv und hart an der Sache orientiert bei der Aufklärung einzubringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort.

(*André Trepoll CDU*: Der neue Hamburger Justiz-Versprecher der GRÜNEN!)

Farid Müller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Seelmaecker, wenn man lange in Hamburg lebt, weiß man, dass Chaos in der Justiz in sich ein Widerspruch ist. Es gibt kein Chaos in der Hamburger Justiz, und das wissen Sie auch, und ich würde Sie herzlich bitten, das nicht herbeizureden, auch wenn es Ihnen in der Opposition in den Kram passt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und weil Sie sich so sicher fühlen, was die Hamburger denken und fühlen, haben Sie vielleicht die jüngste veritable NDR-Umfrage gelesen, in der sich 78 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger bei diesem Senat in Sicherheit fühlen. Das zeigt einiges an Ihrer Verbindung, die Sie noch in diese Stadt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Michael Kruse FDP*: Die fühlen sich jedenfalls nicht mehr sicher!)

Aber jetzt kommen wir einmal zum eigentlichen Thema, denn es war schon sehr bezeichnend, dass Sie ein ganzes Jahr aufzählen müssen, um ganz zum Schluss den aktuellen Fall noch einmal am Rande zu erwähnen.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*: Weil es so viele gibt!)

Das zeigt, dass Sie es auf alles hinausdehnen. Deswegen werde ich mich auf den aktuellen Fall beschränken. Senator Till Steffen hat nämlich sofort und entschlossen gehandelt; vielleicht ist das noch nicht allen Kollegen bekannt.

(Heiterkeit bei der CDU – Zurufe)

Am 1. März 2016 hat er veranlasst, dass gegen das Urteil des Oberlandesgerichts sofort Beschwerde eingelegt wird. Am 1. März 2016 hat er ebenfalls sofort eine Untersuchung im Haus ange-

schoben, die jetzt, wie wir alle wissen, zu einer weiteren Untersuchung geführt hat. Nach dem Urteil hat er aber außerdem sofort veranlasst, dass diese maßgeblichen Urteilsbestandteile sofort Politik des Hauses in der Hamburger Justiz werden, und zwar auf allen Ebenen. Er hat ferner sofort veranlasst, dass alle vollzugsrelevanten Informationen zu Sicherheitsverwahrten in dieser Stadt in der Aufsichtsbehörde landen und dort regelmäßig besprochen werden.

Er hat weiter angeordnet, dass sämtliche Gerichtsurteile zu Sicherungsverwahrten ab sofort auch der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden. Er hat weiter angeordnet, dass nun die Vorgangsaufarbeitung der Leiterin der Personalabteilung überantwortet wird, und zwar inklusive der Frage von Disziplinarverfahren. Mit der anstehenden Freilassung hat er ebenfalls in Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden veranlasst und sichergestellt, dass hier die elektronische Fußfessel zum Tragen kommt

(*Birgit Stöver CDU*: Es hätte doch gar nicht so weit kommen dürfen!)

und dass die Auflagen so gestaltet sind, wie wir sie jetzt erlebt haben, und die berechtigt waren. Die Realität hat bei diesem Menschen gezeigt, dass die Auflagen innerhalb weniger Tage sozusagen missachtet worden sind, was zu dem Ergebnis geführt hat,

(*Michael Kruse FDP*: Dann hätte er vielleicht nicht freikommen sollen!)

dass dieser Mensch wieder mit Haftbefehl hinter Gittern sitzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt frage ich Sie: Worin genau besteht eigentlich der Fehler von Senator Steffen?

(Zurufe von der FDP – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Nun hören Sie doch einmal zu!)

Es bleibt eine Frage offen, die Herr Senator Steffen auch sofort mit einer Untersuchungsmaßnahme beantwortet hat, nämlich warum ihm das Urteil und die Nicht-Erfüllung des Urteils nicht zur Kenntnis gegeben wurden. Selbst in diesem Punkt ist ihm nichts vorzuwerfen, weil er selbst sofort nach Amtsantritt ein Berichtersuchen in der Behörde auf den Weg gegeben hat, dass er über alle relevanten Fragen im Justizbereich informiert wird. Dass das in diesem einen Fall nicht passiert ist, ist Gegenstand dieser jetzt angeordneten Untersuchung. Hierzu haben Sie einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt, den wir in der Sache auch unterstützen, denn wir sind für Transparenz.

(*Dennis Thering CDU*: Das ist ja etwas ganz Neues! – *André Trepoll CDU*: Das können Sie auch gar nicht verhindern!)

(Farid Müller)

Da Ihnen, wenn man das jetzt alles aufgezählt hat, nicht so viel einfällt, worin das Versäumnis des Senators persönlich besteht, sollten Sie jetzt auch daran interessiert sein zu erfahren, was bei der Untersuchung herauskommt. Die Akteneinsicht ist ein Mittel, das dem Parlament offensteht; die Behörde hat ihr eigenes Instrument auf den Weg gebracht. Ich denke, wir sind alle gut beraten, das Ergebnis abzuwarten, und dann können wir neu reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE bekommt das Wort.

Martin Dolzer DIE LINKE:* Frau Präsidentin, liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der beste Schutz vor wiederholten Straftaten sind eine gut ausfinanzierte Resozialisierung und die gute Zusammenarbeit von Behörden, Gerichten, Justizvollzug und Sozialpädagogen,

(Beifall bei der LINKEN)

aber nicht das populistische Ausschlachten von Problemen in Einzelfällen.

(Beifall bei der LINKEN)

In Bezug auf den aus der Sicherheitsverwahrung entlassenen und nach kurzer Zeit erneut Inhaftierten hatte das Oberlandesgericht Hamburg beanstandet, dass die JVA Fuhlsbüttel zu strenge und nicht einhaltbare Sicherheitsanforderungen an die Durchführung einer externen Therapie des Sicherungsverwahrten gestellt habe. Und soweit die JVA Fuhlsbüttel die Therapie unter den in einer früheren Entscheidung angeordneten Bedingungen für nicht umsetzbar gehalten habe, hätte sie eine Änderung per gerichtlicher Entscheidung herbeiführen müssen.

Ich und meine Fraktion denken, dass der Senat nun in der Pflicht steht, die Ursachen der Probleme anzugehen und nicht lediglich den jetzigen Einzelfall zu betrachten. Auf die Resozialisierung habe ich schon Bezug genommen, und ich möchte jetzt in Bezug auf diesen Einzelfall noch etwas sagen.

Mehrere Richterinnen und Richter, Anwältinnen und Anwälte, Justizbeamtinnen und Justizbeamte, auch Ärztinnen und Ärzte und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen beschwerten sich schon seit längerer Zeit kontinuierlich darüber, dass ein Akteur in der Anstalts- und Vollzugsleitung der JVA sehr wenig kooperativ ist und insbesondere in Bezug auf Sicherungsverwahrte sehr viele Fehler macht. Es wird kritisiert, dass die Praxis der Leitung sich oft unverhältnismäßig gegen die Interessen der Inhaftierten richte. In den vergangenen vier Jahren, seit Bestehen der Station für Sicherungsverwahrte in der JVA Fuhlsbüttel, haben in

diesem Zusammenhang vier Psychologinnen und Psychologen und vier Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter ihre Arbeit aufgegeben oder um Ablösung gebeten. So etwas passiert nicht von ungefähr. Es gibt auch Beschwerden, dass in Bezug auf die Angelegenheiten des Vollzugs der Sicherungsverwahrung Anträge nicht oder nur schleppend bearbeitet werden, wenn sie auf Lockerungen abzielen. Zudem wurden offenbar regelmäßig Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Strafvollstreckungskammern eingelegt oder deren Beschlüsse nicht umgesetzt, um angeordnete Lockerungen zu verhindern. Eine derart rigide Praxis eines Akteurs in der Anstalts- und Vollzugsleitung darf nicht hingenommen werden, und es ist das Wichtigste, dass wir uns darum kümmern, dass die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Ebenen gut funktioniert und dass diese Anstaltsleitung genau das umsetzt, was das Bundesverfassungsgericht in Entscheidungen 2004 und 2011 betont hat. Es betonte, was richtig und wichtig ist in Bezug auf Sicherungsverwahrung, nämlich dass den Sicherungsverwahrten in Bezug auf eine Perspektive auch irgendwann eine Entlassung angeeignet wird. Und das kann eben nur passieren, wenn gut zusammengearbeitet wird und Kooperation nicht, wie leider in diesem Fall, immer wieder verweigert wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Genau darin sehen wir auch die Aufgabe von Herrn Senator Steffen, nämlich aktiv auf die Anstaltsleitung der JVA Fuhlsbüttel einzuwirken, ihre Praxis zu ändern. Insgesamt spricht DIE LINKE sich gegen die Sicherungsverwahrung, gegen dieses Institut aus, denn, ich habe es schon betont, eine gute Praxis der Resozialisierung sowie ausreichende und gute Therapien für inhaftierte Menschen mit psychischen Problemen sind ein weit besseres Mittel. Dazu gibt es Erfahrungen und auch Evaluationen, die darauf abzielen, die Anzahl der Straftaten und insbesondere der Wiederholungsstraftaten zu reduzieren.

Deshalb halten wir es für eine gute Idee, ein Resozialisierungsgesetz auf den Weg zu bringen. Die Öffentlichkeit weiß von diesem Gesetz bis jetzt allerdings zu wenig, und solange es nicht eingetütet ist und eine konkrete Verbesserung der Praxis bedingt, wird es so bleiben, denn Therapien und Resozialisierung kosten Geld. Um die finanzielle Absicherung genau zu diesem Zweck einzufordern, bedarf es allerdings den Mut, sich durchzusetzen gegen eine Debatte, wie sie auch heute anzuzetteln versucht wurde, die auf Ressentiments beruht und auf einer Straforientierung, die gerade in Bezug auf diese Fälle, über die wir heute sprechen, nicht gut ist. Wir müssen dort vielmehr ernst sein und überlegen, wo wir ansetzen können. Das sind langfristige Perspektiven und sollten keine kurzfristigen Strafdebatten sein, wie wir sie jetzt führen.

(Martin Dolzer)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich wünsche mir, dass Herr Steffen den Mut hat, das sowohl gegen die Opposition als auch in der eigenen Koalition durchzusetzen, denn Resozialisierung und Therapien kosten Geld. Das ist natürlich nicht einfach durchzusetzen und bedarf Muts. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Sitzung des Justizausschusses am Montag war eine Bankrotterklärung unseres grünen Justizsenators.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Quintessenz Ihrer Aussagen, Herr Steffen – das kann man sehr leicht zusammenfassen –, war: Ich weiß nicht, warum ich nichts weiß. Sie, Herr Steffen, haben dann versucht, die Verantwortung Ihrer Fehler auf Ihre Mitarbeiter abzuschieben. Schuld sind immer wieder die anderen. So leitet man keine Behörde.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Senator Steffen ist der Hauptverantwortliche, darum kann er sich nicht herumdrücken. Er will nun selbst als Chefaufklärer aufklären, warum er nicht aufgeklärt wurde. Das finden wir ziemlich absurd. Deswegen fordern wir eine Aktenvorlage, damit objektiv aufgeklärt werden kann, was hier geschehen ist und ob Sie, Herr Steffen, nichts wussten oder nichts hätten wissen können, und vor allem, damit so etwas nie wieder passieren kann.

(Beifall bei der FDP)

Ich will nicht die gesamte Blacklist aus Ihren ersten zwölf Monaten vortragen; sie ist wirklich zu lang, ich habe nur fünf Minuten. Aber seit Sie im Amt sind, folgt ein Skandal dem nächsten. Jeder einzelne davon ist einen Eklat wert. Ich greife nur zwei davon heraus: August 2015, zwei Männer sind des Totschlags angeklagt, sie sitzen in U-Haft – Herr Seelmaecker hat es schon erzählt, Sie wissen es wahrscheinlich selbst, ich sage es trotzdem noch einmal –, und werden entlassen wegen überlanger Verfahrensdauer. Ein paar Monate später ist schon wieder Tag der offenen Tür in der Justiz, wieder muss ein wegen Totschlags Angeklagter entlassen werden wegen überlanger Verfahrensdauer. Die Gerichte sind von Ihnen unterausgestattet, Herr Steffen. Übrigens ist überlange Verfahrensdauer auch ein Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention; das sollten Sie wissen. Diese Fälle zeigen doch eine Sache sehr deutlich: Sie machen sich wiederholt der Unterlassung schuldig mit der Konsequenz, dass gefährliche

Straftäter in unserer Stadt herumspazieren. So verspielt man das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat und vor allen Dingen, was uns wichtig ist, in die Akzeptanz der Resozialisierung.

(Beifall bei der FDP und bei *Thomas Kreuzmann* CDU)

Ein trauriger Höhepunkt ist der vorliegende und aktuelle Skandal. Ein verurteilter pädophiler Straftäter wurde aus der Sicherungsverwahrung entlassen. Der Grund: Die Justizbehörde hat sich – und das ist seit 2013 und nicht sofort gewesen – in einem juristischen Streit um einen Therapieplatz verzettelt. Sie, Herr Steffen, wollen uns allen Ernstes erzählen, dass Sie ein ganzes Jahr lang nichts davon wussten, dass Sie kein Mensch darüber informiert hat. Sie haben doch die Dienstaufsicht, Sie sind Chef dieser Behörde, das heißt auch, dass Sie die Verantwortung – übrigens auch für den Fall, dass Sie nichts wussten – tragen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber spätestens am 25. Februar 2016, das geht aus unserer Schriftlichen Kleinen Anfrage hervor, wusste Herr Steffen, zumindest seine Staatsrätin, davon. Erst am 1. März 2016, das ist fünf Tage später, fand ein sogenannter Jour fixe statt. Und Anfang Mai, bis dahin verstrich die Zeit, wurden Maßnahmen eingeleitet. Das haben Sie uns im Justizausschuss so gesagt, in meiner Schriftlichen Kleinen Anfrage steht es auch. Daraus müssen wir doch schließen, dass Sie, auch wenn Sie etwas wissen, trotzdem nichts tun, Herr Steffen. Traurig. Vielleicht hört ein Bürger dieser Stadt hier zu und denkt: Es muss doch so etwas wie ein rotes Telefon geben. Hier brennt die Hütte, es passiert gerade etwas in dieser Behörde. Oder ist das vielleicht nicht so? Das kann man keinem Bürger dieser Stadt erklären. Es stellt sich doch die Frage, Herr Steffen, was Sie eigentlich tun. Wir finden, Sie versuchen sich lieber in Berlin zu profilieren; pikanterweise jüngst, wie jeder weiß, mit einem Gesetz zur Verschärfung des Sexualstrafrechts.

(Zuruf von *Urs Tabbert* SPD)

Es reicht aber nicht aus, Gesetze zu schreiben, es reicht nicht aus, Arbeitsgruppen einzurichten. Sie, Herr Steffen, haben in Hamburg eine Behörde zu leiten. Da hätten Sie es doch vielleicht einmal schaffen können, innerhalb eines Jahres so etwas wie eine Berichtsstruktur, um in dem Duktus zu bleiben, oder eine Informationsstruktur aufzubauen. Da haben Sie völlig versagt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Scholz, jetzt frage ich Sie, wie viele Skandale kann sich ein Justizsenator in dieser Stadt eigentlich noch erlauben? Herr Scholz, beim nächsten Vorfall lachen Sie darüber wahrscheinlich nicht mehr.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

(Beifall bei der FDP und der CDU – *Wolfgang Rose SPD*: Was reden Sie denn da! So ein Quatsch!)

Sie tragen die politische Verantwortung dafür, dass Sie hinter einem Justizsenator stehen, der einen Skandal auf den anderen folgen lässt, der zum Sicherheitsrisiko für diese Stadt wird. Ziehen Sie daraus die Konsequenz.

(Beifall bei der FDP)

Wir sagen es ganz ernsthaft: Herr Steffen, treten Sie zurück. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Nockemann von der AfD-Fraktion.

Dirk Nockemann AfD:* Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Tage in diesem wunderschönen Monat befanden sich die Hamburger Eltern in heller Aufregung und größter Sorge um das Wohl ihrer Kinder. Ein zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilter Triebtäter wurde auf freien Fuß gesetzt. Dieser Mann war wegen schweren sexuellen Kindesmissbrauchs in mehreren Fällen verurteilt worden. Er war brandgefährlich. Die vielen kleinen Einzelheiten, ob die JVA oder vielleicht die Staatsanwaltschaft verfahrensbeteiligt war oder warum es keinen Therapieplatz gegeben hat, möchte ich uns allen ersparen.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Das ist ja auch nicht so wichtig!)

Das interessiert weder mich noch die Bürger dieser Stadt. Bedeutsam für die Bürger ist lediglich, dass es einen unglaublichen Skandal in der von Senator Steffen zu verantwortenden Behörde gegeben hat. Der Senator und sonst niemand – Herr Senator, das müsste Ihnen eigentlich auch klar sein – trägt die politische Verantwortung für diesen Skandal. Ob Sie sie nun übernehmen oder nicht, Sie haben sie und können sie nicht abgeben.

(Beifall bei der AfD)

Ein Senator, der sich mit großer Vorliebe seinen Lieblingsprojekten wie Cannabisfreigabe oder keine Strafe für Schwarzfahren widmet, der aber ganz offensichtlich nicht die Muße und die Zeit hat, sich in die Niederungen seiner Behörde zu begeben und dort für vernünftige Organisationsstrukturen, Dienstaufsichtsstrukturen und Kommunikationsstrukturen zu sorgen, ist schlichtweg fehl am Platz.

(Beifall bei der AfD)

Nicht umsonst wird Senator Steffen von seinen eigenen Beamten häufig vorgehalten, er sei stärker um das Wohl der Strafgefangenen besorgt als um die zumutbaren Arbeitsbedingungen seiner Justizverwaltung.

In der Sondersitzung des Justizausschusses vor wenigen Tagen tat dieser Senator nichts anderes als das, was man von ihm und von vielen Politikern dieser Zeit gewohnt ist: Er trat die Verantwortung für diesen Skandalfall ab und prügelte stattdessen auf seine Justizverwaltung ein. Angeblich habe er erst zum 1. März 2016 von diesem Vorfall Kenntnis erlangt. Herr Senator, dass Sie heute, also mehrere Monate später, noch nicht in der Lage sind, diesen Sachverhalt umfassend aufzuklären, dafür habe ich Verständnis. Aber dass Sie nicht in der Lage sind, mehrere Monate später klipp und klar die Frage zu beantworten, wer was wann gewusst hat, das ist peinlich, das ist ein Skandal. Ich war doch selbst leider nur ein Jahr Innensenator, aber das hätte es bei mir nicht gegeben.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Nach zwei Monaten hätte ich jedem sagen können, wer wann was gewusst hat. Und wenn ich es nicht gekonnt hätte, dann hätte ich nicht in dieses Amt gehört, und das Gleiche gilt auch für Sie.

(Beifall bei der AfD)

Und dass Ihre Staatsrätin nur en passant von diesem schwierigen Fall gehört hat, nämlich anlässlich eines Routinegesprächs mit dem Vorsitzenden des Richterbunds, der einmal so en passant darauf hingewiesen hat, dass demnächst irgendein brisanter Fall ansteht, das glauben Sie doch selbst nicht. Das widerspricht doch jeder Lebenserfahrung. Eine Staatsrätin, die bei einer derartigen Bemerkung nicht nachhakt und fragt, was das denn für ein Fall sei, gehört nicht länger als Staatsrätin verwendet, nein, die gehört vor die Tür gesetzt. Das, was Sie im Ausschuss dargelegt haben, führt zu der Erkenntnis, dass Sie kein Frühwarnsystem gehabt haben. Um als Senator erfolgreich zu sein, geht man von Anfang an in seine nachgeordneten Behörden, spricht mit den Behördenleitern, schafft dort ein Vertrauensverhältnis, sagt etwas zum roten Telefon und bietet an, dass alle zu ihm kommen können, wenn sie nur die leiseste Ahnung davon haben, dass irgendetwas schiefgegangen sein könnte. Das habe ich mit dem Leiter des Einwohnerzentralamts, mit dem Leiter des Verfassungsschutzes, des Staatsschutzes gemacht. Warum machen Sie das nicht mit Ihren nachgeordneten Behördenleitern? Sie kommen überhaupt nicht auf die Idee, dass Sie auch nur ansatzweise politische Verantwortung zu tragen haben. Es ist völlig unerheblich, ob es Schlamperei in Ihrer Behörde gegeben hat oder ob der eine oder andere vielleicht nicht informiert hat, weil er das falsch eingeschätzt hat.

Die Bürger dieser Stadt haben mittlerweile genug, Herr Senator. Sie haben mehr als genug von Justizpolitikern, die dafür verantwortlich sind, dass Straftäter erstens nicht verurteilt sind und zweitens, falls sie doch verurteilt werden, dass 100 000 Haftbefehle in Deutschland außer Kraft gesetzt wer-

(Dirk Nockemann)

den. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie tragen die Verantwortung für diesen Senator. Wenn Sie zu Fall kommen, weil dieser Senator in Zukunft eine Fehlentscheidung trifft, dann scheidet mit Ihnen der letzte Hoffnungsträger der SPD.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Senator Dr. Steffen.

Senator Dr. Till Steffen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein Wort vorweg: Es ist gut, dass der entlassene Sicherungsverwahrte wieder in Haft ist, und ich finde es auch richtig, dass die Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Widerruf der Bewährung gestellt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Mann hat in kürzester Zeit mehrere Weisungsverstöße begangen und damit gezeigt, dass er nicht gewillt ist, sich an die Regeln zu halten. Mein ausdrücklicher Dank noch einmal an dieser Stelle geht an alle Beteiligten bei der Polizei, bei der Führungsaufsichtsstelle, bei der Staatsanwaltschaft und der Justizbehörde für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nun zur Arbeit meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Fakt ist, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Anstalt wie auch in meiner Behörde sehr qualifiziert sind.

(Zurufe)

– Erstaunlich, dass Sie das lächerlich finden.

In meiner Behörde sind sehr qualifizierte Leute, die hoch engagiert arbeiten.

(Thilo Kleibauer CDU: Es geht um den Chef der Behörde!)

Sie haben intensive Erfahrungen in der Arbeit mit Gefangenen und auch mit Sicherungsverwahrten.

(Michael Kruse FDP: Warum machen Sie sie dann schlecht im Ausschuss?)

Diese Menschen machen einen schwierigen Job, und sie machen ihn gut.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dafür verdienen sie Respekt und Unterstützung.

(André Trepoll CDU: Auch von Ihnen!)

Der Umgang mit Sicherungsverwahrten ist nicht einfach. Die Devise wegsperren, und zwar für immer, ist angesichts der zu Recht fortentwickelten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr umsetzbar. Gefordert ist stattdessen, dass es immer eine Chance auf Resozialisierung gibt. Gleichzeitig müssen die Anstalten stets die Sicherheit garantieren. Schließlich sitzt niemand oh-

ne sehr triftigen Grund in der Sicherungsverwahrung. Genau in dieser Situation war es für die Justizvollzugsanstalt ausgesprochen schwierig, alles richtig zu machen. Es gab von ihrer Seite sehr viele Therapieversuche. Sie stand letztlich aber im aus ihrer Sicht nicht auflösbaren Spannungsfeld zwischen der Weisung, eine Therapie bei einem bestimmten Therapeuten außerhalb der Anstalt durchzuführen, und der nicht abgemilderten Verantwortung dafür, eine Flucht zu verhindern. Ich halte die von der Anstalt seinerzeit vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen für nicht übertrieben. Seine mehrfache Flucht bei einer früheren Inhaftierung und die prompten Weisungsverstöße in der letzten Woche sprechen da eine deutliche Sprache.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch im Hinblick auf das richtige Verfahren waren die Vorgaben der Rechtsprechung der hamburgischen Gerichte widersprüchlich; wir haben das im Ausschuss erörtert. Umso wichtiger wäre ein intensiver Austausch in einer solch schwierigen Situation gewesen, um genau das zu tun, was wir sonst in diesen vielen Fällen tun, nämlich gemeinsam zu beraten, um eine Lösung zu finden. Das ist Aufgabe der Justizbehörde, auch die Aufgabe der Leitung der Justizbehörde und auch meine Aufgabe, was uns jede Woche beschäftigt.

Für die Zukunft ist für diese Fallgruppe sehr konkret sichergestellt, dass sich das nicht wiederholt. Erstens hat das Oberlandesgericht nun klargestellt, wie Justizvollzugsanstalt und Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde vorgehen müssen, wenn eine Therapieweisung sich als nicht durchführbar herausstellt.

Zweitens habe ich als sofortige Konsequenz angeordnet, dass JVA und Aufsichtsreferent in einer monatlichen Besprechung sämtliche Fälle von Sicherungsverwahrten durchgehen und sich so frühzeitig über problematische Entwicklungen austauschen. Die Frage, wie es im Einzelnen zu der Entlassung kommen konnte, untersuchen wir nun genau. Aus jetziger Sicht ist allerdings klar, dass es darauf keine einfache Antwort gibt. Ich habe deswegen die Leiterin der Personalabteilung meiner Behörde beauftragt, das gesamte Verfahren einschließlich der internen Abläufe gründlich zu untersuchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie soll klären, wie mit der Information, dass der Beschluss des Gerichts für eine externe Therapie nicht mit der Beurteilung der Sicherheitslage in Einklang zu bringen sei, umgegangen wurde. Dies ist nicht nur wichtig, damit wir wissen, wo es gehakt hat. Wir brauchen belastbare Ergebnisse, um den Prozess und die Abläufe beurteilen zu können. Das ist wichtig, damit wir für die Zukunft daraus lernen können.

(Senator Dr. Till Steffen)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben sehr fähige Leute in der Hamburger Justiz, bei mir in der Behörde und in den Anstalten. Uns allen ist daran gelegen, dass der Vollzug sicher ist und für die Hamburgerinnen und Hamburger, die Inhaftierten und die Bediensteten verlässlich läuft.

(*Joachim Lenders CDU*: Ja, aber Sie sind nicht verlässlich!)

Die Arbeit im Vollzug ist ein Knochenjob. In der Regel muss man mit Leuten umgehen, die erst lernen müssen, Regeln einzuhalten. Das kann nicht jede und nicht jeder. Ich arbeite daher seit meinem Amtsantritt daran, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, erstens durch die Steigerung der Ausbildung. Justizvollzugsbedienstete gibt es nicht auf dem Arbeitsmarkt. Wir bilden deshalb massiv aus. Wir haben 2015 die Ausbildung auf drei Lehrgänge erhöht, bieten dieses Jahr fünf an und werben jetzt intensiv um geeignete Auszubildende.

Zweitens: durch die Umstrukturierung des gesamten Justizvollzugs. Marode und leer stehende Gebäude kosten uns Geld, aber auch Personal. Wir haben Kleinstvollzüge, die zum Teil so wenige Gefangene haben, dass wir ihnen auf Dauer kein breites Qualifizierungsangebot bieten können. Statt uns auf die Arbeit mit den Gefangenen zu konzentrieren, müssen wir mit knappem Personal eine breite Vollzugslandschaft in der Fläche absichern. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Michael Kruse FDP*: Darum geht es heute gar nicht! – *Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*: Worüber reden wir eigentlich?)

Ein zentrales Ziel dabei ist, dass sich die Bediensteten in den Anstalten gegenseitig stärker unterstützen können. Deshalb prüfen wir, wie wir den Justizvollzug 2020 gestalten und Synergieeffekte mit Schleswig-Holstein nutzen können.

Zuletzt ein Wort zur Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Auch hier haben wir gemeinsam für Bewegung gesorgt. Wir haben Gerichte und Staatsanwaltschaften seit meinem Amtsantritt um 31 Köpfe verstärkt, nämlich um drei Richterinnen und Richter und ebenso viele Servicekräfte für das Sozialgericht, fünf Richterinnen und Richter und ebenso viele Servicekräfte im Stellenpool für Gerichte und Staatsanwaltschaften, neun Richterinnen und Richter und sechs Servicekräfte für die Verwaltungsgerichte. Einen solchen Personalzuwachs hat es in der Hamburger Justiz in den letzten 20 Jahren unter keinem Senat gegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben die Ausbildungsangebote für die Justizlaufbahn intensiviert. Damit begegnen wir den Schwierigkeiten, um geeignetes Personal für die

Tätigkeit in den Geschäftsstellen der Gerichte auf dem freien Arbeitsmarkt zu finden. Wir haben bei der Staatsanwaltschaft Ausgleichsmöglichkeiten für langzeiterkrankte Dezernentinnen und Dezernenten geschaffen. Damit unterstützen wir die ansonsten besonders belasteten Vertreterinnen und Vertreter. Personalverstärkung ist das eine, Entlastung bei Verfahren und in der täglichen Arbeit ein anderer wesentlicher Baustein. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir überflüssigen Ballast loswerden, und arbeite gemeinsam mit anderen Justizministerinnen und Justizministern an Lösungen, wie wir Verfahren entschlacken können. Gute Justiz ist harte Arbeit.

(*Dennis Gladiator CDU*: Dann fangen Sie damit an!)

Gute Justiz ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollzug, bei den Staatsanwaltschaften, an den Gerichten und in der Justizbehörde leisten. Es ist meine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen,

(Zuruf: Lächerlich!)

damit sie ihre Arbeit erledigen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Senator, ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass Sie nahezu das Doppelte der Redezeit in Anspruch genommen haben,

(Zuruf: Und nichts Neues gesagt!)

die den Abgeordneten in der Aktuellen Stunde zur Verfügung steht. – Das Wort bekommt jetzt Herr Trepoll von der CDU-Fraktion.

André Trepoll CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss ehrlich sagen, Herr Steffen, ich bin doch einigermaßen überrascht. Wie Sie um den heißen Brei herumgeredet haben, war wirklich ein Paradebeispiel dafür, dass Sie nicht auf den Punkt gekommen sind, dass Sie nicht ausreichend erklärt haben, wie es zu diesem Vorfall gekommen ist. Und dass Sie insbesondere auch nichts zu Ihrer eigenen Verantwortung gesagt haben, ist wirklich unerhört.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wer soll Ihnen ernsthaft abnehmen, dass Sie in all diesen Monaten von diesen Vorgängen in Ihrem eigenen Haus nichts mitbekommen haben, nach Ihrer gängigen Methode, mein Name ist Hase, ich weiß von nichts?

(*Farid Müller GRÜNE*: Das ist jetzt Spekulation!)

Ich glaube, das soll davon ablenken, dass Sie nicht gehandelt haben. Ich weiß nicht, aus welchen

(André Trepoll)

Gründen Sie lieber Verkehrssenator werden wollten als wieder Justizsenator. Das spielt hoffentlich keine Rolle, denn es ist natürlich eine enorm wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe, für die Sicherheit in unserer Stadt zu sorgen. Sie selbst haben gesagt, Sie hätten einen Anstaltsreferenten in Ihrem eigenen Umfeld, der Sie über diese Dinge vordringlich zu informieren habe. Das ist nicht geschehen. Wir selbst haben in der vergangenen Legislaturperiode dafür gesorgt, dass wir noch die Sicherungsverwahrten aus Schleswig-Holstein nach Hamburg übernehmen. Hätten wir vorher von diesen Umständen und Vorkommnissen gewusst, dann hätten wir einer solchen Entscheidung niemals zugestimmt. Sie haben aus meiner Sicht genug Erfahrung im Amt, weil Sie schon einmal Justizsenator waren, sodass Sie wissen mussten, was auf Sie zukommt. Wenn Sie erst jetzt feststellen, dass das Berichtswesen Ihrer eigenen Behörde nicht funktioniert, dann frage ich mich wirklich, was Sie von Ihrem Handwerk als politisch Verantwortlicher in der Justizbehörde verstehen. Ich glaube, das reicht nicht aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Tabbert, zu Ihnen: Sie haben gesagt, es sei dann alles reibungslos gelaufen, es hätten alle Räder ineinandergegriffen. Wenn Sie sich im Sicherheitsapparat der Polizei umhören, dann war es eine große Katastrophe, unter welchen enormen Anstrengungen die Polizei die 24 Stunden Überwachung und Betreuung dieses Herrn schnell hinbekommen musste.

(Urs Tabbert SPD: Das war ja erfolgreich!)

– Das ist Gott sei Dank gelungen, ja, und dafür gilt natürlich auch unser Dank den Polizistinnen und Polizisten.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – Farid Müller GRÜNE: Das ist schon einmal gut!)

– Jetzt komme ich sofort zu Ihnen, Herr Müller, "sofort" war doch Ihr Lieblingswort.

Ihre mäßige Verteidigungsrede, die Sie als ehemaliger justizpolitischer Sprecher – diese Funktion üben Sie jetzt nicht mehr aus – gehalten haben, war schon wirklich erstaunlich.

(Beifall bei Jörg Hamann CDU)

Ihr Fazit war, der Senator habe sofort, nachdem er das ein Jahr nach Amtsantritt wusste, mit dem Arbeiten begonnen. Das kann doch nicht angehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Dolzer, alles, was Sie zum Thema Sicherungsverwahrung gesagt haben, ist ein Paradebeispiel dafür, dass man ehrlich sagen muss, dass nicht jeder therapierbar ist. Deshalb müssen wir Mechanismen haben, die unsere Gesellschaft

schützen. Und dazu ist diese Sicherungsverwahrung da, von der wir nicht ablassen werden.

Auch zum Fehlermanagement von Herrn Senator Steffen möchte ich noch etwas sagen. Das ist wirklich beeindruckend und macht Sie auch in Ihrer eigenen Partei so beliebt. Beim ersten Vorkommnis haben Sie gesagt, es habe eine Verkettung unglücklicher Einzelvorfälle stattgefunden. Dann ging Ihre Kritik an die eigenen Mitarbeiter – eine Saurei, sage ich einmal auf Deutsch, dass sich die Mitarbeiter das von Ihrem eigenen Chef anhören müssen –, und dann noch die Kritik an der Vorgängerin im Amt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wo hat er die geäußert?)

Da, Herr Dressel, hätte ich gern einmal in Ihren Kopf geschaut. Wie er in dieser Sache mit der Senatorin Schiedek umgegangen ist, war nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann will ich Ihnen noch einmal deutlich machen, was das Prinzip der Ressortverantwortung bedeutet, Herr Steffen. Ein Minister ist verschuldens- und verdienstunabhängig für Defizite und Erfolge verantwortlich, die in seinem Ressort gemacht werden. Das wiederum ist der Grund dafür, dass politische Ereignisse nicht personenunabhängig vermittelt werden können. Für die politische Verantwortung müssen also die Minister die Konsequenzen tragen,

(Farid Müller GRÜNE: Das steht nicht in Frage!)

selbst wenn Sie für Verwaltungsmitarbeiter zuständig gewesen sind, Herr Müller. Deshalb bedeutet dies im Umkehrschluss, dass Sie persönlich für Fehler Ihrer Mitarbeiter die politische Verantwortung tragen. Dass Sie diese nicht übernehmen, wirft kein gutes Licht auf Sie.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluss.

(Dirk Kienscherf SPD: Besser ist es!)

Herr Steffen, Sie sind tatsächlich der zuverlässigste Senator in diesem Kabinett, denn auf Ihre Fehler kann man bauen. Das wird hoffentlich nicht mehr so weitergehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Trepoll, Sie denken für den weiteren Verlauf der Sitzung an den parlamentarischen Sprachgebrauch. – Dann hat jetzt Herr Pein von der SPD-Fraktion das Wort.

Milan Pein SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man in der zweiten Runde einer Aktuellen Stunde an der Reihe ist,

(Milan Pein)

kann man sein Skript gleich beiseitelegen, denn man muss doch immer auf das reagieren, was gesagt worden ist.

(Zurufe von der CDU)

– Nun bleiben Sie einmal ruhig, ich habe doch noch gar nicht angefangen.

Wir alle sind darüber betroffen, dass ein als gefährlich eingestuftes Straftäter entlassen worden ist, und für die Ängste und Sorgen, die das ausgelöst hat, haben wir alle Verständnis. Das ging mir als Familienvater auch so. Unsere Beratungen im Rechtsausschuss haben widergespiegelt, dass es sich um einen hochkomplexen Fall handelt, um ein in erster Linie juristisches, nicht um ein politisches Problem. Ich finde es sehr bedauerlich, dass die heutige Debatte wieder nur das zutage gefördert hat, was immer alle sagen, nämlich, wenn Politiker sich eines hochkomplexen Sachverhalts annehmen, kommt nichts Gutes dabei heraus. So war es auch in der heutigen Debatte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich glaube, dass niemand von den Damen und Herren, die nicht so wie wir als Mitglieder des Justizausschusses mit diesem Fall befasst sind, gewusst hat, wie es überhaupt zu diesem Ergebnis kommen konnte. Das hat keiner von Ihnen versucht zu erklären. Der Justizsenator hat natürlich ein wenig Licht ins Dunkel gebracht,

*(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein
FDP: So ein bisschen!)*

aber auch er musste sich in erster Linie gegen Ihre Angriffe verteidigen. Frau von Treuenfels-Frowein, ich schätze Sie als Mitglied des Justizausschusses

*(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein
FDP: Danke!)*

und ich schätze Ihre sachliche Arbeit, die Sie auch am Montag gemacht haben, aber nach Ihrer heutigen Bankrotterklärung und Rücktrittsforderung – das gehört alles zum politischen Geschäft, das können Sie auch machen – freue ich mich, wenn wir demnächst wieder zur Sacharbeit im Ausschuss zurückkehren werden. Das müssen wir auch, um zu verhindern, dass sich so etwas jemals wiederholt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein
FDP: Da haben Sie recht!)*

Das unterscheidet Sie, Frau Kollegin, im Übrigen auch von dem Kollegen Nockemann, der heute überhaupt nicht die Gründe für eine solche Sache erklärt hat, sondern nur gefordert hat, dass als Konsequenz der Senator zurücktreten solle. Herr Nockemann, das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür gewesen, dass Sie in der Sondersitzung am Montag keine einzige Frage gestellt ha-

ben, denn Ihre Meinung hatten Sie doch schon gefasst.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bitte lassen Sie uns doch weiter so diskutieren, wie wir es im Ausschuss gemacht haben. Dann können wir verhindern, dass sich so etwas noch einmal wiederholt.

Zwei Dinge möchte ich hervorheben. Wir müssen uns mit dem Ergebnis dieser Prüfung genau befassen, denn erst dann wissen wir, was nicht richtig gelaufen ist und wie es zu dieser Abweichung in einem normalen Verhalten kommen konnte. Es ist doch so – und das noch einmal für all diejenigen, die mit dem Fall nicht so sehr befasst sind –: Es ist im letzten Jahr, Ende April, eine Frist versäumt worden. Wie man das später hätte heilen können, hat das OLG uns sehr deutlich gesagt, nämlich gar nicht. Das hängt mit dem nächsten Punkt zusammen, den wir in dieser Diskussion am Ende einfügen müssen: Wir müssen darüber nachdenken, ob diese Norm – das kann ich Ihnen jetzt nicht ersparen – in Paragraph 67d Absatz 2 Satz 2 StGB so praktikabel ist. Dann müssen wir auch einmal ins Detail gehen; auch das kann ich Ihnen jetzt nicht ersparen. Diese Regelung sieht nämlich vor, dass ein Gericht die weitere Vollstreckung der Unterbringung zur Bewährung auszusetzen hat, wenn dem Untergebrachten nicht spätestens binnen der vom Gericht gesetzten Frist eine bestimmte Betreuung, hier eine Therapie, angediehen wird. Das Gericht muss das tun. Das steht in dieser Regelung. Und da dies so im Gesetz steht, gab es gar keine Möglichkeit, anders zu entscheiden.

Sie fordern, der Justizsenator müsse tätig werden und es hätte dieses und jenes gemacht werden müssen. Das Einzige, was nicht hätte passieren dürfen, ist, dass diese Frist nicht hätte versäumt werden dürfen. Danach war das Kind in den Brunnen gefallen. Und das war Ende April 2015.

(André Trepoll CDU: Das hätte er doch vorher wissen müssen!)

– Herr Trepoll, tun Sie mir einen Gefallen. Wenn Sie das nächste Mal im Justizausschuss sind, haben Sie vorher bitte den Beschluss des OLG gelesen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vielleicht haben Sie ihn auch gelesen und dann nur vergessen oder verheimlichen das jetzt.

Darin steht, dass die Staatsanwaltschaft keinen Antrag gestellt hat, dass die Justizvollzugsanstalt zwar fristgemäß dem Gericht mitgeteilt hat, dass diese Therapieanforderung nicht umgesetzt werden kann – aus Sicherheitsgründen, wohl gemerkt – und weil der Untergebrachte es verweigert hat. Außerdem hat der Therapeut sich geweigert, diese Therapie mit fünf Sicherheitsbeamten in seiner Praxis durchzuführen. Die Strafvollstreckungs-

(Milan Pein)

kammer hat darauf nicht reagiert. Die Staatsanwaltschaft hatte davon möglicherweise gar keine Kenntnis, und dann war die Frist abgelaufen. Es gab also drei Beteiligte, die Justizvollzugsanstalt, die Staatsanwaltschaft und die Strafvollstreckungskammer.

(André Trepoll CDU: Wer übt die Dienstaufsicht aus?)

Wer dort nun nicht lege artis gehandelt hat, das wird es herauszufinden gelten. Deswegen ist es auch in Ordnung, wenn Sie ein Aktenvorlageersuchen machen. Ich gespannt, was darin steht.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Ich auch!)

Und ich bin gespannt, wie Sie uns dabei helfen wollen, dass so etwas nicht wieder geschieht. Dazu fordere ich Sie auf, lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten. – Danke.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Für die GRÜNE Fraktion bekommt Herr Dr. Tjarks das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Nockemann, ob Sie damals amtsangemessen waren, ist wohl eine einseitige Ansichtssache.

(Erster Vizepräsident Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Aber dass Sie hier herumpoltern und sich im Ausschuss kein einziges Mal zu Wort melden, dass Sie keine Anfrage zu dem Thema stellen, das, Herr Nockemann, ist nicht Teil einer großen Bewegung, sondern das ist eher ein sehr arbeitsunsamer Stillstand.

(Birgit Stöver CDU: Waren Sie im Ausschuss?)

Wenn Sie hier noch etwas werden wollen, sollten Sie anfangen, parlamentarisch zu arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es geht etwas wild durcheinander bei der Frage, über welche Fälle wir eigentlich reden. Wir haben angefangen mit August 2015, und damals gab es auch eine Debatte darüber, die, das wurde von meinen Vorrednern gesagt, beantwortet worden ist, und zwar mit dem Ersuchen der Regierungsfractionen, 29 Stellen im Justizbereich zu schaffen, die stärkste Stellenausstattung seit 20 Jahren. Und das bedeutet, dass wir auf die Probleme reagieren, die der Justizbereich gehabt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Michael Kruse FDP: Das größte Problem lassen Sie im Amt!*)

Frau von Treuenfels, ich schätze Sie und ich schätze häufig Ihre Reden, aber immer wenn es um den Justizbereich geht, schlagen bei Ihnen die Emotionen besonders hoch. Sie haben nach der Ausschusssitzung den Rücktritt des Senators gefordert und das in Ihrer Pressemitteilung vom 9. Mai 2016 folgendermaßen begründet – ich zitiere –:

"Senator Steffen muss persönlich seit seinem Amtsantritt vor über einem Jahr über den Fall informiert gewesen sein, denn bereits ab Februar 2015 hatte es mehrere Gespräche mit der Behördenleitung zu diesem Fall gegeben."

Sie zitieren aus Ihrer Schriftlichen Kleinen Anfrage, Drucksache 21/4265. Wenn man diese liest, dann steht genau das überhaupt nicht darin. Darin steht nämlich – ich zitiere –:

"Im Vorfeld der Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 27. März 2015 hat es im Februar und März 2015 mehrere Gespräche [...] über den Fall mit der damaligen Behördenleitung gegeben."

Wenn Sie eine Rücktrittsforderung aussprechen und dabei bewusst die Tatsache ignorieren, dass Herr Steffen erst am 15. April 2015 das Amt übernommen hat, dann sollten Sie sich eigentlich einmal fragen, wie redlich Sie in dieser Sache argumentieren. Sie haben nämlich aus Ihrer eigenen Schriftlichen Kleinen Anfrage falsch zitiert und sind zu einem falschen Schluss gekommen, der wenig sachorientiert und in dieser Frage auch ein wenig populistisch ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben dann am 10. Mai 2016 gleich wieder nachgelegt, und dabei ändert sich die Begründung, warum Sie den Rücktritt fordern.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Es gibt viele Begründungen, Herr Tjarks!)

Ich zitiere wieder:

"[...] auch wenn ihn seine Behörde seit Amtsantritt angeblich nicht über den Fall informiert hat."

Also dann war er aus Ihrer Sicht plötzlich nicht mehr informiert.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Sie wissen es nicht, Herr Tjarks!)

Dann haben Sie etwas dazugelernt, und Sie haben vorher eine Rücktrittsforderung auf völlig falschen Tatsachen erhoben. Sie können es jetzt auch über ein Aktenvorlageersuchen noch einmal nachprüfen. Davor haben wir keine Angst. Aber Sie müssen schon einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie Ihre Begründung für sehr schwerwiegende politi-

(Dr. Anjes Tjarks)

sche Forderungen, die Sie gestellt haben, innerhalb von 24 Stunden komplett ändern. Und das ist nicht gut, wenn man bei einer so komplexen Materie so argumentiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Michael Kruse FDP*: Geht es jetzt um die Begründung für die Rücktrittsforderung?)

Dann klagen Sie Herrn Steffen dafür an, dass er die Sache aufklärt. Herr Trepoll hat gesagt, man sei politisch verantwortlich für das, was in seinem Bereich passiert. Und genau deswegen nimmt doch Herr Steffen diese Verantwortung wahr, indem er die vorsitzende Richterin eines Oberlandesgerichts zur Aufklärung einsetzt.

(*Michael Kruse FDP*: Indem er eine Mitarbeiterin beauftragt!)

Er hat die Fragen präzise genannt. Sie dagegen ziehen irgendwelche Schlüsse, bevor überhaupt irgendeine Aufklärung abgeschlossen worden ist, und begründen Ihre Rücktrittsforderungen auf falschen Tatsachen. Das ist ein bisschen wenig für eine Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Meine Redezeit ist gleich zu Ende.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*: Schade!)

Deswegen kürzen wir das jetzt ab. In der Sache, das wurde bereits gesagt, gab es zwei Versäumnisse.

(*Michael Kruse FDP*: Bei Herrn Müller war es nur eins!)

Aus diesen Versäumnissen wurden die entsprechenden Konsequenzen gezogen; das haben Sie nicht hören wollen. Wir sind in der Sache froh, dass dieser Mann wieder hinter Gittern sitzt, übrigens wegen der guten Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster begehrt Herr Martin Dolzer von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Martin Dolzer DIE LINKE:* Ich möchte ausdrücklich Herrn Pein loben, denn es ist ihm gelungen, die Debatte zu versachlichen. Es geht ihm um das, was wir wirklich diskutieren müssen. Es stünde auch der Opposition und Ihnen, Herr Trepoll, gut zu Gesicht, sachliche Argumente auszutauschen.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*: Als ob ihr das machen würdet!)

Es ist nun einmal so, dass das Bundesverfassungsgericht 2004 und 2011 Entscheidungen getroffen hat, bei denen die Sicherungsverwahrung in

einem Spannungsfeld zwischen Sicherheitsbedürfnis und den Grundrechten der dort Inhaftierten, die es abzusichern gilt, steht. Genau in diesem Spannungsfeld hat auch das OLG eine Entscheidung getroffen und nicht zu Unrecht gesagt, die Anforderungen der JVA an die Sicherung mit fünf Beamtinnen und Beamten seien überproportional unverhältnismäßig und grenzten fast schon an eine Provokation, weil sie in der Praxis nicht einhaltbar seien. Wenn wir eine sachliche Debatte über das, was passiert ist, führen, müssen wir uns genau mit dieser Praxis auseinandersetzen und auch langfristig Perspektiven diskutieren. Auch das habe ich bei Ihnen, Herr Trepoll, wirklich vermisst. Schade, dass Sie mir nicht zuhören, sondern sich mit Ihrem Nachbarn unterhalten. Ich habe bei Ihnen auch vermisst, dass Sie überhaupt eine Perspektive aufzeigen, die jenseits einer Sackgasse von Ressentiments und Rücktrittsforderungen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste hat sich Frau Anna von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion gemeldet.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es interessant zu sehen, wer hier wen verteidigt und vor allen Dingen auch nicht verteidigt. Sie meinen versachlichen; das fordern immer all diejenigen, die selbst nie sachlich sind, und immer dann, wenn es für sie brenzlich wird. Aber wollen wir jetzt einmal ein bisschen sachlich bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich kann das, wenn ich es will, das wissen Sie doch. Mir geht es – und wir haben dieses Thema auch angemeldet, und da kommt Herr Steffen nicht so einfach davon – um seine Verantwortung. Mir geht es nicht darum, ob Herr Tabbert etwas dazu sagt oder ob Herr Farid Müller einen Sofort-Senator fordert. Ich könnte jetzt meine fünf Minuten darauf verschwenden, das alles rhetorisch lustig abzuklappern. Aber wissen Sie was? Das möchte ich gar nicht. Ich möchte stattdessen sehr gern einmal beim Thema bleiben. Einzig und allein auf Sie, Herr Tjarks, könnte ich eingehen, wenn Sie mir unterstellen, ich wechsele meine Gründe.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Ja! Weil Sie nicht recht haben!)

Und wenn schon. Wissen Sie, wie viele Gründe es dafür gibt, dass Herr Steffen zurücktritt? Ich könnte Ihnen sehr viele nennen. Die Spitze seiner ganzen Skandale ist dieser Skandal. Es gibt so viele Gründe.

Wenn Sie schon den Vollzug so sehr loben, Herr Steffen, dann muss ich dazu sagen, dass viele innerhalb der Gefängnisse das gar nicht so sehen wie Sie, denn sie müssen jetzt auch noch Gewalt

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

von Gefangenen erdulden, weil sie zu wenig Personal und einen ziemlich hohen Krankheitsstand haben.

(Urs Tabbert SPD: Jetzt geht aber alles durcheinander!)

Da sagen Sie im Justizausschuss – in dem Sie auch nicht waren, Herr Tjarks –, Sie wüssten nicht, warum Ihnen niemand etwas sage. Und dann beschuldigen Sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und sagen, Sie müssten das unbedingt aufklären. Heute bedanken Sie sich bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese Linie kann ich nicht so ganz verstehen, ich finde das ziemlich kläglich.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Fakt ist doch, dass Sie – dabei bleiben wir – eine ganze Reihe von Skandalen zu verantworten haben. Ein Beispiel ist der U-Bahn-Schubser. Man braucht dabei gar nicht polemisch zu werden. Ich könnte jetzt eine Black List herunterzitieren,

(Dirk Kienscherf SPD: Haben wir schon dreimal gehört!)

dann wären meine fünf Minuten schon wieder um. Deswegen gibt es viele Gründe, warum jetzt einfach Ende mit Wende ist. Herr Steffen, wenn Sie jemanden, der Ihnen dienstlich untersteht, damit beauftragen, diesen Fall aufzuklären, was soll das denn wieder werden? Warum beauftragen Sie nicht jemand Externen mit der Aufklärung? Wieso muss es jemand sein, der zu Ihnen zumindest in beruflicher Beziehung steht? Das kann ich gar nicht verstehen. Es gibt dieses Sprichwort: Frösche werden nicht ihren eigenen Teich austrocknen. Genauso wird es in diesem Fall sein, und deswegen fordern wir diese Aktenvorlage.

Ich bin wirklich sehr erstaunt darüber, dass Herr Steffen sich in seiner Rede heute überhaupt nicht zu diesem Thema geäußert hat, sondern uns eine Vision davon gegeben hat, was er im Jahr 2020 erreichen möchte, und erzählt hat, was er schon erreicht hat. Das hört sich an, als habe er gerade sein Amt angetreten und wolle uns erklären, was er vorhabe. Zum Thema spricht er nur sehr kurz, nämlich dass es sehr komplex ist. Ja, das ist es auch, das weiß ich. Das haben wir auch verstanden, wir sind schließlich Juristen. Aber dass Sie sich aus der Verantwortung ziehen, lassen wir nicht zu. Deswegen haben wir das heute hier angemeldet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Herr Nockemann von der AfD-Fraktion.

Dirk Nockemann AfD:* Verehrtes Präsidium! Sehr geehrter Herr Dr. Tjarks, es ist wirklich erstaunlich, dass Sie mir das Recht absprechen, zum Thema

zu reden, weil ich im Ausschuss keine Frage gestellt habe. Aber Sie höchst selbst sind noch nicht einmal in diesem Ausschuss gewesen und meinen, Sie könnten die Bürgerschaft mit Ihren Thesen aufrollen.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Hab ich auch nicht gemacht!)

Das geht knallhart am Thema vorbei. Ich stelle im Innenausschuss die meisten Fragen.

(Kazim Abaci SPD: Was?)

– Das können Sie nachlesen.

Wissen Sie, warum ich Herrn Steffen keine Fragen stelle? Weil er im Gegensatz zu Herrn Grote, dem neuen Innensenator, immer nur sagt: Weiß ich nicht, kann ich nicht, habe ich nicht, tut mir leid, das ist nicht mein Ding. Wenn Sie Herrn Grote etwas fragen – der erst ein paar Tage im Amt ist –, kann er Ihnen genau Auskunft geben. Das ist der Unterschied. Und da macht das Fragestellen auch Spaß, aber nicht bei jemandem, der immer sagt: Weiß ich nicht, ich bin substanzlos und völlig überfordert. Sehr geehrter Herr Senator, was Sie abgeliefert haben, war ein absolut substanzloses Schaulaufen, immer scharf am Thema vorbei.

Wie Herr Trepoll bereits erwähnt hat, haben Sie die eigene Behörde in, wie ich finde, unverhältnismäßiger Art und Weise kritisiert. Eigentlich sind Sie doch darauf angewiesen, dass Sie in der Behörde Vertrauen schaffen, denn dann greift auch einmal jemand, der eigentlich nicht zum Hörer greifen müsste, zum Hörer und informiert Sie. Was Sie aber gemacht haben, ist Porzellan zerschlagen. Damit werden Sie in Zukunft noch wesentlich weniger Rückhalt in Ihrer Behörde haben, aber auf das Vertrauen sind Sie bitterlich angewiesen.

Herr Tabbert erwähnte vorhin, es habe Fehler gegeben, weil man hier auch Neuland betreten habe.

(Urs Tabbert SPD: Ja!)

Neuland, ja, juristisches Neuland. Aber gerade wenn man Neuland betritt, muss man doch als Behördenleiter aktiv werden. Da muss man doch zusehen, was man veranlasst, damit dieses Neuland auch für die Verwaltungsbeamten handhabbar wird. Dann kann ich mich nicht auf meiner Lieblingsspielwiese bewegen und, wie gesagt, nicht in die Niederungen der Ebene gehen.

Sie, Herr Senator, haben vorhin angesprochen, es sei ein Knochenjob, im Strafvollzug tätig zu sein. Das ist es in der Tat. Wir bekommen sehr viel Besuch von Strafvollzugsbeamten, wir können das nachvollziehen. Um diesen Knochenjob etwas zu erleichtern, bedürfte es wesentlich mehr Personals, das Sie nicht zur Verfügung stellen. Sie können es vielleicht nicht zur Verfügung stellen, weil wir mit den Stimmen der FDP und der CDU eine Schuldenbremse haben, mit der man die Ausga-

(Dirk Nockemann)

ben des Staates mindern wollte. Man wollte einen starken Staat zu einer Firma umgestalten, in der nicht die normalen Verwaltungsgrundsätze gelten, sondern eine Firma eben wie eine Firma arbeitet. Aber Sie haben keinen schlanken Staat geschaffen. Was Sie alle miteinander nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Deutschland geschaffen haben, sind sogenannte Hungermodelle. Das sind Bundesländer, die nicht mehr in der Lage sind, ihre originären Aufgaben zu erfüllen. Sie sparen diesen Staat kaputt, und das Ergebnis sieht man in der zunehmenden Verfahrensdauer. Das allein kann man dem Senator nun wirklich nicht anlasten.

Vorhin kam Folgendes vielleicht ein bisschen zu kurz, weil meine Zeit um war; deshalb möchte ich es jetzt noch einmal genauer darlegen. Herr Bürgermeister, Sie persönlich tragen jetzt, nachdem diese mehrfachen, schweren Versäumnisse des Justizsenators offensichtlich geworden sind, die Verantwortung für jedes weitere Versäumnis in der Justizbehörde. Beim nächsten Fehler sind die bundespolitischen Ambitionen nämlich ausgeträumt. Deswegen: Entlassen Sie diesen Senator, bevor Sie von ihm herabgezogen werden.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt erhält das Wort Richard Seelmaecker von der CDU-Fraktion.

Richard Seelmaecker CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Lieber Urs Tabbert, ich war eben etwas erschrocken ob der angeführten Argumente, denn es hieß, jetzt sei alles gut. Das haben auch Sie, Herr Steffen, einleitend und auch vor dem Justizausschuss am vergangenen Montag zur Presse gesagt. Jetzt sei alles gut. Das ist doch die völlig falsche Herangehensweise. Erstens: Wir können doch nicht anfangen mit "jetzt ist gut". Zuerst wird fahrlässig ein Feuer entzündet, dann wird gelöscht und gesagt, wie toll man das Feuer gelöscht habe. Das ist doch eine Verdrehung der Tatsachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zweitens: Es war ein Chaos in der Behörde, im Übrigen auch in der Innenbehörde. Das sehen wir schon daran, dass die einberufene Fallkonferenz zunächst ohne Beteiligung der Innenbehörde stattfand. Also die Polizei war an der ersten Fallkonferenz gar nicht beteiligt. Das stellte man offenbar kurz danach fest und sagte, es müsse schnell eine neue Fallkonferenz geben. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber wie brenzlich die Lage war, kann man dem Vermerk entnehmen, in dem es heißt:

"Herrn B. wird dennoch eine hohe Rückfallgefahr hinsichtlich von Sexualstraftaten gegen Kinder und Jugend seitens des Gerichts

beziehungsweise der bestellten Gutachter prognostiziert."

Und jetzt kommt es, 22. April 2016, die hochoffizielle Mitteilung:

"Eine Begleitung durch Polizeikräfte ist derzeit nicht geplant beziehungsweise beabsichtigt."

Was für eine Fehleinschätzung sehr kurz vor dem Entlassungstermin.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In Wirklichkeit war das eine Riesengefahr, Mann, Mann, Mann. Im Übrigen ist das Hauptproblem – darin sind wir alle uns doch einig – etwas flapsig ausgedrückt, das Verpennen der Frist im weitesten Sinne. Wer überwacht denn die Frist? Macht das die Poststelle bei gemeingefährlichen Inhaftierten?

(Beifall bei der CDU)

Macht das keiner? Das gibt es doch gar nicht.

Das nächste Argument, Urs Tabbert, das ich hörte, waren die damaligen Fehler in 2005. Die Fehler von damals, und seien sie auch einzuräumen, machen doch die Fehler von heute nicht besser. Das hilft überhaupt nicht.

Und jetzt zum letzten Punkt: Neuland war das Argument von Herrn Pein.

(*Milan Pein SPD: Nö! Nee!*)

Und auch schon mehrfach gehört habe ich, es sei doch schwierig und die Rechtsprechung habe sich geändert. Jeder Anwalt ist nach den Grundsätzen des Bundesgerichtshofs verpflichtet, für seinen Mandanten immer den sichersten Weg zu gehen. Ist denn dann nicht erst recht der Staat im Fall eines inhaftierten, gemeingefährlichen, pädophilen Kinderschänders dazu verpflichtet, den sichersten Weg zu gehen? Da gibt es doch gar keine Frage.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lieber Herr Müller, zum Sofort-Senator, den ich auch eher als Skandal-Senator sehe, sagten Sie, das sei ein bisschen dünn, weil ich nur drei Beispiele gebracht hätte, die teilweise auch schon aus 2015 gewesen seien. Da haben Sie natürlich völlig recht, das war ein wenig dünn. Deswegen will ich einmal ein bisschen aufbohren.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Ein 14-jähriger mutmaßlicher Vergewaltiger, dringend tatverdächtig, ist, nachdem er in der Jugendeinrichtung war, gleich aus dem Fenster heraus abgehauen – danke, hier will ich gar nicht bleiben, mir dräut Ungemach – und geisterte wochenlang durch diese Stadt.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Ohne dass wir informiert wurden!*)

(Richard Seelmaecker)

Wir hatten vor Kurzem vier entflozene Häftlinge aus Billwerder. Wir hatten gerade zwei Angriffe in den Justizvollzugsanstalten gehabt. Sie können es nachlesen; die Antwort bekomme ich vom Senat wahrscheinlich kurzfristig zugestellt. Und zur Frage der Anzahl der offenen Haftbefehle: allein in Hamburg wurden 2013 339 nicht vollstreckt, 2014 wurden 542 nicht vollstreckt. Und um es rund zu machen: 2015 waren es 793. Die Tendenz ist klar: Es geht aufwärts, und das in einem Bereich, in dem wir es wirklich nicht gebrauchen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Dolzer, Resozialisierung ist wichtig: darin sind wir uns einig. Sie sind ja auch erstaunt darüber, dass die CDU diesbezüglich neuerdings vorn dabei ist. Das waren wir in Wirklichkeit schon immer, ich bin es in besonderem Maße, denn damit betreiben wir aktiven Opferschutz. Bei diesem Mann war es etwas anders, da können wir nicht – und das habe ich mehrfach auch von Herrn Steffen gehört – von Resozialisierung sprechen. Der Mann muss überhaupt erst einmal sozialisiert werden. Da war gar nichts zu resozialisieren. Er ist krank, das heißt, er muss therapiert werden. Das geht also weit über einen normalen Straftäter hinaus.

Ich könnte so weitermachen. Wenn Sie wollen, habe ich hier zum Beispiel noch die Zahl der Tatverdächtigen der unter 21-Jährigen. Nach der polizeilichen Kriminalstatistik ist sie zwischen 2012 und 2015 um 15,96 Prozent gestiegen. Die Anzahl der Neuzugänge bei den Jugendstrafverfahren ist interessanterweise im selben Zeitraum um 20 Prozent gesunken. Was ist denn da los? Arbeitet die Polizei nicht mehr anständig? Das kann ich mir kaum vorstellen. Und auch die Anzahl der verurteilten Jugendlichen und Heranwachsenden sinkt in Hamburg trotz Anstiegs der polizeilich erfassten Tatverdächtigen. Ich weiß das auch, ich habe auch schon einen Erklärungsversuch des Senators gelesen. Aber ich kann die Zahlen addieren, es sind nämlich nur drei Stück, und selbst wenn ich nur zwei addiere, bleibt die Differenz so hoch, dass ich sage, wir haben einen klaren Anstieg und offenbar eine nicht ausreichend besetzte Staatsanwaltschaft und daher mehr Einstellungen. Das muss sich ändern. Lassen Sie es nicht weiter so passieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt erhält als Nächster das Wort Urs Tabbert von der SPD-Fraktion.

Urs Tabbert SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn es darum geht, noch einmal die üblichen Angriffsrituale, die in solchen Fällen irgendwie abzuhandeln sind, abzuspielen, dann sind Sie groß, dann sind

Sie ganz weit vorn. Ob Sie deswegen glaubwürdig sind, lasse ich einmal dahingestellt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn es darum geht, politische Kärnerarbeit zu tun, wie zum Beispiel den gestrigen Nachmittag in der Teilvollzugsanstalt für Frauen in Billwerder zu verbringen, ein Angebot, das die Justizbehörde gemacht hat – wer ist dann da? Meine Kollegin von den GRÜNEN, Frau Timm, und ich.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Ich war da schon, da waren Sie aber nicht da!)

Wir sind die einzigen Abgeordneten, die da sind. Sie haben immerhin Ihre Mitarbeiterin hingeschickt. Die CDU war überhaupt nicht vertreten, die AfD und DIE LINKE auch nicht. Und das, wo wir eine so große Debatte über den Frauenvollzug hatten. Wenn es verbal zur Sache geht, sind Sie ganz vorn, aber wenn es darum geht, sich Mühe zu machen und zu schauen, ob Dinge funktionieren und man wirklich für Verbesserung sorgen kann, dann habe ich von Ihnen leider nichts gesehen, Frau von Treuenfels.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

– Nein, Entschuldigung, jetzt nicht. Sie können sich gern noch einmal melden.

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Darf ich wenigstens fragen, Herr Tabbert? Gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder Zwischenfrage der Abgeordneten von Treuenfels?

Urs Tabbert SPD (fortfahrend): Noch einmal, jetzt nicht. Ich mache das sonst immer, aber jetzt nicht, denn eine Sache kann ich der Kollegin nämlich leider auch nicht ersparen, wenn man den Mund so voll nimmt wie sie.

Sie sind doch Mitglied einer Partei, die im Jahr 2001 Justizsenator Kusch mit ins Amt gehoben und ihm noch einen Staatsrat der FDP zur Seite gestellt hat.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Und ausgerechnet Sie fordern jetzt den Rücktritt von Till Steffen. Da sind doch bei Ihnen völlig die Maßstäbe verrutscht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie uns gemeinsam entlang der Entscheidung des OLG sicherstellen, dass sich ein solcher Fall nicht wiederholt.

(Birgit Stöver CDU: Wie viele noch?)

Herr Pein hat das vorhin in der nötigen Besonnenheit getan. Er hat die Punkte aufgezeigt, die wir abklopfen müssen. Lassen Sie uns das tun. Und

(Urs Tabbert)

lassen Sie uns verbal ein bisschen abrüsten. Ich glaube, damit ist der Justiz in Hamburg am besten geholfen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt hat Frau von Treuenfels-Frowein die Chance, für die FDP zu antworten.

(Dirk Kienscherf SPD: Aber sachlich!)

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Ich verwende jetzt nicht meine kleinen fünf Minuten darauf, mich mit Herrn Tabbert zu streiten. Wie lange kennen wir uns jetzt eigentlich? Haben Sie irgendwann einmal eine Rede gehalten, in der nicht das Wort Herr Kusch vorkam? Ich weiß es nicht. Ich kann es mir eigentlich nicht vorstellen. Ich glaube nicht.

(Beifall bei der FDP – Urs Tabbert SPD: Jetzt machen Sie es ja doch!)

Eine Sache noch. Und das ist etwas, das ich unserem Justizsenator auch vorwerfe, um einmal wieder zu unserem Thema zu kommen, Herr Tabbert.

(Farid Müller GRÜNE: Da war doch was!)

– Da war doch etwas, genau.

Wissen Sie eigentlich, wie oft ich in den Anstalten gewesen bin, als ich hier angefangen habe? Ich bin in jeder gewesen; da waren Sie noch nicht da.

(Urs Tabbert SPD: Ich war da!)

Bei aller Freundschaft, von Hahnöfersand wussten Sie doch noch gar nicht, dass es das überhaupt gibt.

Zum Keksebacken kam einmal Herr Möller mit vorbei, damit dann auch die Presse kam, die wir dann Gott sei Dank abbestellt haben. Das sind alles alte Zeiten, da sehen Sie sehr schlecht aus, wenn Sie damit anfangen, denn war ich überall dabei.

(Beifall bei der FDP und bei Jörg Hamann CDU)

In Billwerder war ich schon, als es umgebaut wurde. Dorthin muss ich kein zweites Mal, um mich dort vorzuführen, und das auch noch mit Ihnen. Vielen Dank, das mache ich lieber allein. Bei aller Freundschaft, ich schätze Sie auch sehr, aber dorthin gehe ich lieber allein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Zurück zu unserem Thema. Herr Steffen, immer noch Sie sind unser Thema, auch wenn sich alle bemühen, davon irgendwie abzulenken, und versuchen, eine kleine verbale Abrüstung einzufordern, nachdem sie sich gerade aufgeregt haben. Wir finden – und da werde ich nicht nachlassen –, dass Sie die Verantwortung dafür immer noch nicht übernommen haben. Denn Sie haben doch die

Verantwortung dafür, das können Sie nicht abstreiten. Selbst wenn Ihre Behörde oder die JVA Fristen versäumt hat, wer verantwortet das? Das müssen Sie doch verantworten. Es hat doch überhaupt keinen Sinn, wie zum Beispiel Herr Pein zu sagen, wir müssten das einmal sachlich im Ausschuss aufarbeiten. Was sollen wir denn da aufarbeiten?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, das ist meine Frage!)

Ich habe Sie doch neulich noch gefragt – damit komme ich zu Ihnen, Herr Tjarks –, welche Übergabe dort stattfindet. Frau Jana Schiedek tritt ab, Herr Steffen kommt neu dahin.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Sie müssen erst einmal Ihre Begründung sortieren, Frau von Treuenfels!)

Da gibt es wahrscheinlich massenweise Übergabeordner. Im März 2015 hatte ein Gespräch stattgefunden, anscheinend mit Frau Schiedek, und einen Monat später noch einmal, wenn ich das richtig erinnere. Und Sie hören davon nichts? Sie kriegen davon gar nichts mit? Ich habe Sie das im Ausschuss gefragt und Sie haben gesagt, nein, das sei Ihnen nicht gesagt worden. In den Akten und in den Schriftlichen Kleinen Anfragen standen sehr viele Sachen, aber Sie wussten nichts davon. Das kann doch gar nicht sein. Dann gehen Sie in die JVA, wie Sie mir erzählt haben. Ich habe Sie gefragt, wann Sie eigentlich einmal dorthin gehen, wissen Sie das noch? Dann haben Sie gesagt, doch, doch, Sie gingen schon einmal dorthin, fragten aber nichts ins Blaue hinein. Wieder hat Ihnen keiner etwas gesagt.

Ich will Ihnen gar nicht unterstellen, dass die Menschen Ihnen nichts sagen, aber an Ihrer Stelle würde ich mich einmal fragen, warum Ihnen die Menschen alle nichts sagen. Warum sagt Frau Schiedek nicht, dass da ein ziemlich komplizierter Fall ist? Und warum sagt in der JVA keiner zu Ihnen, dass man dort ein Problem, sogar schon einen Rechtsstreit habe. Dann hätten Sie einschreiten müssen, und dann hätte es vielleicht einmal einen Sofort-Senator gegeben. Aber das, was Sie sagen, ist einfach nur Quatsch. Es gibt keinen Sofort-Senator, und der Senator, den es gibt, muss zurücktreten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunde für heute angekommen. Wir werden die Aktuelle Stunde morgen mit dem zweiten Thema fortsetzen.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich)

Ich rufe jetzt auf in gewohnter Weise die Punkte 2, 3 und 3a der Tagesordnung, die Drucksachen 21/1466, 21/2316 und 21/4326, Deputationswahlen.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde
– Drs 21/1466 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung
– Drs 21/2316 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung
– Drs 21/4326 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die drei Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die drei Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführung bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden gleich ermittelt. Ich werde sie Ihnen dann im Laufe der Sitzung bekanntgeben.**

Nun rufe ich Punkt 50 der Tagesordnung auf, Drucksache 21/4253, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Hamburger Ferienpass 2016 – Angebot des städtischen Schwimmbad-Betreibers Bäderland wieder aufnehmen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Hamburger Ferienpass 2016 – Angebot des städtischen Schwimmbad-Betreibers Bäderland wieder aufnehmen
– Drs 21/4253 –]**

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Hamburger Ferienpass 2016 – Angebot des städtischen Schwimmbad-Betreibers Bäderland wieder aufnehmen
– Drs 21/4392 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/4392 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

Beide Drucksachen möchten die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN an den Ausschuss für Umwelt und Energie überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE, Sie erhalten das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schade, dass die jungen Leute nicht mehr dabei sind; dieser Punkt würde für die Schülerinnen und Schüler einen Fortschritt bedeuten. Aber ich komme zum Thema.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in einer der reichsten Städte Europas, in der gleichzeitig die Armut steigt. Zunehmend können viele Familien keinen Urlaub mehr machen, sondern müssen die Ferienzeit in Hamburg verbringen. Der Ferienpass bietet Kindern und Jugendlichen, hauptsächlich Schülerinnen und Schülern, die Möglichkeit, während der Ferien kostengünstig im Bereich Kultur an Projekten teilzunehmen und Sport zu treiben. Der Sommer kommt, die Ferien beginnen – es stünde uns gut zu Gesicht, dafür zu sorgen, dass das städtische Unternehmen Bäderland sich einen Ruck gibt und wir in den Ferienpass aufnehmen können, dass auch bei Bäderland alle Kinder und Jugendlichen, die in der Ferienzeit schwimmen gehen wollen, dies durch eine entsprechende Karte kostengünstig tun können.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist schon paradox: Ein städtisches Unternehmen aus Schleswig-Holstein bietet Angebote im Hamburger Ferienpass an, aber bei dem eigenen städtischen Unternehmen Bäderland konnte, so steht es in der Antwort des Senats auf unsere Schriftliche Kleine Anfrage, das Angebot aufgrund deutlich sinkender Nutzerzahlen nicht aufrechterhalten werden. Mich wundert, dass ständig nach dem Motto "Weil es nicht wahrgenommen wird, wird es gestrichen" vorgegangen wird, statt zu überlegen, welche Schritte man gehen kann, damit Kinder und Jugendliche dieses Angebot wahrnehmen können.

(Beifall bei *Sabine Boeddinghaus* und *Stephan Jersch*, beide DIE LINKE)

Ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass ich in den Neunzigerjahren dieses kostengünstige Angebot als Schüler im Sommer durchgehend wahrgenommen habe und regelmäßig Schwimmen gegangen bin.

**Das Wahlergebnis ist auf Seite 2167 zu finden.

(Mehmet Yildiz)

Der Ferienpass wird demnächst in den Druck gegeben. Ich finde, wir sollten gemeinsam beschließen, dass auch Bäderland im Ferienpass auftritt und seine Angebote zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das eigentliche Grundproblem im Bereich des Wassersports liegt aber an einer anderen Stelle, wenn wir uns anschauen, dass Schwimmhallen an Wochenendtagen dichtmachen, Aqua-Fitnesskurse mit Verweis auf bessere Planbarkeit und Kosten erheblich eingeschränkt werden und Klassen am Schwimmunterricht nicht teilnehmen können, weil Schwimmzeiten teilweise wegfallen. Dazu kommen konkret die fehlenden Angebote im Ferienpass. Ich finde, wir sollten dafür sorgen, dass sich die Geschäftsleitung von Bäderland ernsthaft überlegt – und dies auch sofort umsetzt –, dass dieses Angebot jetzt in den Ferienpass aufgenommen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Bäderland sollte nicht in erster Linie auf Biegen und Brechen versuchen, Profite zu erwirtschaften, sie hat in erster Linie ihre Aufgabe der Daseinsvorsorge für die Gesamtgesellschaft wahrzunehmen.

Bäderland hat auf unsere Pressemitteilung auf Facebook reagiert und argumentiert, dass alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit hätten, für 1,60 Euro Schwimmbäder zu besuchen. Ich frage mich, welche Schwimmbäder. Ich habe mir alle 30 Schwimmhallen und -bäder angeschaut. Die Preise liegen durchschnittlich zwischen 2,80 Euro und 8 Euro pro Tag und Kind. Das widerspricht sich.

Außerdem ist Bäderland unter staatlicher Kontrolle. Das ist kein privates Unternehmen. Das Handeln von Unternehmen, die seitens der Stadt outgesourct wurden, wird ständig damit begründet, das sei deren eigenständige Entscheidung. Das stimmt nicht; wir sitzen mit im Boot. Wir haben die Aufgabe, auch bei Bäderland dafür zu sorgen, dass sie ihre gesellschaftliche Aufgabe wahrnimmt und Kindern und Jugendlichen in den Ferienzeiten das Schwimmen günstig ermöglicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben vor etwa einem Jahr im Rahmen der Olympia-Bewerbung darüber diskutiert, dass wir Aquadom-Arenen und Stadien mit zigtausend Sitzplätzen bauen

(Daniel Oetzel FDP: Sie wollten das nicht!)

– ich komme noch darauf zu sprechen –, Stichwort Sportstadt Hamburg. Jetzt wegen eines Peanuts-Betrags solche Projekte nicht aufzunehmen widerspricht sich.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Innensenator Grote hat letztes in einem Interview gesagt, wir könnten auch ohne Olympia die

Sportstadt Hamburg aufrechterhalten. Wenn er tatsächlich hinter diesem Wort steht, wäre der Ferienpass ein kleiner Schritt dorthin.

(Beifall bei der LINKEN)

Er soll dann dafür sorgen, dass dies umgesetzt wird.

Ich finde gut, dass die FDP nach uns einen fast wortgleichen Antrag gestellt hat. Wir unterstützen ihn. Uns ist eigentlich egal, in welcher Form das geregelt wird. Man hat Erfahrungen aus den Neunzigerjahren und dem Anfang der Zweitausenderjahre, dass man dies auch kostengünstig regeln kann.

Wir sind dafür, dass wir heute abstimmen, denn der Ferienpass wird nächsten Monat gedruckt. Ich bedaure, dass SPD und GRÜNE sich nicht einig sind, das hier gemeinsam zu beschließen. Wir haben kein Problem damit, den Antrag nachträglich an den Ausschuss zu überweisen und für die kommenden Jahre noch einmal ausführlicher darüber zu diskutieren. Aber ich bedaure, dass unsere Schülerinnen und Schüler im Sommer dieses Angebot im Ferienpass nicht wahrnehmen können, und bitte hauptsächlich die SPD und die GRÜNEN, dass sie sich noch einmal überlegen, dass man das gemeinsam beschließt und den Antrag dann nach dem Beschluss an den Ausschuss überweist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält das Wort Juliane Timmermann von der SPD-Fraktion.

Juliane Timmermann SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Yildiz, ich möchte vielleicht erst einmal die Gemeinsamkeiten festhalten. Ich glaube, dass der Ferienpass eine gute Errungenschaft ist. In neun Wochen ist es so weit: Noch neun Wochen Schule, dann stehen die Giftblätter – ich hoffe, für viele steht Erfreuliches darin, das belegt, dass vieles geleistet und erlernt worden ist – und die Sommerferien vor der Tür. Sie haben es schon gesagt: Der Ferienpass ermöglicht den Kindern, neue Erfahrungen in den Bereichen Bewegung, Musik, Natur, Schwimmen, Theater und so weiter zu sammeln, und ich glaube, das ist etwas Gutes.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich glaube auch, dass der Ferienpass an sich nicht infrage steht. Ich habe nur ein Problem mit Ihrem Antrag, an mehreren Stellen,

(Thomas Kreuzmann CDU: Ich auch!)

und ich wäre wahrscheinlich auch etwas rigoroser mit ihm umgegangen – aber dafür haben wir unseren grünen Partner, um uns irgendwie mit ihm zu

(Juliane Timmermann)

verständigen –, weil Sie zum einen Widersprüche in ihm haben und zum anderen Dinge, die ich nicht ganz nachvollziehen kann. Ich freue mich immer, wenn es darum geht, für Kinder und Jugendliche zu streiten, ihnen bessere Bedingungen zu schaffen; da bin ich gern an Ihrer Seite. Nur vermischen Sie hier wieder das eine oder andere, und das ermöglicht uns eben nur den Weg der Überweisung, um dann zu schauen, wie man dort eine Lösung finden kann. Es gibt sicherlich nicht nur Ihren Weg, sondern schon mit dem FDP-Antrag wird deutlich, dass es auch andere Wege gibt, und wenn man sich umschaute, wie andere Städte und Kommunen diesen Bereich Ferienangebote organisieren, dann gibt es noch ganz andere Möglichkeiten. Selbst wenn man noch zu einer Lösung kommt für diesen Sommer, kann man sicherlich auch überlegen, ob es andere Möglichkeiten von Rabatten oder Sonstiges gibt.

(Zuruf von *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

– Ich mache Ihnen gern einen Vorschlag, wo man überlegen muss. Das muss man aber auch mit Bäderland diskutieren.

Und was Ihren Antrag ebenfalls schwierig macht: Dort entstehen Kosten, und diese Kosten müssen sich auch abbilden lassen. Eine Gegenfinanzierung ist nicht zu erkennen. Insofern wird dieser Antrag überwiesen werden müssen und diskutiert werden.

Außerdem ist schwierig – und das ist der Widerspruch, der sich darstellt –, dass Sie die Holsten-Therme in Kaltenkirchen aufführen, die am Ferienpass teilnimmt. Die HolstenTherme hat den Eintritt von 7,50 Euro auf 6 Euro gesenkt. Sie haben gerade die Preisspanne dargestellt, die der kommunale Träger hier in Hamburg, nämlich die Bäderland, anbietet: sämtliche Freibäder für 1,60 Euro. Das, finde ich, ist schon ein sehr faires Angebot. Auch da kann man sicherlich sehen, was noch möglich ist. Die Hallenbäder, Sie haben es gesagt, gehen bei 2,80 Euro los. Es ist zwar richtig, dass das Höchste dann diese 8 Euro sind, aber die meisten liegen um die 3 Euro am Tag. Das ist sicherlich für einige Familien immer noch viel Geld, und ich bin auch gern bereit, mit Ihnen zu streiten und nach Lösungen zu suchen, aber ich glaube, dass das im Vergleich zu der HolstenTherme in Kaltenkirchen – und das ist Ihr Beispiel – schon ein sehr gutes Angebot ist, was die Bäderland anbietet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte Sie als LINKE schon auch noch einmal ein bisschen an das heranführen, wofür Sie sonst immer streiten: Sie sind immer dabei, wenn es darum geht, dass die Kostensteigerungen für die kommunalen Anbieter bei Rahmenzuweisungen für die Träger der Jugendhilfe und so weiter berücksichtigt werden. In Ihrem Antrag stellen Sie richtig dar, dass es bis 2003 diese Ferienclub-Karte für

10 DM gegeben hat. Nun ist Ihr Vorschlag – ein Schelm, der Böses dabei denkt –: Es sollen 5 Euro sein, das dürfe es nicht übersteigen. Die Gültigkeit müsse über die Sommerferien hinausgehen und Angebote von Bäderland dürften nicht eingeschränkt werden. Wir haben in allen anderen Bereichen, beispielsweise bei "Kids in die Clubs", wo Vereine Angebote machen, immer die Möglichkeit, dass diese Vereine darauf achten können, was sie zu leisten imstande sind. Und nur, weil es ein städtischer Träger ist, soll es für ihn keine Möglichkeiten geben, Einschränkungen zu machen?

Darüber hinaus muss auch die Kostensteigerung beachtet werden. Wir wissen alle, dass es diese Steigerungen im Bereich der Bäder gibt; wir haben in den vergangenen Jahren viel erlebt, was die Energiekosten und sonstige Kosten angeht. Zu sagen, wir nehmen diese 10 DM und teilen Sie Pi mal Daumen durch zwei, das sind dann 5 Euro – und das ist Ihre Lösung –, finde ich schwierig. Ich glaube, man muss der Bäderland die Möglichkeit geben zu schauen, wie wir dort ein Angebot schaffen, das sich einigermaßen trägt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt. Es gibt ganz unterschiedliche Möglichkeiten, dies zu machen, wenn man darauf schaut, wie es in Berlin, in Köln oder in anderen Großstädten läuft. Wir haben hier sozusagen ein Coupon-Heft, in dem auch auf Seen und anderes hingewiesen wird. Es werden Angebote gemacht, die kostenlos sind oder die Ermäßigungen bieten, und dieser Ferienpass ist erst einmal kostenlos. In anderen Kommunen ist es so, dass man einen Ferienpass käuflich erwirbt – die Preise liegen bei 5, 10, 15 Euro und auch mehr –, mit dem Ermäßigungen oder eben auch kostenlose Eintritte möglich sind. Es sind also ganz unterschiedliche Wege, die zum Ziel führen. Das Ziel, Kindern, die hier in Hamburg die Ferien verbringen, ein tolles Angebot im Bereich Schwimmen und Wasser, Gewöhnung und Erleben zu ermöglichen, finde ich ein gutes. Man kann diskutieren, was möglich ist.

Ich glaube aber auch, die Bäderland hat das gute Recht, dass man sie nicht überfordert, sondern nach einer gemeinsamen und vernünftigen Lösung sucht. Insoweit wollen wir das in der zuständigen Behörde beziehungsweise im Umweltausschuss diskutieren; Bäderland gehört in den Zuständigkeitsbereich der Behörde für Umwelt und Energie. Dort wollen wir noch einmal schauen, was sich für dieses Jahr oder eben auch künftig umsetzen lässt. Wie Sie richtig sagen, ist es schon mehr als ein Jahrzehnt her, dass Bäderland dort ausgetreten ist. Sicherlich kann man schauen, ob es neue Wege gibt. Auf diesem Weg begleiten wir Sie und sehen, was wir konstruktiv hinbekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Thomas Kreuzmann von der CDU-Fraktion.

Thomas Kreuzmann CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Timmermann, Sie haben im Grunde genommen den Großteil meiner Rede vorweggenommen. Insofern möchte ich liebend gern gleich zu Beginn sagen, dass wir beide Anträge ablehnen werden – ich werde das noch begründen – und wir auch einer Überweisung an den Umweltausschuss nicht zustimmen werden. Auch dazu werde ich gleich noch einiges sagen.

Zustimmen werden wir beiden Anträgen nicht, weil wir sie teilweise inhaltlich schwach finden: widersprüchlich, wie Frau Timmermann sagte, und im Grunde genommen sehr lieblos. Nach vorn geschoben wird immer die Kostenfrage: 10 DM – 5 Euro, 1,60 – 3,20. Fadenscheinig wird dann die Therme in Kaltenkirchen hervorgehoben; dazu werde ich auch noch etwas sagen.

Was mich viel mehr bewegt, ist die Tatsache, dass die Regierungsfractionen mit dieser Überweisung beider Anträge versuchen, beide Anträge auch kaltzustellen. Warum sage ich das? In der nächsten Woche wird der Ferienpass in den Druck gegeben. Der nächste Umweltausschuss tagt am 26. Mai 2016. Ich höre schon heute die Regierungsfractionen im Umweltausschuss sagen: Wir können für die nächsten Jahre überlegen, aber diese Anträge haben sich nun überholt, die Ferienpässe sind im Druck und werden am 27. Juni verteilt. Das ist eine Alibi-Überweisung. Das ist das eine.

Zum Zweiten finde ich es äußerst fragwürdig, dass hier ausschließlich Sportpolitiker reden – mit dem Hinweis darauf, dass beide Anträge an den Umweltausschuss überwiesen werden sollen.

(Dirk Kienscherf SPD: Die sind doch im Umweltbereich!)

Das erschließt sich meinem Wahrnehmungshorizont nicht und auch nicht meiner Logik. Hier sind Sie in den Überweisungsbegehren in gewisser Weise widersprüchlich.

Einige Worte zu Bäderland. Bäderland ist im deutschlandweiten Vergleich substanziell super aufgestellt, mit einem Kostendeckungsgrad von etwas über 63 Prozent. Nur damit sich jeder einmal ein Bild davon machen kann: Der Kostendeckungsgrad der Frankfurter Bäder liegt bei 30 Prozent. Das zeigt erst einmal, dass Bäderland prinzipiell gut aufgestellt ist. Sie ist als öffentliches Unternehmen mit 100 Prozent über die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement abgedeckt. Der Preis von 1,60 Euro, den Herr Yildiz nannte, ist natürlich schon über den Steuerzahler und die HGV über den Hamburger Haushalt subventioniert. Nimmt man eine Mehr-

fachkarte, kann man sogar noch eine Rabattstufe von 10 Prozent erreichen. Rechnen Sie das runter, dann sind Sie bei 1,44 Euro.

Die Ferienclub-Karte wurde 2003 eingestellt, weil sich die Nachfrage nicht so entwickelte, wie Bäderland damals angenommen hatte. Wenn trotz alledem – und da ist der nächste Widerspruch – die Besucherzahlen selbst in den Ferienzeiten in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind – das können Sie den Wirtschaftsberichten von Bäderland entnehmen –, widerlegt das letztendlich Ihr Argument, dass nicht jeder die Bäder nutzen könne. Das sollten Sie, wenn es denn überwiesen wird, im Umweltausschuss schon einmal irgendwie erläutern, damit es sich auch meiner Logik erschließt.

Ich möchte noch einmal ein bisschen verfeinern, was Frau Timmermann sagte. Die 10 DM, die Sie für 2003 angeben, sind schon 2002 keine 10 DM mehr gewesen. Schon 2002 waren es Euro-Werte; die Euro-Einführung kam zum 1. Januar 2002. Dann haben Sie die Umrechnung kritisiert. Einfach halbieren stimmt so auch nicht. Nehmen Sie einen Währungsrechner der damaligen Zeit, dann kommen Sie schon auf 5,11 Euro. Was Sie weiterhin unterschlagen, ist die Inflationsrate seit 2003 bis einschließlich 2015, in Summe 18,9 Prozent. Das aufgeschlagen, liegen Sie schon bei 6,08 Euro. Wie wollen Sie als Hüter des Haushalts und im Grunde genommen als Seelsorger für alle, die mit Geld zu tun haben, es rechtfertigen, dass Sie hier ein Defizit verursachen wollen und künstlich hervorrufen? Das sollten Sie auch noch einmal erklären. Zu Bäderland habe ich etwas gesagt.

Zum Antrag der FDP-Fraktion. Die Idee ist nicht schlecht. Man könnte das jetzt einmal versuchen. Aber wenn zutrifft, was die Regierungsfractionen sagen, wird auch Ihr Antrag im Ausschuss begraben. Ich würde beiden Oppositionsfractionen, der LINKEN und der FDP, einen Tipp geben: Wir sind nach der Sommerpause in den Haushaltsberatungen. Machen Sie dort haushaltsrelevante Anträge, die wir dann wiederum in den Fachausschüssen diskutieren können, um dann in Zukunft ein Angebot für Schülerinnen und Schüler und Jugendliche bis 16 Jahre zu machen, die Ihren Vorstellungen angemessen sind. Und leisten Sie bitte ein Gegenfinanzierungsmodell, wie das im Haushalt dann gedeckelt werden soll. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Herr Kreuzmann. – Als Nächste erhält das Wort Christiane Blömeke von der GRÜNEN Fraktion.

Christiane Blömeke GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kreuzmann, ich war eben kurz irritiert, weil Sie den FDP-Antrag ein

(Christiane Blömeke)

bisschen anders bewertet haben als den Antrag der Links-Fraktion. Er ist inhaltlich komplett gleich, nur vielleicht im Wortlaut etwas anders. Deswegen wäre das, was Sie jetzt gesagt haben, auf beide Anträge zu münzen.

Zu der LINKEN möchte ich gern sagen: Herr Yildiz hat den Eindruck erweckt, als sei es eine aktuelle Entwicklung gewesen, dass das Angebot von Bäderland aus dem Ferienpass herausgefallen ist. Das haben wir jetzt gerade noch einmal korrigiert. Denn wenn man einmal einen Blick in die Geschichte wirft – das haben einige Kolleginnen und Kollegen gemacht –, dann wissen wir, dass dieser Ferienpass bis 2000 den Kauf einer Sommerclubmitgliedschaft ermöglichte, für in der Tat 10 DM pro Kind. Mit dieser Mitgliedschaft gab es dann Rabatt, und so kostete der Eintritt im Freizeitbad statt 7,50 DM nur 3 DM und der Eintritt ins Freibad 1 DM. Familien, die Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, hatten sogar die Möglichkeit, diese Clubkarte beim Sozialamt geltend zu machen. Es war also nicht alles schlecht, was es damals gab. Aber – und vielleicht sind Sie deswegen auch sehr konsequent, Herr Kreuzmann – dann kam der CDU-FDP-Schill-Senat und hat 2003 dieses Angebot nicht mehr unterstützt. Der Senat hatte sich gemeinsam mit Bäderland entschieden, das Angebot aufzugeben und nicht weiter zu subventionieren. Herr Oetzel, darum muss ich Sie auch ein bisschen enttäuschen. Sie haben mit Vehemenz einen Antrag geschrieben – Ihre politischen Vorfahren waren es jedoch, die dieses Angebot rausgekickt haben. Dafür waren Sie sicherlich noch nicht verantwortlich, aber das sollten Sie vielleicht zur Kenntnis nehmen. Es war immerhin ein FDP-Bildungs- und Sportsenator, Herr Lange, der mit dafür verantwortlich war.

Zum Antrag der LINKEN würde ich gern inhaltlich noch etwas sagen. Das ist ganz typisch: Es lässt sich ein guter Kern in ihm finden, aber dann kommt etwas Widersprüchliches, und es wird an vielen Stellen übertrieben. Ich möchte auf den Vergleich mit dem Umland zurückkommen. Sie führen die HolstenTherme an; ich möchte noch das ARRIBA in Schleswig-Holstein dazu nehmen. Das ARRIBA, ein beliebtes Freizeit- und Spaßbad für Kinder, kostet regulär 6 Euro am Tag. Das heißt, es ist ohne Ermäßigung viel teurer als unsere Freizeitbäder. Wenn man da das Festland nimmt, auch ein sehr beliebtes Bad, kostet das 4,70 Euro für Kinder, ebenfalls den ganzen Tag. Zur HolstenTherme hat Kollegin Timmermann schon gesagt, dass sie mit Ermäßigung immer noch teurer ist, als bei uns ein regulärer Eintritt für Kinder kostet. Und das – das will ich einmal hervorheben – geht natürlich nur, weil der Senat bereits jetzt gemeinsam mit Bäderland die Eintrittspreise für die Kinder subventioniert, stark subventioniert.

Freibäder – das ist überhaupt nicht verwirrend, Herr Yildiz, Sie haben vielleicht nur nicht richtig ge-

schaht – kosten in der Tat 1,60 Euro. Es gibt eine sehr klare Preisstruktur bei Bäderland, da braucht man auch nicht verwirrt zu sein: Freibäder kosten 1,60 Euro, Freizeit- und Kombibäder sind teurer.

Diese 1,60 Euro halte ich in der Tat für erschwinglich für Kinder und einen ganzen Tag. Aber ich gebe zu, unser Sommer mutet nicht immer so an, dass man jeden Tag ins Freibad gehen kann. Natürlich sind auch wir auf der Suche nach Angeboten für Kinder aus einkommensschwachen Familien, um ihnen Schwimmen und Freizeitbad zu ermöglichen. Die einkommensschwachen Familien sind natürlich die, die im Sommer auch in der Regel zu Hause sind. Wenn wir einmal jenseits vom Freibad schauen, wo man hingehen kann, dann sind es in der Tat die Freizeitbäder, die sehr attraktiv sind, mit Rutschen und mit allen möglichen beliebten Spiel- und Spaßangeboten im Bad, und die sind teuer, das ist richtig. Das ist der richtige Kern im Antrag der Links-Fraktion.

Die Ferienspielprogramme, die Bäderland darüber hinaus noch anbietet in den Bädern, sind sehr, sehr attraktiv. Aber auch die kommen erst zum Zuge, wenn die Kinder im Bad drin sind. Und darum – das will ich jetzt noch einmal sagen – ist der Kern des Antrags der Links-Fraktion und auch der FDP durchaus nachzuvollziehen. Genau darum, und da weiß ich gar nicht, was hier Verschleierung oder Hinhaltetaktik oder gar Totmachen im Ausschuss sein soll, hat sich die Umweltbehörde mit Senator Kerstan bereit erklärt, mit Bäderland in die Gespräche zu gehen, um eine sozialverträgliche Lösung zu finden, damit gerade die Kinder aus einkommensschwachen Verhältnissen, die eben im Sommer zu Hause sind, in den Ferien gegebenenfalls weitere Vergünstigungen erhalten können. Ich weiß nicht, was da für Sie ein Problem ist.

Natürlich ist klar, dass diese Lösung nicht mal eben per Fingerschnippen da sein kann. Wir leben jetzt seit 2003 damit, dass in diesem Ferienpass das Bäderangebot nicht enthalten ist. Jetzt haben Sie einen Vorstoß gemacht und erwarten, dass schnipp, schnipp, schnipp, Bäderland und der Senat sofort eine Lösung präsentieren, wie nun das Angebot wieder in den Ferienpass hineinkommen kann. Das kann so nicht gehen. Ich finde es richtig, was hier schon festgestellt wurde, nämlich dass es einiger Gespräche mit Bäderland bedarf. Und ich möchte auch sehr deutlich sagen: Uns als GRÜNEN und der SPD liegt am Herzen, dass das Bäderland-Defizit bei irgendeiner Art Lösung, die wir suchen werden, nicht weiter ausgebaut werden darf. Es kann sich also am Ende nur um eine Umschichtung bei Bäderland handeln, die wir dann aber zugunsten von Kindern aus einkommensschwachen Familien machen wollen.

Genau aus diesem Grund wollen wir den Antrag an den Umweltausschuss überweisen. Und auch das ist nicht verwirrend, das will ich an dieser Stelle

(Christiane Blömeke)

noch einmal sagen, denn Bäderland gehört zur Zuständigkeit der Umweltbehörde. Hier reden jetzt nur die sportpolitischen Sprecherinnen und Sprecher, aber es hätten sich gern von Ihnen auch umweltpolitische Sprecher zu Wort melden können, das steht doch jeder Fraktion frei. Im Übrigen überweisen wir den Antrag an den Umweltausschuss nachrichtlich an den Sportausschuss, und es steht Ihnen wie mir frei, dass wir in die Sitzung gehen und mitdiskutieren.

Ich glaube, dass es richtig ist, diesen Weg zu wählen und nicht den Eindruck zu erwecken, das ließe sich jetzt einmal schnell lösen. Natürlich wäre es für uns wünschenswert, dass wir eine Lösung für dieses Jahr fänden. Aber ehrlich, wenn es das nicht gibt, weil der Ferienpass jetzt schon in den Druck geht, dann sind doch Gespräche allemal lohnenswert, die Verbesserungen für die Zukunft anvisieren.

Herr Kreuzmann, ich will mich wiederholen: Ihre Fraktion war es, die 2003 dieses Angebot mit abgeschafft hat.

(Thomas Kreuzmann CDU: Das erklärt, warum!)

Also treten Sie doch jetzt konstruktiv mit dafür ein, Lösungen zu suchen, dass das Angebot vielleicht wieder hineinkommt. Ob es die alte Form sein wird, wissen wir gar nicht. Ob es eine völlig neue Möglichkeit gibt, wissen wir auch nicht. Aber genau dafür führt die Umweltbehörde Gespräche mit Bäderland. Was ich nur sehe: Die Links-Fraktion verweigert sich einer Überweisung. Sie lehnen gar ab. Das ist überhaupt nicht konstruktiv und schon gar nicht im Sinne von Kindern aus einkommensschwachen Familien. Ich finde es ziemlich bedauerlich, wie Sie hier damit umgehen. Und dass Sie es ablehnen, finde ich auch nicht konstruktiv.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Daniel Oetzel von der FDP-Fraktion.

Daniel Oetzel FDP:* Sehr geehrter Präsident, meine Damen und Herren! Der Hamburger Ferienpass für Kinder und Jugendliche hat sich mittlerweile seit Jahren bewährt. Er ist ein wichtiger Bestandteil, ein wichtiger Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe, insgesamt ein gutes Projekt, welches wir als Freie Demokraten natürlich gern unterstützen.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Nun stellt aber heute DIE LINKE zu Recht die Frage, welche Angebote städtischer Unternehmen zu einem Gelingen des Ferienpasses beitragen können und vielleicht auch sollten. Seit 2003 ist nämlich die Bäderland Hamburg GmbH als Betreiber

der Hamburger Schwimmbäder nicht mehr mit einem eigenen Angebot vertreten; wir haben es jetzt schon verschiedentlich gehört. Frau Blömeke, ich bin damals 15 Jahre alt gewesen. Es tut mir also leid, wenn ich mich hier von Ihnen nicht in Mithaftung dafür nehmen lasse, was irgendwelche Senate damals beschlossen haben. Das funktioniert auf jeden Fall schon einmal nicht.

(Beifall bei der FDP)

Einige Jahre sind seitdem ins Land gegangen, und es wäre mittlerweile tatsächlich an der Zeit, einen neuen Versuch mit einem Angebot von Bäderland Hamburg für den Ferienpass zu starten. Ein weiteres Argument, das auch dafür spricht, gerade jetzt, einen solchen Vorstoß zu wagen, ist, dass wir seit Jahren eine stagnierende Zahl bei den Schwimmfähigkeiten von Schülerinnen und Schülern in der Grundschule zu verzeichnen haben. Es wäre zu hoffen, dass man, wenn Bäderland sich an diesem Ferienpass wieder beteiligen würde, vielleicht auch in dieser Richtung noch etwas verbessern könnte. Der vorliegende Antrag der LINKEN verfolgt also einen guten Zweck, das werden Sie sicherlich auch gemerkt haben, weil wir einen zugegebenermaßen ähnlichen Antrag eingereicht haben. Aber dass Sie, Frau Blömeke, ihn als komplett gleich bezeichnet haben, wundert mich doch. Dazu komme ich gleich noch am Ende.

Jetzt noch einmal zur konkreten Ausgestaltung des vorliegenden Antrags der LINKEN, der an einigen Stellen tatsächlich zu wünschen übrig lässt. Die Bürgerschaft soll auf Wunsch der LINKEN politisch festlegen, wie teuer die Bäderland-Ferienkarte höchstens sein darf. Wir haben es eben schon gehört, damals waren es 10 Mark, dann dürften es heute offenbar maximal 5 Euro sein. Dass Inflation bei der LINKEN immer nur dann existiert, wenn es um staatliche Zuwendungen, Löhne und Gehälter geht, lässt wieder einmal tief blicken, überrascht mich aber nicht mehr.

(Beifall bei der FDP und bei Thomas Kreuzmann CDU)

Was ich in der Argumentation etwas seltsam finde, ist, dass laut Antrag der LINKEN die Ferienclub-Karte nicht auf die Ferienzeit beschränkt sein soll. Mit dieser Forderung durch die Hintertür macht DIE LINKE schlussendlich aus ihrer eigentlich guten Intention quasi eine Jahreskarte für 5 Euro für Kinder und Jugendliche beim Bäderland. Das kann man vielleicht wollen, die Frage ist nur, wie man es umsetzen will, und das wird vermutlich ein sozialistischer Traum bleiben.

(Beifall bei der FDP und bei Christiane Blömeke GRÜNE)

Da wir aber als FDP-Fraktion den Grundansatz für richtig halten, haben wir heute einen Zusatzantrag eingebracht. Und, Frau Blömeke, ich möchte auch noch einmal klar sagen, wie sich unser Antrag von

(Daniel Oetzel)

dem Antrag der LINKEN unterscheidet. Wir wollen, dass Bäderland Hamburg eine Ferienclub-Karte testweise wieder einführt, also wenn möglich erst einmal für das laufende Jahr 2016; wir haben eben schon von Termschwierigkeiten gehört. Falls dies nicht machbar ist, können wir vielleicht im Ausschuss darüber sprechen, es im nächsten Jahr zu testen. Die Überweisung an den Ausschuss ist sicherlich sinnvoll, aber wir wollen erst einmal eine Testphase einführen, um zu prüfen, ob es die Nachfrage vielleicht heute wieder gibt. Diesen Test wollen wir nach Ablauf des Jahres evaluieren. Wir wollen also nicht einfach nur eine Rakete abschießen und darauf warten, was passiert, sondern wir wollen wissen, ob es funktioniert, und gegebenenfalls das Angebot wieder verstetigen.

Ein weiterer fundamentaler Unterschied zum Antrag der LINKEN ist folgender: Wir wollen zwar, dass es bei der Ferienclub-Karte eine starke Ermäßigung gibt, wir wollen dies aber nicht von der Bürgerschaft politisch festlegen lassen. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Unterschied zwischen dem Antrag der LINKEN und unserem Antrag. Das ist auch eine der Forderungen, Frau Blömeke, die Sie selbst formuliert haben. Deshalb wundert es mich etwas, dass Ihnen dieser Unterschied zu unserem Antrag nicht aufgefallen ist.

Wir wollen, dass es den Ferienpass grundsätzlich nur für die Ferienzeiten des laufenden Kalenderjahres gibt. Das wirkt leicht trivial, aber angesichts des Antrags der LINKEN muss man das betonen, denn sie will offensichtlich einen Ferienpass als Jahreskarte von hinten durch die Brust ins Auge einführen.

Ich freue mich also über die Überweisung an den Umweltausschuss. Wenn sich da, Herr Kreuzmann, Ihre Befürchtungen bewahrheiten sollten und die Anträge von Rot-Grün mit der von Ihnen vorgebrachten Argumentation versenkt werden,

(Thomas Kreuzmann CDU: Das können Sie jetzt nicht mehr machen!)

dann lassen Sie uns doch gemeinsam in die Haushaltsberatungen gehen. Dann schauen wir einmal, ob wir vielleicht für das nächste Jahr ein entsprechendes Projekt starten können, falls es nicht schon auf Basis der jetzt vorliegenden Anträge im Umweltausschuss bald eine entsprechende Regelung gibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema, ob die AfD für die Einbeziehung des Bäderland-Angebots in den Ferienpass ist, ist nun eingehend von allen Seiten diskutiert worden. Die Kosten sind übersichtlich.

Gerade für Kinder aus Familien unterer Einkommensschichten ist der Ferienpass sinnvoll, damit auch sie schwimmen gehen können, was für sie natürlich relativ teuer ist. Für diese Kinder ist der Ferienpass umso wichtiger, weil deren Familien aus finanziellen Gründen nicht in Urlaub fahren und meist daheim bleiben müssen.

Aber anders als im Antrag der LINKEN sollte sich das Angebot nicht auf das ganze Jahr, sondern nur auf die Ferienzeiten beziehen. Zugleich sollte auch die Preiskalkulation nicht so starr vorgegeben werden; deswegen sind wir eher für den FDP-Antrag. Insgesamt sollte das Ganze nicht nur für die einheimischen Kinder, sondern auch für die Flüchtlingskinder in den Flüchtlingsheimen gelten, damit sich die einen nicht die Nase am Schwimmbadeingang plattdrücken, während die anderen hineingehen können. Das alles ist angesichts der Kosten auch machbar. Wir stimmen dem Antrag der LINKEN und der Überweisung beider Anträge zu, damit wir das im Ausschuss noch einmal diskutieren können. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE bekommt nun erneut das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag hat dazu geführt, dass ich die Worte von Frau Blömeke und Frau Timmermann als Zustimmung nehme, dass es, wenn es dieses Jahr nicht klappt, auf jeden Fall 2017 im Ferienpass aufgenommen wird.

(Christiane Blömeke GRÜNE: Dann hätten Sie einmal richtig zuhören müssen!)

– Frau Blömeke, hören Sie bitte zu.

Wer den Antrag liest, dem wird deutlich, dass wir nicht sagen ganzjährig, sondern nur in den Ferien, Herr Oetzel. Aber politisch gesehen stimme ich Ihrer Auffassung zu. Ginge es nach uns, würden wir dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche eine ganzjährige Karte bekommen, sodass sie an den Einrichtungen von Kultur, Sport und Freizeit teilhaben können. Aber bei diesem Antrag geht es konkret um Schulferienzeiten, nicht um Ganzjahreskarten.

(Juliane Timmermann SPD: Aber das steht dort nicht!)

Wenn Sie den ersten Absatz des Antrags lesen, so steht dort – ich zitiere –:

"[...] stellt das Heft eine sinnvolle Ergänzung zur Freizeitgestaltung während der schulfreien Tage dar."

(Mehmet Yildiz)

(Christiane Blömeke GRÜNE: Lesen Sie einmal das Petitum durch! Das steht dort nicht so!)

– Im Petitum steht das nicht konkret. Hören Sie einmal kurz zu. Ich habe ausreichend Zeit. Unabhängig davon, Frau Blömeke – die FDP hat das auch gemacht, Frau Timmermann –, wäre das schon möglich, wenn der politische Wille vorhanden wäre. Vor zwei Wochen haben Sie den Antrag zugeschickt bekommen, und Sie hätten auch einen Zusatzantrag stellen können, in dem Sie beispielhaft alles konkretisieren, sodass wir heute gemeinsam darüber abstimmen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber der politische Wille ist nicht vorhanden, sondern man verschiebt das Thema. Über Beträge hin und her zu diskutieren ist lächerlich. Mir ging es bei der HolstenTherme Kaltenkirchen nicht darum, ob sie teurer oder billiger ist, sondern darum, dass ein schleswig-holsteinisches städtisches Unternehmen ein Angebot für Hamburg macht. Aber Hamburgs stadteigenes Unternehmen Bäderland macht das nicht. Seit 2003 gibt es so ein Angebot nicht. Das haben wir kritisiert, und deswegen haben wir dieses Beispiel angeführt. Wir brauchen das Rad nicht neu zu erfinden, sondern können auf die Erfahrungen bis 2003 zurückgreifen. Leider ist Herr Kerstan weg. Sie hätten zwei Wochen Zeit gehabt, mit Bäderland zu sprechen, das heute zu konkretisieren und dann zu sagen, Leute, wir haben ein machbares Ergebnis, lasst uns diesem gemeinsam zustimmen. Warum haben Sie das nicht getan?

(Beifall bei der LINKEN)

Daher, Herr Kreuzmann, werden wir in den Haushaltsberatungen konkrete Anträge haben.

(Thomas Kreuzmann CDU: Ja, hoffentlich!)

– Machen Sie sich darüber keine Sorgen.

Ich glaube schon, dass wir seit einem Jahr Erfahrungen haben, um konkrete Vorschläge zu machen, und hätte mir gewünscht, dass wir heute gemeinsam zu einem Ergebnis kommen und den Antrag nicht an den Ausschuss überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Timmermann von der SPD-Fraktion bekommt nun das Wort.

Juliane Timmermann SPD:* Herr Yildiz, es mag für Sie neu sein – das war jetzt etwas böse – , aber wir beschließen nur das Petitum. Im Petitum steht, die Gültigkeit solle nicht auf die Sommerferien beschränkt sein. Es ist eindeutig, dass es nicht nur um die Sommerferien geht, auch wenn dieser Ferienpass sich auf die Ferien bezieht. Diesbezüglich bin ich ganz bei Herrn Oetzel, der völlig richtig

gesagt hat, eine Fünf-Euro-Jahreskarte einmal so eben auszugeben sei mit seiner Fraktion nicht zu machen. Ich bin ganz bei Ihnen, auch wenn ich es sehr wertschätze, dass möglichst alle Kinder möglichst früh Schwimmen lernen, gerade in einer Stadt, in der Wasser eine große Bedeutung hat. Noch einmal: Ihr Petitum sagt eindeutig, die Gültigkeit solle sich nicht auf die Sommerferien beschränken. Dieses ist in der Art und Weise mit uns nicht zu machen. Es wird eine Lösung geben, wir werden mit Ihnen gern diskutieren, aber es ist nicht nur Ihr Weg der richtige, sondern es gibt daneben auch noch viele andere. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Jetzt liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte einer Überweisung der Drucksachen 21/4253 und 21/4392 an den Ausschuss für Umwelt und Energie zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind beide Drucksachen an den Ausschuss überwiesen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 30, Drucksache 21/3896, Antrag der FDP-Fraktion: Integration ernst nehmen – Schulpflicht durchsetzen, und Drucksache 21/4204, Antrag der CDU-Fraktion: "Generation Allah" entgegenwirken – Integration von Anfang an.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Integration ernst nehmen – Schulpflicht durchsetzen
– Drs 21/3896 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
"Generation Allah" entgegenwirken – Integration von Anfang an
– Drs 21/4204 –]**

Auf Wunsch der Fraktionen der CDU, FDP und AfD sollen beide Drucksachen an den Schulausschuss überwiesen werden. Wer wünscht dazu das Wort? – Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion, Sie bekommen es.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann auch eine unemotionale, sachliche Rede halten. Integration – das muss man, glaube ich, wirklich sachlich besprechen, das haben wir schon anders erlebt – wird immer von gutem Willen getragen, gleichwohl ist sie längst nicht überall gut gemacht. Wir finden, der einzig richtige Weg ist der, offenkundige Probleme anzusprechen, sie erst einmal zu erkennen und sie vor allen

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

Dingen dann auch zu lösen. Unser vorliegender Antrag soll dazu ein Beitrag für diese Stadt sein.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Abgeordnete, einen Moment. Nicht nur der sachliche Ton, sondern auch die ruhige Atmosphäre tragen zu einer guten Debatte bei. Ich bitte doch um mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP (fortfahrend):* Vielen Dank. Vielleicht sollte ich wieder losheizen, dann hört mir jeder zu. Ich will es aber weiterhin sachlich versuchen.

Wir haben gehört, dass viele Mädchen muslimischer Herkunft vermehrt nicht am Schwimmunterricht oder an Klassenfahrten teilnehmen, weil sie oder vielleicht ihre Eltern meinen, das würde ihre religiösen Regeln außer Kraft setzen. Aus dem Grundgesetz folgt die Religionsfreiheit, aber ebenso auch der staatliche Bildungs- und Erziehungsauftrag. Wir sollten nicht zulassen, dass sich genau diese beiden Grundrechte gegeneinander auspielen. Es wäre von uns eine falsch verstandene Toleranz, wenn unsere offene Gesellschaft die Befreiung vom Schulunterricht aus religiösen Gründen hinnehmen würde. In den Schulen werden auch unsere staatlichen Grundwerte vermittelt. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder auch der Umgang mit Andersdenkenden gehören elementar dazu. Die Schule hat eine besonders wichtige Integrationsfunktion. Dort werden alle Schüler mit der in der Gesellschaft vorhandenen Vielfalt an Verhaltensgewohnheiten konfrontiert. Dazu gehören auch der gemeinsame Unterricht und das Schulschwimmen. Ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger, sind gemeinsame Klassenfahrten. Denn hier erfahren die Kinder und Jugendlichen die soziale Realität. Hier lernen sie unter Anleitung der Lehrerinnen und Lehrer mit Verhaltensweisen, Meinungen und Auffassungen anderer umzugehen. Integration ist auch Interaktion von beiden Seiten. Ich finde, sie ist nicht nur eine Bringschuld, sondern auch eine Holschuld.

Im Übrigen hat vor drei Jahren auch das Bundesverwaltungsgericht ähnlich geurteilt und gesagt, das Tragen eines Burkinis sei diesen Mädchen im Wege der Verhältnismäßigkeit deutlich zumutbar. Rot-Grün lässt die Schulen aber mit diesem Problem allein. Auf unsere Anfragen hin teilt der Senat mit, man wisse nicht, wie oft Schülerinnen und Schüler aus religiösen Gründen der Schulpflicht nicht nachkämen. Die Unterrichtsbefreiung liege im Übrigen in der Verantwortung der Schulen. Ich finde, so kann Integration nicht gelingen.

Herr Rabe, Sie sagen uns dazu, es sei zu viel Verwaltungsaufwand für die Schulen, solche Fälle zu erfassen, und deswegen könne man ihnen das nicht zumuten. Wenn das der wirkliche Grund ist,

dann möchte ich Ihnen noch einmal einen Antrag aus unserer letzten Legislaturperiode – den kann ich wieder neu stellen – ins Gedächtnis rufen: Verwaltungspersonal an den Schulen könnte dieses Problem sehr schnell lösen.

Hinzu kommt, dass man in dieser Beziehung in Schleswig-Holstein schon etwas weiter ist. Das von Ihrer Genossin Ernst geführte Schulministerium hat vor wenigen Wochen allen Schulen Handlungsleitlinien zum Thema Islam, Islamismus und Salafismus in Schulen gegeben. Dieser Katalog ist weitaus strikter und weitreichender als das, was Sie fordern. Aber der Komplex Teilnahme am Schulunterricht und auch am Schwimmunterricht ist genauso geregelt, wie wir es wollen. Herr Rabe lässt verlauten – ich zitiere –,

"[...] dass Kinder aller Religionen und Kulturen in Hamburg gern zur Schule gehen und es in Bezug auf die Schulpflichtverletzung keine auffälligen Unterschiede zwischen den Glaubensrichtungen gibt."

– Zitatende – aus der "Häschenschule".

Das ist wieder typisch, Herr Rabe. Ihr Motto, Sie wüssten nichts, und was Sie nicht wissen, könne nicht sein, und deswegen gebe es übrigens keinen Handlungsbedarf. Wir argumentieren im eigenen System. Das haben Sie wieder gut hingekriegt. Ich hoffe, wir wecken Sie wieder einmal ein bisschen auf.

(Zuruf von *Kazim Abaci* SPD)

Aber wieso sollten denn Probleme in Flensburg größer sein als bei uns in Hamburg? Selbst wenn es bislang wirklich noch nicht passiert wäre, dass muslimische Mädchen nicht am Schwimmunterricht teilnehmen, wäre es doch geradezu sinnvoll, den Lehrerinnen und Lehrern präventiv ein Regelwerk an die Hand zu geben, um mit solchen Situationen umgehen zu können. Ein Blick auf die Zahl der Flüchtlingskinder gibt uns allen zu erkennen, dass Herausforderungen auf diesem Gebiet ernst zu nehmen sind. Ich finde, wir haben in unserem Land lange für gelebte Toleranz, für Umgang mit Andersdenkenden und auch für Gleichberechtigung gekämpft. Diese Werte sind nicht selbstverständlich. Wir müssen weiterhin auf deren Durchsetzung achten, anstatt die Augen davor zu verschließen und zu sagen, man habe ein nettes Multi-Kulti und jeder könne tun, wie er es will. Nein, gerade diese Kinder sollen nicht ausgegrenzt, sondern integriert werden.

Das ist ein wenig der Unterschied, auch wenn ich Ihren Antrag annehme, weil ich Ihren Zusatzantrag, Frau Prien, nicht schlecht finde. Aber Integration von islamgläubigen Kindern, Salafismus und Islamisten gehört nicht in einen Topf. Das muss man sehr genau trennen.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

(Beifall bei der FDP, der SPD und bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE)

Denn dann suggeriert es etwas, das wir nicht so sehen dürfen. Wir wollen Kinder integrieren, wir wollen, dass sie bei uns aufwachsen. Ich glaube, wir alle wollen, dass sie unsere Grundwerte, die wir leben, auch leben können. Dazu muss man sie in gewisser Weise verpflichten und sagen, Freunde, am besten ohne Burka und am besten auch einmal in den Schwimmunterricht, ihr könnt einen Burkini tragen. Aber wir dürfen nicht sagen, im Grunde genommen lauern das Problem Salafismus schon um die Ecke, und weit davon seien sie nicht entfernt. Das ist ein völlig anderes Problem. Man darf das nicht vermischen, und deswegen haben wir zwei getrennte Anträge gestellt. Wir sind guter Hoffnung, dass die SPD sich vielleicht irgendwann einmal umstimmen lässt und es an den Schulausschuss überweist, sonst können wir das Ganze auch noch einmal beantragen.

Zum Schluss wollte ich Ihnen sagen, Herr Senator Rabe – in der Schule wären Sie bestimmt toll gewesen –, dass der Bürgermeister am letzten Wochenende gesagt hat, er wolle kein wohliges Bild einer Multikulti-Idylle zeichnen. Da hat der Mann einmal recht gehabt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Ich weise noch einmal darauf hin, dass ruhiges Zuhören der Debatte immer förderlicher ist als viele kleine Gesprächsrunden. – Das Wort bekommt nun Frau Duden von der SPD-Fraktion.

Barbara Duden SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, dass Parlamentarier es auch ertragen müssen, dass es im Parlament nicht ganz so ruhig ist. Vielleicht liegt das an der Qualität der Darbietung, vielleicht aber auch daran, dass alle immer sagen, Schuldebatten seien so langweilig, weil man sie ständig führe. Also von daher habe ich dafür volles Verständnis.

(Zuruf von Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP)

Der Schulausschuss hat sich in seinen vergangenen Sitzungen häufig mit dieser Problematik beschäftigt, die Frau von Treuenfels heute dargelegt hat, und wird das sicher auch in Zukunft tun. Deshalb lehnen wir heute beide Anträge ab.

Ich möchte zunächst ein paar Bemerkungen zum Antrag der CDU machen, der für uns der Antrag ist, der in dieser Diskussion eine große Rolle spielen wird. Frau Prien sagt, die Hamburger Schulen müssten lernen, mit religiösem Fanatismus umzugehen, deshalb bräuchten wir eine Datensammlung. Das Institut für Lehrerfortbildung hat Handreichungen veröffentlicht, die ganz sicher hilfreicher sind, um Integration in Schulen voranzubringen,

als es jede statistische Auswertung jemals könnte. Das ist, glaube ich, ein sehr wichtiger Punkt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Antrag der CDU ist überschrieben mit der Überschrift "Generation Allah". Was ist das, außer, dass es eine griffige populistische Überschrift eines Buchs von Ahmad Mansour ist? Eine eigene Definition hat die CDU dazu nicht.

Frau von Treuenfels, ich glaube, den Senator hätten Sie jetzt schon mehrfach getadelt, wenn er sich während Ihrer Rede so verhalten hätte,

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Hat er! Hat er!)

wie Sie das jetzt tun.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber das fällt auf Sie zurück, nicht auf mich. Eine eigene Definition für diese Generation Allah hat die CDU dazu nicht. Wenn sie es hätte, bin ich natürlich auf die Ausführungen von Frau Prien sehr gespannt. Es ist gefährlich oder zumindest fahrlässig, mit solchen geliehenen Überschriften Politik zu machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Denn es stellt sich doch die Frage, ob Muslime, Islamisten, Salafisten gleich sind. Da teile ich ausdrücklich die Einlassung, die Frau von Treuenfels in ihrer Rede hierzu gemacht hat. Da sind wir alle auf die Erklärungen, die Frau Prien im Namen der CDU gleich in ihrer Rede machen wird, sehr gespannt.

Es bleibt aber ein Nachgeschmack, den ich vor diesem jetzt nicht so gut besetzten Haus noch einmal deutlich machen möchte. Dieser Nachgeschmack besteht in der Frage, ob man denn nicht die Finger von der Religion lassen sollte, um Integration leben zu können. Das ist eine Schlussfolgerung, die zumindest wir als SPD-Fraktion so nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine weitere offene Frage ist diese: Ist es fahrlässig, wenn in dieser Beziehung alles mit einer flotten Überschrift bewusst in einen Topf geworfen wird? Ich habe die "tageszeitung" abonniert

(Beifall bei den GRÜNEN)

und in ihr heute Morgen einen Kommentar gelesen, aus dem ich einen Teil zitieren möchte, der meiner Meinung nach unsere Kritikpunkte am Antrag der CDU sehr deutlich macht.

"Es greift die an den Stammtischen etablierte Verwechslung [...] auf. Muslim gleich Islamist gleich Terrorist."

Das mag vielen von Ihnen in diesem Augenblick völlig überzeichnet erscheinen, kommt aber sehr

(Barbara Duden)

eingängig daher und ist ohne eine weitere Begründung der CDU zumindest in meinen Augen hoch fahrlässig,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

wobei ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen kann, die am Rande eine Rolle spielt. Viele der jungen Islamisten und der Dschihadisten kommen aus weltlich geprägten Familien. Das wird sehr oft unterschätzt, und ich glaube, das spielt auch in der Diskussion, die wir künftig führen müssen, eine große Rolle. Integration an Hamburger Schulen ist täglich gelebte Praxis. Sie kann aber natürlich, wie alles, noch verbessert werden, ganz klar. Dafür brauchen wir keine Datensammlung, die von Lehrkräften geradezu nebenbei gepflegt werden müsste. Dazu brauchen wir ständig aktualisierte Handreichungen, die es jetzt schon gibt. Und ich glaube, die Opposition fordert auch, dass diese Handreichungen, die es in zahlreichen Sprachen gibt, jedem Hamburger Elternteil mit Migrationshintergrund in die Hand gedrückt werden. Das ist doch schon etwas.

Der FDP-Antrag verspricht, falls es endlich mit der Datenlage stimme, stimme es auch mit der Integration. Dazu sage ich: So einfach ist es nicht. Dann zur Frage, ob Schleswig-Holstein eigentlich alles richtig mache. Ich möchte jetzt nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehen, sondern nur einen benennen, der in der Diskussion immer eine Rolle spielt und auch die Diskussion von eben über Bäderland aufgreift. Seit 2005 gibt es in Hamburg in Zusammenarbeit mit Bäderland die Regelung, Burkinis beim Schwimmunterricht zuzulassen. Das ist elf Jahre her. Das ist gelebte Praxis in Hamburger Schulen, und dafür brauchen wir keine erneute Datensammlung, um festzustellen, wie viele Schülerinnen jetzt im Burkini am Hamburger Schwimmunterricht teilnehmen. Das ist gelebte Praxis in den Schulen, und ich denke, das läuft auch gut.

Anträge zur Befreiung aus religiösen Gründen entziehen sich gerade einer von Ihnen angedachten schematischen Bearbeitung. Schulleitungen würden solche Anträge nicht nur ablehnen, sondern sie würden auch mit den Eltern reden und ihnen die vorhandene Rechtsgrundlage erläutern. Auch das ist täglich gelebte Praxis in Hamburger Schulen ebenso wie die Abfrage an den Schulen, wie viel Befreiung eigentlich erteilt wurde. Wir alle wollen – hoffentlich, sage ich einmal – die selbstverantwortete Schule. Befreiung vom Unterricht wird von Lehrkräften und Schulleitung erteilt. Besondere Vorkommnisse werden auch heute schon der Behörde gemeldet.

Einen vorletzten Punkt will ich mir jetzt doch nicht verkneifen. Ich möchte ein Zitat aus der Pressemitteilung von Frau Prien bringen, nämlich Folgendes:

"Umso verwunderlicher ist es, dass Senator Rabe die Augen vor der Realität verschließt.

Um zu verhindern, dass unsere Schulen zu islamistischen Nachwuchsförderungszellen werden, muss er endlich die Gefahr erkennen und mit geeigneten Maßnahmen entgegenwirken."

(Kazim Abaci SPD: Schlimm!)

Das ist ein Zitat, das ich unsäglich finde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich glaube, dass wir, die wir dieser Debatte folgen, auf die Ausführungen von Frau Prien in dieser Frage sicher unglaublich gespannt sind.

(André Trepoll CDU: Dann kommen Sie doch zum Schluss! Dann kann sie dazu sprechen!)

Denn die Antwort darauf ist einfach. Keine Schülerin, kein Schüler darf in Hamburg aus religiösen Gründen dem Unterricht fernbleiben. Wer es trotzdem tut, verstößt gegen die Schulpflicht mit allen daraus folgenden Konsequenzen ohne Wenn und Aber.

50 000 Schülerinnen und Schüler gehen jährlich auf Klassenreise. Es gab 85 Fälle seit 2013, die nicht daran teilnehmen wollten, bei 40 von ihnen wurde die Teilnahme durchgesetzt. Vor Gericht waren unter anderem auch evangelikale Eltern, die nicht wollten, dass ihre Kinder auf Klassenreise gehen.

(Gerhard Lein SPD: Das ist auch eine Generation Gott!)

– Genau. Das ist auch die Generation Gott, ganz bestimmt.

Ich komme zur Frage, keine Burka im Unterricht. Es gab in den vergangenen drei Jahren drei Schülerinnen mit Burka. Und hier ist die Position doch sehr klar: Guter Unterricht geht nur ohne Gesichtverschleierung. Das ist auch ein Grundsatz, bei dem wir uns in diesem Haus doch einig sind. Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg leben täglich vor, wie gute Integration geht. Bei Schulpflichtverletzungen gibt es keine auffälligen Unterschiede zwischen den Glaubensrichtungen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Prien von der CDU-Fraktion bekommt nun das Wort.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Duden, anstatt zur Sache zu sprechen, haben Sie es tatsächlich geschafft, sich fünf oder sieben Minuten lang an einem offensichtlichen Zitat von Herrn Mansour abzuarbeiten, der eine bestimmte Problemlage auch an Hamburger Schulen sehr überzeugend vorgetragen hat.

(Karin Prien)

(Gerhard Lein SPD: Wenn Sie das übernehmen!)

Ich weiß, Schulpolitik macht Ihnen nicht so viel Spaß.

(Dirk Kienscherf SPD: Das können Sie am besten, Frau Prien!)

Aber ich hätte mir von Ihnen schon gewünscht, dass Sie heute einmal zur Sache vorgetragen hätten, anstatt wieder einmal diesen Empörungshabitus vor sich her zu tragen.

(Dirk Kienscherf SPD: Woher wollen Sie das wissen?)

– Genau. Aber wir beide finden ineinander auch den Meister, nicht wahr, Herr Kienscherf?

Nein, das war wirklich ein bisschen wenig und wird auch der Problemlage an den Hamburger Schulen mitnichten gerecht. Sie kennen vielleicht den Vermerk des Landesinstituts vom Dezember 2013 nicht, aber Sie hätten ihn sich vielleicht vorher noch einmal durchlesen müssen, dann wüssten Sie, dass die Verbreitung von Salafismus und Islamismus an Hamburger Schulen tatsächlich ein großes Problem ist.

(Arno Münster SPD: Das ist drei Jahre her!)

Nicht an jeder Schule, aber es ist ein Problem. Und natürlich haben Sie recht, wenn Sie zu Frau von Treuenfels gesagt haben, Integration werde nicht durch die Schaffung einer Datenlage bewirkt. Das stimmt nicht, aber umgekehrt wird natürlich ein Schuh draus. Wenn man keine Datenlage hat, dann kann man auch nicht die richtigen Schritte im Hinblick auf Integration machen, und deshalb ist Ihr Vorbringen heute dünn gewesen und bringt uns in der Sache überhaupt nicht voran.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Joachim Körner AfD)

Sie werden auch nicht verkennen können, dass diese Debatte in den letzten Monaten erheblich an Brisanz gewonnen hat.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Prien, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Karin Prien CDU (fortfahrend):* Nein. Nehmen Sie doch bitte Platz und melden sich gleich zu Wort.

Sie können doch nicht hinwegreden, dass dieses Problem in den vergangenen Monaten erheblich an Brisanz gewonnen hat und dass die Bürgerinnen und Bürger von uns eine Antwort auf diese Frage verlangen. Diese Antwort werden Sie so lange nicht geben können, solange Sie nicht wissen, was an den Hamburger Schulen tatsächlich los ist. Dass Sie das nicht wissen, ergeben sämtliche An-

fragen, die sowohl die FDP als auch wir in den vergangenen Jahren dazu gestellt haben.

Wir besprechen hier kein Problem der Flüchtlingskrise, sondern ein Problem, das durch die Flüchtlingskrise noch stärker in den öffentlichen Fokus geraten ist. Tatsache ist – dazu lesen Sie doch einmal den Vermerk aus dem Dezember 2013 –, dass es an manchen Schulen bis zu 10 Prozent der Schülerinnen gibt,

(Kazim Abaci SPD: Das war 2013, jetzt ist 2016!)

die nicht an Klassenfahrten teilnehmen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Wir haben 2016!)

Wenn Sie da hineingeschaut hätten, wüssten Sie, dass es zunehmend viele Fälle von Geschlechterdiskriminierung an den Schulen gibt, dass Mädchen sich bedrängt fühlen, dass Mädchen nicht mehr anziehen können, was sie wollen, weil sie ständig gemobbt werden, wenn sie das tun. Sie wüssten, dass Eltern Tanz- und Spielverbote für Ihre Kinder durchzusetzen versuchen, nicht nur unter den Moslems, selbstverständlich auch unter orthodoxen Christen. Das gibt es auch, aber das sind dann vielleicht doch eher sehr wenige Einzelfälle, aber auch gegen sie muss man konsequent vorgehen.

(Beifall bei der CDU – Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Mobbing, Sie rühren eine miese Suppe!)

– Nun lassen Sie mich doch ausreden. Das müssen Sie mir schon überlassen, welche Suppe ich koche, Frau Boeddinghaus. Das ist doch wirklich nicht Ihre Sache.

Es macht wirklich keinen Sinn, wenn wir bei jeder dieser Debatten dem anderen erst einmal unterstellen, er hätte da irgendetwas im Kopf darüber, was Sie nun meinen. Was läuft bei Ihnen, Frau Duden, eigentlich für ein Kopfkino ab, wenn Sie mir unterstellen, ich würde Islamisten und Salafisten mit Moslems in einen Topf werfen? Das habe ich zu keinem Zeitpunkt getan, und ich verbitte mir solche Unterstellungen. Lassen Sie das sein, setzen Sie sich mit dem Thema auseinander.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein – in Anführungszeichen, entschuldigen Sie – Buchtitel, den ich zitiert habe; das wird man doch wohl machen dürfen.

(Gerhard Lein SPD: Die Überschrift, die ist es! Die machen Sie sich zu eigen!)

– Nein, das habe ich nicht getan. Das ist nicht wahr.

(Zurufe von Dirk Kienscherf SPD)

– Sie wissen natürlich, dass ich zünde, Herr Kienscherf. Melden Sie sich doch einfach zu Wort,

(Karin Prien)

Herr Kienscherf, wenn Sie etwas zu sagen haben, und pöbeln Sie hier nicht herum.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Prien, einen Moment. Die Geste habe ich nicht verstanden. – Danke, Sie können fortfahren.

Karin Prien CDU (fortfahrend):* Danke schön, Frau Präsidentin.

Ich bleibe dabei: Ohne eine vernünftige Datenlage aus den Schulen, die der Schulsenator nach eigenem Eingestehen bis heute nicht hat, wird man den Problemen nicht wirklich gerecht, und deshalb brauchen wir diese Datenlage. Was wir allerdings nicht brauchen – ich will auch noch einmal etwas Nettes sagen –, ist, Frau von Treuenfels, eine neue Handreichung, weil wir die Handreichung in Wahrheit schon haben; und die ist auch gar nicht schlecht. All die Punkte, die Sie zu Recht in Ihrem Antrag ansprechen und die ich absolut teile, sind in dem Elternratgeber enthalten. Ich finde, er ist auch ordentlich gemacht, und zwar in einer einfacheren Sprache, und sämtliche angesprochenen Konfliktlagen, seien es Schulfahrten, sei es Schwimmunterricht, sei es Sportunterricht, sei es Sexualkundeunterricht, sind darin enthalten. Auch das Thema Befreiung vom Unterricht ist dort aus unserer Sicht hinreichend abgearbeitet.

Wichtig wäre natürlich, dass diese Broschüren an diejenigen verteilt werden, die es angeht. Wenn der Senator in einer unserer Anfragen antworten musste, dass sie in den IVK-Klassen nicht verteilt werden, dann ist das natürlich schlecht; das muss natürlich passieren. Jedes Flüchtlingskind, alle Eltern von Flüchtlingskindern müssen diese Unterlagen erhalten.

(*Kazim Abaci* SPD: Nicht nur Flüchtlingskinder, alle Kinder!)

Insofern sind wir froh, dass der Senat angekündigt hat, das in Zukunft zu tun. Wenn das das Ergebnis dieser Debatte ist, dann ist es ein Erfolg. Es wäre schön gewesen, wenn wir Sie nicht darauf hätten hinweisen müssen. Ich finde es schade, dass wir das nicht im Schulausschuss beraten, wohin es nämlich gehört. Frau Duden, anders als Sie behauptet haben, haben wir das Thema Salafismus und Islamismus in der vergangenen Legislaturperiode mehrfach in einer Selbstbefassung beraten. In dieser Legislaturperiode haben wir es noch nicht ein einziges Mal besprochen, obwohl wir Anlass dazu hätten. Frau Duden, Ihre Ausführungen verstehe ich so – aber das können wir unter den Ob-leuten absprechen –, dass wir uns im Rahmen einer Selbstbefassung mit diesem Thema sehr bald noch einmal beschäftigen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion bekommt nun das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Frau Prien, eigentlich geht es heute – das war der ursprüngliche Antrag der FDP-Fraktion –, um Integration. Es geht darum, beispielsweise Schulpflichtverletzungen zu dokumentieren, Eltern entsprechend zu beraten und dergleichen mehr. So ist auch Ihr Antrag überschrieben. Da steht: "Generation Allah" entgegenwirken – Integration von Anfang an. Im Petitum fordern Sie lückenlose Dokumentation und Ähnliches. Dann habe ich vorhin – ich habe sie leider nur digital – Ihre Pressemitteilung gelesen, in der steht:

"'Generation Allah' konsequent entgegenwirken und Maßnahmen gegen Salafismus an Schulen ergreifen."

Weiter unten geht es los mit Islamisten, und dann geht es gleich weiter mit:

"Dazu gehört auch, dass wir endlich effektive Maßnahmen gegen islamistischen Fanatismus an Schulen ergreifen."

Frau Duden hat absolut recht, wenn sie sagt, dass Sie mit diesem Antrag, und vor allen Dingen mit Ihrer Pressemitteilung, das Problem mit dem Umgang von eventuell gelebtem religiösen Leben, Burkini und so weiter, mit Islamismus und Salafismus vermischen. Damit zündeln Sie in dieser Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir werden gemeinsam mit den Ob-leuten im Schulausschuss – also am Rande der Bürgerschaft – beraten, wann wir das Thema aufnehmen. Wir haben zwei Anträge beziehungsweise Große Anfragen zum Thema Islamismus und Salafismus gestellt, die wir im Schulausschuss noch vor der Sommerpause beraten werden. Das ist auch richtig und wichtig; davor drücken wir uns nicht. Aber hier geht es um etwas ganz anderes, und ich finde es, wie gesagt, sehr gefährlich, das zu vermischen.

Zu Ihnen, Frau von Treuenfels-Frowein: Sie haben absolut recht, wenn Sie sagen, Integration beruhe darauf, dass von beiden Seiten etwas beigetragen werde; sie beruhe auf Gegenseitigkeit. Integration beruht aber auch auf Vertrauen. Ich habe mich darüber erkundigt, wie viele Fälle es gibt, die Sie kritisieren, also Befreiung von Unterricht aufgrund religiöser Zugehörigkeit oder Befreiung vom Sportunterricht aufgrund religiöser Zugehörigkeit. Ein solches Misstrauen, das aus Ihrem Antrag spricht, kann ich beim besten Willen nicht teilen. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

(Dr. Stefanie von Berg)

Selbstverständlich nehmen die allermeisten Kinder aus muslimischen Familien, gerade auch Mädchen, am Schwimmunterricht teil. Wie Frau Duden angesprochen hat, gibt es seit 2005 aufgrund eines Urteils des Verwaltungsgerichts die Möglichkeit, im Burkini am Sportunterricht teilzunehmen. Selbstverständlich kommen die Kinder ihrer Schulpflicht nach und nehmen auch an Klassenfahrten teil. Wir hatten eine Anfrage gestellt, auf die der Senat geantwortet hat, bei den zwei strittigen Fällen habe es sich um Evangelikale, also keine muslimischen Kinder gehandelt. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Es gibt ein gewisses Misstrauen gegenüber Lehrerinnen und Lehrern. Es gibt, Gott sei Dank in Hamburg, in unserem Staat, Regeln. Es gibt einen Rahmen, der eingehalten werden muss, und alle beteiligen sich daran, dass er eingehalten wird. Wenn es Verstöße gibt, dann gibt es auch Gespräche. Denn Integration beruht auf Vertrauen, auf Dialog. Die Schulen tun etwas Großes daran, mit allen im Gespräch zu bleiben und dementsprechend Verstöße zu ahnden, aber auch präventiv zu handeln. Dieses große Vertrauen habe ich auch weiterhin in unsere Schulen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nicht zuletzt sind Ihre Forderungen nach lückenloser Dokumentation tatsächlich eine Überbürokratisierung der Schulen, eine wahnsinnige Belastung für die Schulen

(Zuruf von Karin Prien CDU)

und ein Eingriff in die selbstverantwortete Schule. Wie gesagt, wir haben Vertrauen in die Verantwortlichkeiten der Lehrerinnen und Lehrer und der Schulen, denn sie haben das größte Interesse, dass Integration bei uns gelingt.

Zum Punkt bezüglich Niqab und Burka: Ich selbst bin Lehrerin und habe mir darüber Gedanken gemacht, wie es mir gehen würde, wenn mir ein Mädchen gegenüber sitzt, bei dem man nur die Augen oder eventuell auch gar nichts sieht. Ich gebe zu, es wäre für mich sehr schwierig, weil ich keine Beziehung aufbauen könnte. Aber es ist nun einmal so, dass Niqab und Burka nicht verboten sind, und selbst wenn man das melden würde, was dann? Was wäre die Konsequenz? Was wollen Sie mit diesem Antrag?

Dann habe ich mich darüber gewundert, dass in demselben Petition steht, "und sonstige interreligiösen Konflikte" – also abgesehen von Niqab und Burka – "sollen gemeldet werden". Da frage ich mich: Was ist ein interreligiöser Konflikt? Das ist nicht beziffert. Gewaltvorfälle, eine ganz andere Geschichte, müssen sowieso gemeldet werden, und das ist auch richtig und wichtig und gut so, weil Schulen nur so funktionieren können.

Kurzum: Wir alle werden gemeinsam daran arbeiten – die Schulen tun es vor allen Dingen –, dass Integration in den Schulen gelingt. Wir nehmen es ernst, aber wir vermischen dieses Thema nicht mit Islamismus und Salafismus. Lassen Sie uns diese Trennschärfe auch weiterhin beibehalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE bekommt nun das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte auf den FDP-Antrag eingehen.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein*
FDP: Danke!)

Es wäre nämlich ziemlich fies, wenn wir das nicht tun würden. Sie sprechen in Ihrem Antrag auch über das Thema Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau, auch Toleranz und Integration, machen sich sicherlich nicht am Schwimmunterricht fest. Gleichberechtigung muss von der gesamten Gesellschaft implementiert werden, und in Hamburg haben wir immer noch die Situation, dass Frauen 25 Prozent weniger verdienen. Also ist auch das ein Punkt, über den wir beim Thema Gleichberechtigung sprechen müssen. Sie sprechen doch von Gleichberechtigung.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten erst einmal dafür sorgen, dass Gleichberechtigung wirklich stattfindet, anstatt sie nur für besondere oder bestimmte Gruppen zu predigen. Im Endeffekt leben wir in einer Demokratie, und eine funktionierende Demokratie muss aushalten, dass Menschen, Jungen wie Mädchen, nicht am Schwimmunterricht teilnehmen möchten. Ich habe auch das letzte Mal gesagt, dass es immer wieder unterschiedliche Gründe dafür gibt, warum junge Frauen, warum Mädchen nicht am Schwimmunterricht teilnehmen möchten. Es kann sein, dass die Religion ein vorgeschobenes Argument ist. Und wenn es aus religiösen Gründen sein sollte, ist das immer noch kein Indiz dafür, dass ein mangelnder Integrationswille vorhanden ist. Wenn wir von Integration reden, müssen wir weg vom Thema Schwimmunterricht und Burkinis und hin zu gleichberechtigter demokratischer Teilhabe von jungen Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier leben immer noch Menschen, die nicht einmal das Wahlrecht haben, obwohl sie hier geboren sind. Die Handreichungen aus Schleswig-Holstein, die Sie in Ihrem Antrag erwähnt haben, heißen Handlungsleitlinien zum Thema Islam, Islamismus und Salafismus in Schulen. Hier wird auch in einen

(Cansu Özdemir)

Topf geworfen, was eigentlich nicht in einen Topf gehört. Deshalb finde ich das als Beispiel nicht sehr angemessen.

Noch einmal zum Antrag der CDU-Fraktion. Es wurde sehr oft gesagt, er sei extrem populistisch. Ja, ich finde auch, es ist extrem populistisch zu behaupten, dass es eine Generation Allah in Hamburg geben würde. Wir wissen aber, und auch die CDU weiß sehr genau, dass es diese Generation nicht gibt. Und nur, weil Ahmad Mansour einen arabischen Hintergrund hat, heißt es nicht, dass seine Thesen richtig sind. Sie glauben, dass es authentischer wirkt, wenn ein Herr Mansour statt eines Horst Seehofers in dieser Debatte zitiert wird. Das ist es aber nicht. Was Sie stattdessen mit diesem Antrag tun, ist, alle Muslime, die nicht am Schwimmunterricht teilnehmen, unter den Generalverdacht der Radikalisierung zu stellen. Das ist extrem populistisch und gefährlich und auch kontraproduktiv. Sie differenzieren nicht, Sie pauschalisieren.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich war vor zwei Wochen auf der Fachtagung von "Legato". Dort haben die Expertinnen und Experten sehr deutlich gesagt, es sei empirisch belegt, dass die meisten Radikalisierten aus nicht muslimischen oder religionsfernen Haushalten kommen. Sie haben aufgezählt, dass es quer durch die Gesellschaft gehe, arm, reich, christlich, nicht christlich, muslimisch, nicht muslimisch. Deshalb macht es keinen Sinn, nur bei muslimischen Kindern und Jugendlichen anzusetzen, und dies als Integrationsproblem darzustellen. Wir sollten Menschen, die sich nicht zugehörig fühlen oder sich im Identifikationsprozess befinden, viel mehr Identifikationsmöglichkeiten bieten. Deshalb hatten wir den Antrag auch letztes Mal gestellt. Sinnvoll wäre aus unserer Sicht, und daran halten wir auch fest, wenn es um Radikalisierung an Schulen geht, Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit sich radikalisierenden Schülerinnen und Schülern zu schulen. Das ist für uns ein wichtiger Punkt, der auch noch im Ausschuss diskutiert wird.

Zum Thema statistische Erfassung der Befreiung vom Schwimmunterricht: Das verursacht unnötige Kosten, ist zu aufwendig, aber vor allem auch absolut sinnbefreit; das macht unserer Auffassung nach keinen Sinn. Es gab auch auf der Fachtagung Kritik daran, dass die Politik reflexartige Reaktionen zeigt. Diese zwei Anträge sind meiner Meinung nach reflexartige und nicht durchdachte Reaktionen. Es sind falsche Ansätze, die nicht die Absicht haben, das Problem differenziert zu betrachten und zu lösen, und deshalb lehnen wir die Anträge ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Dr. Kruse von der AfD-Fraktion bekommt nun das Wort.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im FDP-Antrag ist von Schulpflicht die Rede. Als ich mit sechs Jahren eingeschult werden sollte, was ich alles andere als toll fand, wurde mir von meinem Vater gesagt, es gebe die Schulpflicht und ich müsse. Das habe ich damals als einen miesen Trick des Staats empfunden, arme kleine Jungen und natürlich auch Mädchen 45-minutenweise zum Stillsitzen und Zuhören zu zwingen.

(André Trepoll CDU: Das waren noch Zeiten!)

– Das waren noch Zeiten.

Später habe ich verstanden, dass die im 19. Jahrhundert eingeführte Schulpflicht in Deutschland im Wesentlichen ein Schutz der Kinder vor ihren Eltern war. Die Eltern, insbesondere die auf dem Lande, brauchten ihre Kinder als Arbeitskräfte für diverse Dinge, vom Melken bis zur Erntehilfe. Sie verstanden gar nicht, warum Kinder überhaupt zur Schule gehen sollten, weil sie selbst nicht zur Schule gegangen waren und auch die Vorteile nicht gesehen haben. Die Schüler selbst wussten das natürlich auch nicht und haben es auch nicht immer toll gefunden. Man hat also mit der Schulpflicht auch die Kinder vor sich selbst geschützt.

Als Ökonom habe ich später gelernt, dass der Schulbesuch und die Ausbildung generell nicht nur ein sehr dominanter Treiber für das individuelle Einkommen einer Person für das gesamte Leben sind, sondern auch enorme, positive externe Effekte für die gesamte Volkswirtschaft erzeugen, also das, was wir Wohlstand nennen. Dies gilt auch für das Thema unserer Debatte, insbesondere, wenn man berücksichtigt, dass es bei Schule nicht nur um das Lernen von Fakten und objektiven Zusammenhängen geht, sondern auch um die Sozialisation der Jungen und Mädchen, der jungen Frauen und jungen Männer, für einen sozialen Kontext und eine Gesellschaft, in der sie später einmal leben werden. Leben beziehe ich auf die Frauen, also dass sie nicht ausschließlich in der eigenen Wohnung zum Kochen, Putzen und Kinderkriegen für ihren Mann leben, sondern auch insgesamt an der Gesellschaft partizipieren und hier leben können.

Wenn man die Kinder von der Schule fernhält – und dazu gehören auch der Schwimmunterricht und die Klassenfahrten –, erschwert man ihre Sozialisation in unserer Gesellschaft mit gravierenden Folgen für die Kinder; dazu mein Beispiel vorhin. Analog zum Ausgangsbeispiel wissen die Eltern, die ihre Töchter dazu veranlassen oder zwingen, oft gar nicht, was sie ihren Töchtern damit antun, und dem Imam, der sie dazu anstiftet, ist das spätere Wohl dieser Frauen ohnehin egal. Die Töchter

(Dr. Jörn Kruse)

selbst wissen natürlich nicht, was ihnen damit angetan wird, und wenn, hätten sie eh keine Wahl.

(Nebahat Güçlü fraktionslos: Woraus schließen Sie das denn?)

Auch hier ist es typisch, dass all das im Wesentlichen den Töchtern, also den Frauen, angetan wird. Das ist eine Parallele zu Kopfbedeckung und Kleidung. Ich möchte einmal wissen, wie lange die Burka als Frauenrepressionsinstrument überleben würde, wenn Männer ebenso wie Frauen diese Burka tragen müssten. Ich glaube, dann wäre es sehr schnell vorbei.

(Beifall bei der AfD – Karin Prien CDU: Das stimmt!)

Die schulrelevanten Elemente der Sozialisation junger Musliminnen in unserer Gesellschaft muss der Staat durchsetzen. Wenn es der Staat nicht tut, tut es niemand. Er muss es tun und darf nicht vor den Konflikten kneifen, die anfangs natürlich damit verbunden sind. Das sind wir den jungen Musliminnen und auch unserer Gesellschaft schuldig. Deshalb unterstützen wir den FDP-Antrag.

Jetzt komme ich zur CDU. Ich muss mich schon wundern, wie meine Vorrednerinnen und Vorredner Frau Prien behandelt haben. Ich finde es jämmerlich, was Frau Duden zu Frau Prien gesagt hat.

(Beifall bei der AfD und der CDU)

Frau Duden, ich bin sehr enttäuscht von Ihnen. Sie haben bei dem Antrag eigentlich nur Bezug genommen auf die Überschrift "Generation Allah", die eindeutig als Zitat gekennzeichnet ist. Sie haben aber fast nichts gesagt zu dem Petitum des CDU-Antrags, den ich ausgesprochen sinnvoll und unterstützend empfinde.

(Cansu Özdemir DIE LINKE: Überraschung!)

Das Gleiche möchte ich jetzt auch zu Frau von Berg sagen. Das Meiste von dem, was Sie gesagt haben, geht an dem Antrag vorbei. Ich denke, wir sollten die CDU ausdrücklich dafür loben, das so formuliert zu haben. Wir sind natürlich auch für den CDU-Antrag, und ich hoffe, dass er im Schulausschuss diskutiert werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Senator Rabe.

Senator Ties Rabe:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Radikale religiöse Bewegungen stellen uns alle vor schwierige Aufgaben. Unsere Gesellschaft basiert auf dem friedlichen Miteinander aller Menschen, auf Demokratie und Gleichberechtigung, auf Gewaltenteilung, Freiheit des Glaubens und auf der Unantastbarkeit der menschlichen Würde. Diese Werte prägen unsere Gesellschaft, sie prägen deshalb auch unsere Er-

ziehung und unsere Schulwelten. Diese Werte wollen und werden wir nicht preisgeben, weder in der Schule noch anderswo.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Senator, vielleicht reicht der Applaus. Ich wollte Ihnen etwas mehr Ruhe verschaffen. Bitte sehr.

Senator Ties Rabe (fortfahrend):* Der Hamburger Senat nimmt die Entwicklung, insbesondere den gewaltbereiten Salafismus, deshalb sehr ernst, in der Schule genauso wie in allen anderen Bereichen des Lebens. Dafür brauchen wir eine ernsthafte Debatte, in der wir vernünftig und sachlich Probleme weder untertreiben noch übertreiben, und deswegen haben wir die Themen auch schon entsprechend für den Ausschuss vorgesehen. Aber es ist wichtig, dass wir die Debatte sorgfältig führen und dabei, wie gesagt, weder untertreiben noch übertreiben. Deswegen gehört es an den Anfang einer solchen Debatte, erst einmal grundsätzlich zu sagen, dass rund die Hälfte der Hamburger Schülerinnen und Schüler entweder selbst im Ausland geboren ist oder zumindest einen Elternteil hat, der im Ausland geboren ist. In unseren Schulen treffen also sehr viele Kulturen und Lebensentwürfe aufeinander. An den Anfang jeder Debatte gehört deshalb zuallererst die Feststellung, dass die Integration in Hamburg und in Hamburgs Schulen seit Jahren, ja, seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit ist und funktioniert, und zwar gut funktioniert. Hier leisten Hamburgs Schulen wirklich hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In einzelnen Anträgen wird so getan, als ob wir viel von anderen Bundesländern lernen könnten. Das, was dort als Neuerung verkauft wird, wundert mich. Vieles davon ist seit Jahren in Hamburg gelebte Praxis. Der beschworene Burkini, den Schleswig-Holstein jetzt entdeckt, ist schon seit über einem Jahrzehnt bei uns geregelt und selbstverständlich erlaubt; das ist gar keine Neuigkeit. Ich kann nichts dafür, dass einige hier im Haus ihn jetzt entdeckt haben, aber es gibt ihn schon lange.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Sie haben nichts verstanden, Herr Rabe!)

Deswegen gehört dazu, dass das schon seit langer Zeit gut funktioniert und dass Hamburgs Schulen darauf vorbereitet sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang die Debatte ganz kurz an diesem einen, wie ich finde, schwierigen Wort von Frau Prien zuspitzen. Natürlich ist das ein Zitat mit der Generation Allah; das ist richtig. Aber es ist eine Frage, ob man so ein Zitat verwendet

(Barbara Duden SPD: Genau!)

(Senator Ties Rabe)

oder ob man es verwendet im Zusammenhang mit einer Diskussion über Hamburgs Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben schätzungsweise weit über 10 000 Schülerinnen und Schüler muslimischer Herkunft in unseren Schulen. Ich sage ganz offen, die große Mehrheit dieser Schülerinnen und Schüler, genau wie die große Mehrheit aller anderen Glaubensrichtungen und insbesondere die große Mehrheit derjenigen, die keine Glaubensrichtung haben, sie alle sehen sich als Teil einer gemeinsamen Stadtgesellschaft und teilen die grundlegenden Werte von Demokratie, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Gleichberechtigung. Ich hatte vor Kurzem ein Gespräch mit sechs Schülern der Hamburger Schülerkammer, die mir dort mit großem Engagement sagten, was ich alles richtig und was ich alles falsch mache und besser machen könne. Es waren drei Schülerinnen und Schüler dabei, deren Namen ich nicht aussprechen konnte und die ihre Hautfarbe sicherlich nicht in den letzten 500 Jahren im schönen Hamburg gewonnen haben. Am Ende des Gesprächs habe ich zu ihnen gesagt, ich fände es großartig – in einer völligen Selbstverständlichkeit, etwas, das zu meiner Zeit in der Schule gar nicht möglich war, weil es gar keine Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund gab –, wie sie miteinander umgingen. Das Besondere dabei war, dass sie mich wie ein Fossil aus einer anderen Welt ansahen, weil sie überhaupt nicht verstanden, worauf ich hinauswollte. Das zeigt, finde ich, dass hier Schülerinnen und Schüler aller Glaubensrichtungen, Hautfarben, Schattierungen und Kulturen zu einer Gemeinschaft zusammenwachsen. Da macht es keinen Sinn, mit einem Begriff wie Generation Allah zu arbeiten. Das fördert nicht die Integration, sondern schadet ihr.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

An die Adresse der LINKEN muss ich sagen: Das mit dem Schulschwänzen sehe ich anders. Schulschwänzen ist in Hamburg verboten. Es ist auch wichtig, dass das verboten ist, weil es ein Grundrecht auf Bildung gibt, weil Bildung über Lebenschancen entscheidet, weil Bildung über den weiteren Weg, die Zukunft entscheidet, und zwar völlig gleichgültig, ob bei Jungen oder Mädchen und welcher Herkunft auch immer. Sie alle haben ein Recht auf Bildung, und deswegen haben wir eine große Errungenschaft mit der Schulpflicht in Deutschland. Und wir werden energisch dafür sorgen, dass diese Schulpflicht von allen wahrgenommen wird. Das muss selbstverständlich sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen möchte ich zum Schluss meiner Rede klarstellen: Wir nehmen die Schulpflicht überaus ernst. Wir hatten gerade im Schulausschuss eine

Sitzung, in der wir Ihnen das alles erläutert haben. Wenn in der Grundschule ein Kind fehlt, muss noch in der ersten großen Pause desselben Schultags zu Hause angerufen werden. Lehrerinnen und Lehrer sind verpflichtet, zu dem Kind nach Hause zu gehen, zu klingeln und zu klopfen und die Schüler zu suchen. Wir haben Ihnen das statistisch genau aufgezeigt: 1 500 Mal haben Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg das im letzten Jahr getan. In meiner Schulzeit war völlig undenkbar, dass ein Lehrer zum Elternhaus des Kindes geht und nach dem Kind fragt; aber das ist bei uns gelebte Praxis. Die Schulen engagieren sich sehr, um das sicherzustellen, und wir sollten nicht so tun, als wäre dies lax vor sich hin, sondern hier geben wir uns redlich Mühe. Wir finden das richtig und wichtig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
Dr. Jörn Kruse AfD: Sie wissen alle, dass die Lehrer das in Ihrer Freizeit tun!)

Deswegen möchte ich gern schließen mit einer Bemerkung zu Frau von Treuenfels, die sagt, wir sollten diese Anträge sammeln. Frau von Treuenfels, Sie haben die Antwort unserer Behörde nicht richtig verstanden. Die Antwort war nicht, dies interessiert uns nicht, sondern die Antwort war: Schulschwänzen, aus welchen Gründen auch immer, auch aus religiösen Gründen, ist schlicht verboten. Deswegen können wir auch keine verbotenen Anträge sammeln, weil es diese Anträge nicht geben soll. Und wenn ein solcher Antrag ankommt, dann hat die Schule ganz einfach die Pflicht, darauf zu schreiben: abgelehnt, zurück und ab in den Papierkorb. Das ist beinahe so, als ob Sie die Polizei auffordern würden, Anträge zu sammeln, die Autofahrer stellen, weil sie gern bei Rot über die Kreuzung fahren wollen. Auch das ist verboten, und deswegen machen wir das nicht mit dieser Antragssammlung. Ich will auch gar nicht erst das Signal senden, dass man sich aus religiösen Gründen befreien lassen könnte. Das ist verboten, und verbotene Anträge kann es deshalb nicht geben. Und wenn es so einen Antrag gibt, dann wird er postwendend zurückgeschickt. Daher brauchen wir hier keine Daten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass die Erste, die auf meinen Antrag eingegangen ist, von der LINKEN kam. Allerdings hat sie darüber gesprochen, dass Gleichberechtigung wichtig sei beziehungsweise Mann und Frau gleich bezahlt werden sollten. Das war nun nicht Inhalt unseres Antrags. Ich finde, Sie haben unse-

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

ren Antrag ein bisschen benutzt, um über Gleichberechtigung zu sprechen.

Unser Antrag wollte doch etwas ganz anderes. Unser Antrag, das will ich jetzt noch einmal wiederholen, wollte und will Integration und nichts anderes. Und dass Sie noch nicht einmal bereit sind, so etwas zu überweisen, heißt nicht, dass es das Problem in Hamburg nicht gibt, nur, weil Sie keine Verbotsanträge sammeln. Ganz ehrlich, so missverstehen können Sie uns doch nicht; das kann doch keine Argumentation sein. Das ist nur eine Argumentation, die man sich jetzt fröhlich anhören kann, aber in Wirklichkeit, Herr Rabe, ist es doch so: Natürlich haben wir das Problem an den Schulen; jedenfalls hören wir öfter, dass es das Problem gibt. Vielleicht hören Sie es nicht, aber wir hören das. Deswegen kann man dabei doch präventiv vorgehen.

Wenn Schleswig-Holstein einen solchen Leitfadens macht und Frau Duden fragt, ob in Schleswig-Holstein immer alles besser sei, dann sage ich nur, dass dies Frau Ernst veranlasst hat. Immerhin ist es Ihre Genossin; so schlimm kann es wohl nicht sein, was sie da gemacht hat.

Wir finden das gut und richtig und finden, dass der Leitfaden, den es jetzt schon gibt und den wir zu Ihrem Erstaunen kennen, nicht ausreicht. Ich weiß nicht, wie man das, was Frau Prien und ich wollen, falsch verstehen kann. Wir haben doch nicht gesagt, dass wir nicht wissen, dass es schon Burkinis gibt. Das können Sie nicht ernsthaft gemeint haben. Frau Duden, wir wissen auch, dass Burkinis nicht verboten sind. Das haben Sie gerade gesagt. Darum geht es doch überhaupt nicht. Es geht nur darum, immer wieder klarzumachen, dass das ein probates Mittel ist, um eben doch am Schwimmunterricht teilhaben zu können.

Noch einmal zu Ihnen: Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund. Genau das ist Integration, diesen Mädchen zu sagen, nein, sie müssen da nicht mitmachen. Vielleicht können Sie das mehr verstehen als wir, das will ich noch einmal nachvollziehen, und deswegen kann ich auch verstehen, warum Sie das vielleicht versuchen zu erklären. Mir erschließt sich das überhaupt nicht. Es darf gar nicht so einen Grund geben. Ganz im Gegenteil, diese Menschen leben doch hier, wollen mit uns leben und genau das sollen sie auch. Das fängt in der Schule an und nicht später, wenn es darum geht, 25 Prozent mehr oder weniger zu verdienen. Dann sind sie alle doch schon viel zu alt. Sie sollen noch in der Schule, da, wo Integration anfängt oder wo das Bild geprägt wird, genau lernen, wie wir das handhaben. Dafür haben wir doch alle gekämpft, und das ist doch das, worauf es eigentlich ankommt.

Und darum verstehe ich Sie nicht. Ich habe es schon gesagt: Die Überschrift ist etwas misslich formuliert, und in der Begründung mischt sich viel-

leicht manchmal etwas durcheinander in dem Antrag von Frau Prien, aber in der Sache hat sie recht. Sie müssen doch nicht jedes Mal auf eine falsche Formulierung zustürmen – ja, es stimmt, sie ist nicht differenziert – oder sagen, so ein Problem gäbe es nicht. Können Sie nicht einmal solche Anträge an den Schulausschuss überweisen, statt zu sagen, nein, das hören wir nicht, wollen wir nicht, machen wir nicht? Das finde ich ein bisschen wenig, ehrlich gesagt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Prien von der CDU-Fraktion bekommt nun das Wort.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Özdemir, haben Sie uns wirklich gerade erzählen wollen, solange es kein Equal Pay gibt, bräuchten Mädchen nicht in den Schwimmunterricht zu gehen?

(*Cansu Özdemir DIE LINKE:* Jetzt hören Sie auf, das zu verdrehen!)

So hat sich das angehört, und ich glaube nicht, dass Sie das ernst meinen können. Solche Dinge in einen Zusammenhang zu stellen, ist selbst Ihrer politischen Richtung nicht würdig.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Schulbefreiungen gibt es nach dem Hamburger Schulgesetz. Dort gibt es wenige Ausnahmegründe, die das rechtfertigen, und sonst gibt es eben keine – auch dann nicht, wenn es kein Equal Pay gibt, und es ist gut, dass es so ist.

Aber noch einmal zu dem etwas ernsthafteren Teil der Debatte. Ich fand es gut, Herr Senator, dass Sie darauf hingewiesen haben, dass wir uns mit dem Thema Islamismus und Salafismus an den Hamburger Schulen mehr beschäftigen müssen als bisher. Ich glaube das auch. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass Hamburger Schulen eine lange Tradition und Erfahrung haben im Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und dass wir deshalb auch vieles sicherlich sehr gut hinbekommen, wenn es um interreligiöses und interkulturelles Zusammenleben geht. Das ist gut so. Das sehen wir genauso.

Wir sehen aber auch – und das hat das Landesinstitut uns nahegebracht, nicht nur in dem Vermerk, sondern auch in der Anhörung im Schulausschuss –, dass es heute neue Herausforderungen gibt und dass Lehrerinnen und Lehrer diesen Herausforderungen eben heute oftmals nicht gewachsen sind. Das ist doch das Problem, dem wir uns stellen müssen, aber das tun Sie aus unserer Sicht nicht hinreichend, und deshalb müssen wir darüber tatsächlich intensiv diskutieren.

Wir müssen auch sehen, dass gerade die muslimischen Kinder und Jugendlichen Opfer werden von

(Karin Prien)

Anwerbeversuchen und von Mobbing von Islamisten und Salafisten.

(Cansu Özdemir DIE LINKE: Gucken Sie sich doch die Zahlen an!)

Wenn Sie, Frau Duden und Frau von Berg, wirklich das Wohl und Wehe dieser Kinder im Blick haben, dann müssten Sie unsere Position unterstützen. Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, dass Sie sich der Realitätswahrnehmung in diesem Fall in diesem Ausmaß verweigern.

(Cansu Özdemir DIE LINKE: Das machen Sie doch die ganze Zeit!)

Das ist ein Riesenfehler. Und so etwas wie verbotene Anträge, Herr Senator Rabe, gibt es schon rein denkglogisch nicht. Es gibt keine verbotenen Anträge. Beantragen darf man in Deutschland, was man will. Die Frage ist, welche Antwort, welchen Bescheid man darauf bekommt. Natürlich könnten Sie das dokumentieren. Sie müssten es tun, wenn Sie es ernst meinen. Sie tun es nicht – das ist auch eine politische Aussage. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will es noch einmal zusammenfassen. In Ihren Anträgen beantragen Sie Selbstverständlichkeiten, und deswegen lehnen wir sie ab. Sie beantragen Selbstverständlichkeiten, und auf der anderen Seite wollen Sie die Schule total überbürokratisieren,

(André Trepoll CDU: Das ist Ihnen ja fremd! – Jörg Hamann CDU: Was denn nun?)

obwohl es gar keine Hinweise darauf gibt, dass tatsächlich irgendwelche Verstöße vorliegen.

Und ein zweiter Punkt: Frau Prien, Sie haben eben in Ihrer Rede schon wieder Integration und eventuelle Schulpflichtverstöße vermischt mit Salafismus. Ich sage es Ihnen noch einmal: Bitte, bitte hören Sie damit auf. Es ist nicht gut für unsere Stadt. Es hilft uns überhaupt nicht weiter in der Debatte. Sie tun so, als ob jede eventuelle Schulpflichtverletzung sofort in den Kontext von Islamismus und Salafismus zu stellen sei, und das geht nicht. Das ist brandgefährlich. Lassen Sie es. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Noch einmal zum Thema Gleichberechtigung von Mann und Frau,

das möchte ich noch einmal erklären. Sie gehen hier auf das Verhältnis von Mann und Frau in der muslimischen Gesellschaft ein, das ist sozusagen Ihr Schwerpunkt in diesem Antrag. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass es auch in unserer Gesellschaft Missstände gibt, nämlich immer noch Probleme bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Sie können doch nicht darauf hinweisen, dass es nur Probleme in der muslimischen Gesellschaft gäbe.

(Beifall bei der LINKEN – Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Habe ich doch gar nicht!)

Es gibt gesellschaftliche Missstände, die habe ich Ihnen zu erklären versucht, und Sie haben gesagt, dass Sie das nicht verstehen könnten.

Noch einmal zu den Zahlen. Frau Prien, Sie verdrehen hier auch einiges, was gesagt wurde. Was Sie machen, ist, sich die Welt so zu gestalten, wie sie Ihnen passt.

(Karin Prien CDU: Aber Sie machen das natürlich nicht!)

Sie schauen sich nicht einmal die Zahlen an. Wären Sie auf der Fachtagung gewesen, hätten Sie den Expertinnen und Experten zugehört, dann hätten Sie sehr deutlich sehen können, was die Zahlen aussagen, nämlich dass es nicht ein muslimisches Problem ist. Aber Sie verdrehen es immer wieder und kommen zum gleichen Problem.

(Beifall bei der LINKEN – Karin Prien CDU: Es ist auch ein muslimisches Problem!)

– Nein, ist es nicht. Sprechen Sie doch einmal mit den Imamen, sprechen Sie doch mit der muslimischen Gesellschaft. Das tun Sie doch noch nicht einmal. Sie sagen einfach nur das, was Sie denken, was in Ihr Weltbild passt.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zu den Abstimmungen.

Wer möchte nun die Drucksachen 21/3896 und 21/4204 an den Schulausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind diese Überweisungen abgelehnt.

Dann kommen wir zu den Abstimmungen in der Sache. Wir beginnen mit dem Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 21/4204.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun zum FDP-Antrag aus Drucksache 21/3896.

(Vizepräsidentin Antje Möller)

Wer diesem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Bevor wir zu Tagesordnungspunkt 35 kommen, teile ich Ihnen die Ergebnisse der Wahlen mit.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde sind 102 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war ein Stimmzettel ungültig, somit sind also 101 Stimmen gültig. Herr Justus Burgdorf erhielt 35 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen und 21 Enthaltungen. Damit ist Herr Burgdorf nicht gewählt worden, und wir werden diese Wahl in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung setzen.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung sind 102 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war ein Stimmzettel ungültig, somit sind also auch hier 101 Stimmen gültig. Herr Krzysztof Walczak erhielt 33 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen, 22 Enthaltungen. Damit ist Herr Walczak nicht gewählt worden, und wir werden auch diese Wahl in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung setzen.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung sind 112 Stimmzettel abgegeben worden. Alle Stimmen waren gültig. Frau Katja Husen erhielt 96 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen. Damit ist Frau Husen gewählt worden.

Nun kommen wir zum Tagesordnungspunkt 35, Drucksache 21/4226, Antrag der AfD-Fraktion: Gymnasien und Stadtteilschulen stärken – Eignungstest einführen.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Gymnasien und Stadtteilschulen stärken – Eignungstests einführen
– Drs 21/4226 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Verstärkte Beratung von Eltern und Gestattung von besonderen Aufnahmeverfahren an Gymnasien
– Drs 21/4390 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/4390 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

Die AfD-Fraktion möchte beide Drucksachen an den Schulausschuss überweisen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion, Sie bekommen es.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! In unserer letzten Sitzung war der zum Teil beklagenswerte Zustand der Stadtteilschulen das beherrschende Thema. In jener Sitzung kündigte ich Ihnen an, dass wir als AfD-Fraktion einen Antrag einbringen werden, der Gymnasien und Stadtteilschulen gleichermaßen stärken soll. Diesen Antrag haben wir heute vorliegen.

Kern des Antrags ist es, dass vorrangig für die Aufnahme an ein Hamburger Gymnasium die Eignung des Schülers maßgeblich sein soll, die maßgeblich durch die Zeugniskonferenz am Ende des ersten Halbjahres der Jahrgangsstufe 4 festgestellt wird. Damit soll das derzeit maßgebliche Elternwahlrecht keineswegs abgeschafft werden, aber es soll modifiziert werden. Bei nicht vorliegender Eignung kann auf Wunsch der Eltern eine Eignungsprüfung beantragt werden, die bei erfolgreichem Bestehen die fehlende Eignung gemäß Zeugniskonferenz ersetzt.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Die Eignungsprüfung soll in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht erfolgen, und wenn ein Notendurchschnitt von 2,33 erreicht wird, ist die Eignungsprüfung bestanden.

Warum diese Änderungen? Wir erfinden das Rad nicht neu, sondern setzen auf schon geführte Diskussionen und Erkenntnisse aus anderen Bundesländern auf.

Zitat:

"Wir wollen die Abiturquote steigern, aber nicht auf Kosten des Leistungsniveaus. Nicht jeder Schüler ist für das Gymnasium geeignet. Dafür stellen Vergleichsarbeiten keine übermäßig hohe Hürde dar."

– Zitatende.

Herr Dressel, Frau Boeddinghaus, kein Applaus von Ihrer Seite? Was ich hier sagte, ist ein Zitat von Holger Rupprecht, SPD-Bildungsminister im Lande Brandenburg von 2004 bis 2011. Auf ihn geht diese Regelung des Brandenburgischen Schulgesetzes zurück, aus dessen Konzept wir den Gedanken der Eignungsprüfungen übernommen haben, weil sie uns sinnvoll erscheint. Aber gut, es war ein Versuch. Wie wir hören oder nicht hören, sind Sie sich mit den Genossen aus Brandenburg wohl nicht so ganz einig.

Ich probiere es einmal in die andere Richtung.

"Wenn die Entwicklung zum Gymnasium so weitergeht, müssen wir über eine Verschärfung der Zugangskriterien nachdenken, sonst siegt sich diese Schulform zu Tode."

(Zuruf von Karin Prien CDU)

(Dr. Alexander Wolf)

– Frau Prien, kein Applaus, aber Sie haben Ihr Zitat erkannt.

(Milan Pein SPD: Langweilig!)

Die CDU hat dankenswerterweise heute einen Zusatzantrag eingebracht. Der geht zumindest in die richtige Richtung. Allerdings ist er unseres Erachtens zu sehr verwässert, oder vielleicht sollte man sagen: sozialdemokratisiert. Wir plädieren auch hier dafür, das Original zu nehmen und nicht die Kopie.

(Vereinzelter Beifall bei der AfD)

Nicht nur in Brandenburg, auch in Bayern hat sich bewährt, anstelle eines reinen Elternwahlrechts eine Kombination verschiedener Elemente bei der Entscheidung über die Schullaufbahn vorzusehen und dabei den Empfehlungen der Lehrerschaft und Eignungstests eine maßgebliche Rolle einzuräumen.

Wenn Sie mir und Ihren Parteifreunden in anderen Bundesländern nicht zustimmen, vielleicht wissen Sie es einfach besser. Lassen Sie uns einmal auf die Fakten schauen. Ist Hamburg denn erfolgreicher? Sie ahnen es vermutlich schon: Die Antwort lautet nein, nein und leider immer wieder nein, wie uns einige nüchterne Zahlen belegen, mit denen ich Sie jetzt kurz langweilen muss.

(Michael Kruse FDP: Sie müssen nicht!)

Gehen wir zum Beispiel den Ländervergleich 2012 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, IQB, einmal gemeinsam durch. Knapp 44 600 Schüler der neunten Klassen aller Schularten wurden dort zum Ende der Sekundarstufe 1 untersucht. Es wurde jeweils eine Spitzengruppe, eine Mittelgruppe und eine Verlierergruppe in den einzelnen Fächern ermittelt. Im Vergleichstest im Fach Mathematik liegen Bayern und Brandenburg jeweils in der Spitzengruppe, auf den Plätzen 3 und 4. Und Hamburg? Die Hamburger Schüler finden sich bei den Verlierern im unteren Drittel wieder, mit einem Lernrückstand von knapp einem Schuljahr. Das heißt, bis zur Klasse 9 nehmen uns die Brandenburger und Bayern hier knapp ein Jahr Lerninhalte ab. Und so sieht es auch in Chemie und Physik aus. In Physik findet sich Hamburg sogar nur auf dem vorletzten Platz – schlechter als der HSV, und das will etwas heißen.

(Beifall bei der AfD)

Weiter mit der Biologie. Hier liegt der Lernrückstand der Hamburger Schüler im Vergleich zu den brandenburgischen sogar bei knapp zwei Jahren. Das ist wirklich unfassbar: zwei Jahre Lernrückstand in neun Schuljahren.

Noch unfassbarer ist es allerdings, hieraus nicht lernen und keine Konsequenzen ziehen zu wollen. Um es spitz zu formulieren: Ihr Lernrückstand gegenüber den Bildungsministerien und den Abge-

ordneten anderer Landtage ist die Grundlage für den Lernrückstand unserer Hamburger Schüler, die es damit sowohl an den Universitäten als auch bei den Unternehmen unnötig schwerer haben als ihre Konkurrenten aus den anderen Bundesländern. Bitte hören Sie auf, immer nur abstrakt von der Zukunft unserer Kinder, von Kompetenzen und von Bildung für alle – man muss schon sagen – zu faseln, sondern interessieren Sie sich doch bitte endlich dafür, was andere Bundesländer im Vergleich besser machen, und hören Sie auf, Ihre ideologische Sichtweise zum Hindernis für den Erfolg unserer Hamburger Kinder zu machen.

Natürlich ist uns bewusst, dass auch Eignungstests noch keine alleinige Lösung für die hausgemachte Misere sind, weiteres sollte dazukommen. Aber sie stärken sowohl das Gymnasium als auch die Stadtteilschule, weil sie die oft allzu große Heterogenität der Lerngruppen vermindern und damit eine deutlich individuellere Förderung der einzelnen Schüler zulassen. Wir können durch Probeunterricht und Eignungstests auch gerade die Stadtteilschulen stärken, denen die mittleren und praktischen Begabungen weglafen. Damit sollten wir auch der Fehlentwicklung gegensteuern, dass immer mehr Gymnasiasten Lehrstellen besetzen und so Stadtteilschüler verdrängen. Klar ist daher auch, dass neben Eignungstests auch die Inklusion nicht mit der Brechstange erfolgen darf, um so nicht weitere Anreize zu setzen, statt auf die Stadtteilschule aufs Gymnasium zu gehen. Aber von dem Thema Inklusion will ich heute nicht sprechen.

Ein anderer Aspekt ist noch wichtig, wieder in Zahlen gepackt, um es anschaulich zu machen: Allein im Schuljahr 2014/2015 wurden 12 Prozent der Gymnasiasten am Ende der sechsten Klasse an die Stadtteilschulen abgeschult – 12 Prozent. Die Zahl der Abschlüssen steigt dabei in den letzten Jahren kontinuierlich an, parallel zum Anstieg der Anmeldungen zum Gymnasium. Dabei ist die Zahl der Abschlüssen von Schülern ohne Gymnasialempfehlung dreimal so hoch wie die Zahl der Abschlüssen von Schülern mit Gymnasialempfehlung. Welchen Sinn ergeben solche Frustrationserlebnisse unserer Kinder? Müssen wir ihnen das in dieser Art und Weise zumuten, oder sollten wir nicht daran arbeiten, das zu vermindern? Anstatt jeden quasi noch qua G8 zum Abi prügeln zu wollen, täte an dieser Stelle mehr Differenzierung statt Gleichmacherei von Anfang an allen gut, gerade auch den Schülern und ihrem Selbstwertgefühl.

Und noch ein wichtiger Punkt: Die Studien zeigen auch eindeutig, dass gerade bei Kindern aus bildungsferneren Elternhäusern objektive Leistungstests sowie die Einschätzung der Lehrer eher zu einem Besuch des Gymnasiums führen, als es die alleinige Entscheidung durch die Eltern tut. Mit anderen Worten: Mit dem von uns gestellten Antrag würden gerade die Kinder aus bildungsferneren Elternhäusern gefördert werden. Dies als vorwegge-

(Dr. Alexander Wolf)

nommener Einwand auf den vermutlich kommenden Vorwurf, unser Antrag würde nur soziale Schichtungen und Privilegierungen bestätigen. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Beurteilung nach Leistung verbessert die Bildungs- und Aufstiegschancen für alle.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie doch endlich Hamburgs Kinder soviel lernen wie die Schüler in anderen Bundesländern. Folgen Sie konkreten Ergebnissen aus Vergleichstests und ziehen Sie die Konsequenzen, statt die Kinder unter Ihrer ideologischen Weltsicht leiden zu lassen. Kein Hamburger Kind hat es verdient, weniger zu lernen als ein bayerisches oder ein brandenburgisches.

Zum Schluss noch Folgendes – und das ist uns wichtig –: Wir als AfD-Fraktion sind offen dafür, wie wir diese Eignungsprüfungen konkret ausgestalten und ob diese durch weitere Elemente ergänzt werden sollten, sprich ob und gegebenenfalls wie lange Probeunterricht konzipiert wird, ob Profilschulen einen Test mit eigenen Fragen anreichern können, ob Gymnasien zum Beispiel das Recht erhalten sollten, Schüler ohne Gymnasialempfehlung abzulehnen, und so weiter. Der Möglichkeiten sind viele und es lässt sich über eine ganze Reihe von sinnvollen Ansätzen nachdenken. Lassen Sie uns Praktiker aus Bayern und aus Brandenburg – Thüringen hat ein ähnliches System – einladen, um zu sehen, was Hamburg übernehmen kann und was vielleicht modifiziert werden sollte für Hamburg.

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam etwas für unsere Hamburger Schüler erreichen, aber dafür müssten Sie sich konsequent – ich wende mich insbesondere an die linke Seite des Hauses – zum Parlamentarismus bekennen und sich durchringen, wenigstens einmal – es wäre das allererste Mal – einer Überweisung eines AfD-Antrags an den Ausschuss zuzustimmen, um dort ein rundes Konzept für eine Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes gemeinsam zu entwickeln. Vielleicht hat das vor wenigen Tagen veröffentlichte Konzeptpapier von Olaf Scholz zu einem Umdenken, man möchte sagen, zu einem Dazulernen geführt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Hennies von der SPD-Fraktion.

Astrid Hennies SPD: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen heute über den Antrag der AfD "Gymnasien und Stadtteilschulen stärken – Eignungstests einführen". Vorweg möchte ich eines sagen: Die Überschrift finde ich etwas täuschend, denn in der Sache geht es darum, Eignungstests einzuführen, um die Schulwahl zu beschränken. Wenn es Ihnen ei-

gentlich darum geht, Stadtteilschulen zu stärken: Das kann man aus meiner Sicht nur schaffen, indem man Anreize schafft, warum man überhaupt zur Stadtteilschule gehen sollte. Das war aber auch Diskussion in unserer letzten Bürgerschaftssitzung.

Vorweg noch ein Punkt zu den formalen Aspekten. Sie fordern in Ihrem Antrag in der Sache eine Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes. Dazu hätte es entweder eines Ersuchens an den Senat bedurft oder der Vorlage eines Gesetzentwurfes, oder Sie hätten Ihren Antrag als Gesetzgebungsantrag formulieren müssen. Denn wenn wir Ihrem Antrag so zustimmten, würden wir die Schulen anhalten, gegen das Schulgesetz zu handeln. Das geht also nicht.

Aber nun zur Sache. Mit dem vorliegenden Antrag wird die Abschaffung des Elternwahlrechts beim Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule gefordert. Statt dem Wahlrecht der Eltern, so fordert es die AfD, soll die Entscheidung der Zeugniskonferenz in Jahrgangsstufe 4 bindend sein. Wollen Eltern ihr Kind entgegen der Empfehlung der Schule an einem Gymnasium anmelden, können sie die Teilnahme an einem Eignungstest beantragen. Nur wenn die Kinder diesen bestehen, sollen sie an ein Gymnasium wechseln können – das stelle man sich einmal vor. Eignungstests sind aber genau wie bindende Lehrerentscheidungen keine Patentlösung für die richtige Schullaufbahnempfehlung von Schülerinnen und Schülern. Denn wie wir auch in den anderen Bundesländern sehen können, verschwinden Abschlüsse vom Gymnasium nicht, auch wenn es bindende Lehrerentscheidungen beziehungsweise Eignungstests gibt.

Das kann viele Gründe haben. Wer kann schon mit Sicherheit sagen, ob ein guter Schüler in Klasse 4 auch in Klasse 8 noch ein guter Schüler sein wird? So etwas verändert sich. Nicht nur Eltern, sondern auch Lehrer können in dieser Prognose und in Entscheidungen irren. Ganz abgesehen davon, dass diese Prognosen über die weitere Schullaufbahn von Kindern sehr wichtig sind. In einem kleinen Zeitraum müssen Kinder auf einmal wunderbar funktionieren, damit sie bitte, bitte diese Gymnasialempfehlung bekommen. In dieser Lebensphase – dritte, vierte Klasse oder ein noch engerer Zeitraum – ist es ein hoher Stress für alle Beteiligten, dass diese Empfehlung dann auch so erfolgt. Und wer weiß, ob ein Kind an einer anderen Grundschule nicht einen ganz anderen Notendurchschnitt und damit vielleicht die Gymnasialempfehlung erhalten hätte?

Gerade weil eben niemand mit letzter Sicherheit sagen kann, welche Schulform die richtige für jedes einzelne Kind ist, halten wir nach wie vor an der starken Stellung der Eltern bei der Wahl der weiterführenden Schule fest. Mit dem Elternwahlrecht minimieren wir das Risiko, dass Bildungsauf-

(Astrid Hennies)

stieg an unzutreffenden Zuschreibungen scheitert. Denn den Hamburger Eltern und Kindern ist es sehr wohl zuzutrauen, dass sie ohne äußere Vorgaben durch Politik und Verwaltung eine wohlüberlegte Entscheidung über die für sie richtige Schulform treffen, eine Entscheidung, die getragen wird durch den Wunsch der Eltern, den eigenen Kindern den bestmöglichen Bildungsweg zu bieten, ohne sie dabei zu überfordern. Denn die Eltern haben immer das Angebot, im ständigen Austausch mit den Lehrerinnen und Lehrern zu sein. Das steht auch im Schulgesetz. Die Hamburger Eltern treffen diese Entscheidung nicht im luftleeren Raum, sondern im regelmäßigen Austausch mit den Lehrerinnen und Lehrern vor dem Hintergrund der Einschätzung der Schule. Das ist sehr wichtig, denn hierdurch begleiten die Eltern stets die Lernentwicklung des Kindes, und sie vertrauen auch in den meisten Fällen auf das Urteil der Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dass die Eltern bei ihrer Einschätzung der richtigen Schulform für ihre Kinder nicht nur falsch liegen, zeigen auch die Zahlen: In den drei Schuljahren 2011/2012 bis 2013/2014 gab es an den Hamburger Gymnasien rund 2 000 Schülerinnen und Schüler ohne Gymnasialempfehlung in der Jahrgangsstufe 5. In diesen Schuljahren wurden gleichzeitig zwischen 500 und 700 Schülerinnen und Schüler ohne Gymnasialempfehlung am Ende der Jahrgangsstufe 6, also zwei Jahre später, eines Gymnasiums in die Klasse 7 einer Stadtteilschule abgeschult. Richtig ist, dass dies deutlich mehr sind als Schüler mit Gymnasialempfehlung, die nach der Beobachtungsstufe an einer Stadtteilschule abgeschult wurden. Wir erkennen also, dass viel mehr Kinder auf dem Gymnasium bleiben dürfen und dort anscheinend richtig sind, obwohl sie ohne Gymnasialempfehlung begonnen haben. Die Zahlen zeigen: Die Mehrheit der Kinder, die ohne Gymnasialempfehlung auf ein Gymnasium geht, verbleibt nach der Klasse 6 weiterhin hier.

Das sollte uns natürlich nicht die Augen davor verschließen, dass Abschlusungen immer eine sehr schwere seelische Belastung für die betroffenen Kinder darstellen und dass es davon viel zu viele gibt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Daraus aber die Konsequenz zu ziehen, dass Eignungstests nach Klasse 4 ein besseres Mittel als das Wahlrecht der Eltern sind, dieser Einschätzung folgen wir ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Denn mit einem Eignungstest am Ende der Klasse 4, der über die weitere Schullaufbahn der Kinder entscheidet, würden der Lernstress, der Zensuredruck und auch die seelische Belastung, denen Kindern mit drohender Abschlusung in Klasse 6

der Gymnasien ausgesetzt sind, nur in die Grundschulen verlagert.

Und wenn es Ihnen in Ihrem Antrag schlussendlich darum geht, die Anmeldezahl an den Gymnasien zu verringern: Dafür brauchen wir keine höheren Hürden vor den Gymnasien, dazu müssen wir, wie wir bereits in der letzten Sitzung sehr deutlich gemacht haben, die Stadtteilschulen weiter stärken und deutlich machen, dass sie eine echte Alternative zum Gymnasium bilden,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

gerade auch für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler.

Wir werden das Elternwahlrecht in Hamburg nicht einschränken, und wir werden die im Schulgesetz verankerte und bewährte Beratung der Eltern durch die Schule und die mit den Kindern befassten Lehrer nicht künstlich weiter aufblasen, wie die CDU es in ihrem Zusatzantrag fordert.

Im Zusatzantrag der CDU wird unter Punkt 3 ein gesteuertes Aufnahmeverfahren, das sich an den Profilen orientiert, gefordert. Dem können wir inhaltlich nicht folgen. Das lehnen wir ab. Dies würde zu unterschiedlichen und willkürlichen Aufnahmeverfahren führen. Einheitliche und transparente Maßstäbe würden durch schuleigene Maßstäbe ersetzt werden. Außerdem stellt sich natürlich die Frage, warum die CDU ein Aufnahmeverfahren nur für Gymnasien fordert; das fällt auf, wenn man sich den Antrag durchliest. Werden die Stadtteilschulen von der CDU nicht gesehen?

Wir lehnen den Antrag der AfD und den Zusatzantrag der CDU ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kollegen! Herr Dr. Wolf, Sie müssen sich jetzt nicht über den Zustand des Parlamentarismus desillusionieren lassen. Rot-Grün hat schon so viele Anträge im Schulbereich abgelehnt; das passiert nicht nur Ihnen. Also da jedenfalls sind Sie in guter Gesellschaft. Ich finde es richtig, dass Sie den Antrag jetzt eingereicht haben. Ich bin schon der Auffassung, dass wir die Diskussion über die Situation an den Stadtteilschulen, die wir in der vergangenen Sitzung gemeinsam festgestellt haben, nicht einfach so stehen lassen können. Es gibt dort Handlungsbedarf, und ich finde durchaus, dass man über Ihren Vorschlag sprechen muss und diskutieren kann und dass es auch ein ernsthafter Vorschlag ist.

Ich werde jetzt nicht sämtliche sachlichen Informationen wiederholen, die Sie bereits gegeben haben und die sich zum Teil aus unseren Anfragen erge-

(Karin Prien)

ben. Sie sind alle sachlich richtig vorgetragen worden, sowohl, wenn es um die Frage des hohen Anteils an Kindern ohne Gymnasialempfehlung an den Stadtteilschulen als auch um die Höhe der Abschulungsquoten geht. Das haben wir in der letzten Sitzung eingehend erörtert. Auch wir machen uns große Sorgen über diese Entwicklung und denken seit Jahren darüber nach, ob unser Aufnahmeverfahren in Hamburg wirklich sinnvoll ist. Und auch ich gebe zu, dass ich gewisse Sympathien für Aufnahmeverfahren in anderen Bundesländern empfinde.

Aber, Herr Dr. Wolf, eines darf man in dieser Debatte nicht vergessen: Die Hamburgerinnen und Hamburger haben in Sachen Elternwahlrecht eine Entscheidung getroffen. Darüber gab es einen eindeutigen Volksentscheid. Und da Sie oft in anderen Zusammenhängen mit dem angeblichen Volkswillen argumentieren, muss ich Ihnen sagen, dass sich hier der Volkswille manifestiert hat. Deshalb muss man ihn respektieren, auch wenn man sich andere Lösungen in der Sache vorstellen könnte. Aber für mich und meine Fraktion möchte ich sagen, dass das Elternwahlrecht der Wunsch der Hamburgerinnen und Hamburger gewesen ist. Wir respektieren das Elternwahlrecht. Dennoch, Frau Hennies, gibt es, glaube ich, keinen Grund, das Elternwahlrecht in dieser Form zu überhöhen, wie Sie es heute getan haben.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Alexander Wolf* AfD)

Deshalb setzen wir im Zusammenhang mit der Frage des Zugangs zu Stadtteilschulen und Gymnasien nicht auf eine verbindliche Schulentcheidung oder eine verbindliche Aufnahmeprüfung oder Probezeit, sondern darauf, die Eltern in ihrer Entscheidung noch besser als bisher zu unterstützen. Wir sind sehr wohl der Meinung, dass Eltern ein Recht darauf haben, das Potenzial ihrer Kinder kennenzulernen, das Potenzial, das sich am Ende von Klasse 4 zeigt, denn mehr kann man doch nicht. Ob sich das womöglich anders entwickelt, zeigt sich dann, und deshalb muss das Schulsystem natürlich auch durchlässig sein, durchlässiger, als es bisher ist. Dennoch meinen wir, dass Eltern ein Anrecht darauf haben, eine solche Potenzialanalyse ihrer Kinder zu erfahren, die ihre Entscheidung für die eine oder andere Schule dann möglicherweise sachgerechter werden lässt.

Im Übrigen, Frau Hennies, sollte Ihnen bekannt sein, dass das Thema Zugang zu Gymnasien aufgrund von Entscheidungen der Schulen kein neues ist, sondern dass wir dazu in Hamburg, übrigens auch noch in Ihrer Regierungszeit, einen sehr erfolgreichen Schulversuch hatten, und dass das jetzige System, nämlich auf der einen Seite den Schulen nahelegen, sich zu profilieren und Profile auszubilden, und auf der anderen Seite aber den Zugang zur Schule letztlich nur über das

Wohnortprinzip zu regeln, total widersinnig ist. Denn Profile der Schulen können sich nicht vernünftig auswirken, wenn die Eltern letztlich gar nicht entscheiden können, ob ihr Kind an die eine oder andere Schule geht. Das macht wirklich überhaupt keinen Sinn.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Deshalb plädieren wir ausdrücklich dafür – das steht auch im Petitum –, dass sich die Schulen und in diesem Fall insbesondere die Gymnasien einen Teil ihrer Schüler nach sachlichen Kriterien aussuchen können. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir zumindest über diesen Punkt – das ist auch an die Adresse der GRÜNEN gerichtet, die das zumindest in der letzten Legislaturperiode noch gut fanden – noch einmal sprechen, ob es nicht Sinn macht, diesen Schulversuch wieder aufzugreifen und zu einer flächendeckenden Einführung zu kommen.

Aus unserer Sicht haben wir allen Grund, beide Anträge vernünftig und sachlich im Schulausschuss zu diskutieren. Insofern gehe ich davon aus, dass Sie dieser Überweisung zustimmen werden, wenn es Ihnen ernst ist mit einer Verbesserung der Situation der Stadtteilschulen und der Gymnasien und einer Erhöhung des Bildungsniveaus an den Hamburger Schulen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man sich das lyrische Vorwort im AfD-Antrag durchliest, so hat es eine ziemlich eindeutige politische Zielsetzung. Ich habe herausgelesen, man strebe eine Verringerung der Bildungsbeteiligung an, die Schulabschlüsse würden in Hamburg geradezu hinterhergeschmissen, das Abitur solle verknappt werden, es könne nicht angehen, dass über 50 Prozent eines Jahrgangs ihr Abitur in Hamburg machten, während es in Bayern nur 30 Prozent seien, Gymnasien müssten wieder echte Eliteschulen werden und die Neun- und Zehnjährigen müssten richtig straff selektiert werden. Nein, ohne uns.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich empfehle Ihnen den Blick nach Bayern und den Blick in die Kinderzimmer und in die Elternhäuser der Sechsjährigen, Siebenjährigen, Achtjährigen, Neunjährigen und Zehnjährigen. Was sich dort abspielt, ist wirklich jämmerlich. Sie alle bereiten sich auf dieses Grundschulabitur vor, und die Kinder und Familien leiden darunter, und für diese Kinderseelen ist es höchst quälend, diese Zeit zu durch-

(Dr. Stefanie von Berg)

leben. Nein, wir wollen kein Grundschulabitur und keine Eignungstests.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Abgesehen davon ist es so – auch das zeigt der Blick nach Bayern –, dass letztendlich die Kinder, die zu Hause viel Unterstützung haben, dieses Grundschulabitur irgendwie bestehen. Und dreimal dürfen Sie raten, welche Eltern das sind. Es sind natürlich bildungsbürgerliche Eltern.

(Karin Prien CDU: Und?)

Deren Kinder bestehen diese Prüfungen und diese komischen Tests und diesen Probeunterricht. Das führt doch nur zu einer weiteren sozialen Selektion und macht doch wirklich keinen Sinn. Wenn Sie sagen, das führe zu Gerechtigkeit, dann sage ich: Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie die Gymnasien von vermeintlich ungeeigneten Kindern befreien wollen – so klingt es jedenfalls in dem Antrag –, müssen Sie sich schon etwas anderes einfallen lassen.

Zum Zusatzantrag der CDU: Im Prinzip gibt es das bereits, was Sie in Petition 1 und 2 fordern, nämlich das Lernentwicklungsgespräch beziehungsweise die Folgen von Lernentwicklungsgesprächen, bei denen sehr deutlich darüber aufgeklärt wird, was die Kinder an Gymnasien erwartet, und es gibt die Unterstützung durch KERMIT. KERMIT ist ein wunderbares Analyseinstrument, um herauszufinden, wie die Lernentwicklung eines Kindes ist, auf welchem Kompetenzstand es sich befindet und ob es tatsächlich für ein Gymnasium geeignet oder besser auf einer Stadteilschule aufgehoben ist. Diese Instrumente gibt es bereits, und insofern sind Petition 1 und 2 für uns überflüssig.

Das gesteuerte Aufnahmeverfahren für Stadteilschulen halten wir GRÜNE zumindest für diskussionswürdig; das haben wir aus der letzten Diskussion mitgenommen. Um Probleme der Stadteilschulen zu lösen, sollten wir diskutieren, ob hierfür ein gesteuertes Aufnahmeverfahren möglich ist. Ich persönlich finde, dass dieses Petition in dem Antrag falsch aufgehoben ist.

Als Fazit bleibt für mich festzustellen, dass es tatsächlich unmöglich ist – ich glaube, das wissen auch alle hier –, bei neun- und zehnjährigen Kindern eine Prognose über die Schullaufbahn zu treffen, und ich bedauere es nach wie vor, dass wir in Hamburg diese Selektion so früh vornehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Heute bin ich richtig froh, nach Ihnen, Frau von Berg, reden zu dürfen, weil ich das alles hundertprozentig unterschreiben kann. Wir lehnen den AfD-Antrag und den CDU-Antrag ebenfalls ab. Der AfD-Antrag ist für uns absolut rückwärtsgewandt und könnte aus dem 19. Jahrhundert stammen. Er ist auch überhaupt nicht fachlich begründet und berücksichtigt nicht die aktuelle wissenschaftliche Expertise. Herr Wolf, Sie müssten sich damit auseinandersetzen, was heute die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Lernzuwächsen, zum Lernklima an den Schulen, zu Unterrichtssettings sagen. Das alles hat überhaupt nichts damit zu tun, dass wir jetzt die Kinder und die Familien angreifen, noch mehr Stress in die Familien bringen und so tun – und das ist eigentlich das Schlimme –, als gehe es darum, Leistung objektiv messen zu können und das völlig abzukoppeln vom kulturellen und Bildungshintergrund der Eltern. Das ist der Punkt. Sie negieren im Grunde die soziale Frage in der Schieflage unseres Schulsystems, und das nehme ich Ihnen richtig übel, auch Ihnen, Frau Prien.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Wer hat denn etwas davon? Wer wird denn profitieren, wenn es Eignungstests gibt? Wir wissen doch schon jetzt, wie es läuft. Die deutsche Schule arbeitet mit dem Wissen und mit der Voraussetzung, dass die Elternhäuser mitarbeiten müssen. Das ist einfach Fakt. Wenn Sie, die AfD, in Ihrem Wahlprogramm stehen haben, dass Sie die Mergliedrigkeit des Schulsystems in den Vordergrund stellen und wie toll das sei und wörtlich schreiben, dies habe in der ganzen Welt Maßstäbe gesetzt, dann frage ich mich, woher Sie diese Erkenntnis nehmen. Spätestens seit 2000, seit der ersten PISA-Studie, wird Deutschland jedes Mal ins Stammbuch geschrieben, wie hoch hier die soziale Selektion sei und wie eklatant Bildungserfolg vom Elternhaus abhängt. Und Sie meinen immer noch, man könne mit diesem vermeintlichen Leistungsgedanken, den man in Prüfungen abbildet, zu mehr Chancengleichheit und sozialem Frieden kommen. Das ist wirklich lächerlich.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie schon auf Brandenburg abheben, Herr Wolf, dann müssten Sie sich kundig machen. Brandenburg hat nämlich die Primarschule, die in Hamburg leider abgelehnt wurde.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Gott sei Dank!)

Dort haben Eltern, die meinen, ihre Kinder würden in der sechsjährigen Primarschule nicht klarkommen, die Möglichkeit, ihre Kinder nach der vierten Klasse einen Eignungstest absolvieren zu lassen, um aufs Gymnasium zu wechseln. Sie müssen

(Sabine Boeddinghaus)

schon richtig recherchieren und nicht Birnen mit Äpfeln vergleichen.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Wie allgemein bekannt ist, ist Bayern nicht in der Lage, selbst so viele Abiturientinnen und Abiturienten auszubilden, wie sie in Bayern gebraucht werden, sondern muss diese aus anderen Bundesländern importieren. Insofern ist Bayern kein Vorbild für uns in Hamburg.

Frau Prien, ich nehme Ihnen übel, dass Sie versuchen, diesen AfD-Antrag im Windschatten des gestrigen Antrags dafür zu nutzen, den Elternwillen nonchalant zu untergraben und durch Eignungstests und Zugangsbedingungen für das Gymnasium das Gymnasium wieder klein und fein als Eliteschule herauszuarbeiten. Das finde ich wirklich schlimm, und das müssten wir vielleicht an anderer Stelle noch einmal diskutieren. Ich bin froh, dass beide Anträge nicht an den Ausschuss überwiesen werden. Ich hätte diese Anträge auch dann nicht überwiesen, wenn sie nicht die AfD, sondern eine andere Partei gestellt hätte, Herr Wolf, da brauchen Sie also gar nicht wieder auf Ihre Opferrolle abzuheben. Der Antrag ist inhaltlich nicht diskutabel.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

In der Hoffnung, dass Sie vielleicht doch lernfähig sind, möchte ich noch auf eine Erkenntnis hinweisen. Der Bildungsforscher Bos hat die Grundschulstudie IGLU gemacht, aus der sehr deutlich hervorgeht, dass die Empfehlungen der Grundschullehrerinnen und -lehrer bis zu 50 Prozent falsch sind und sich überhaupt nicht an der wirklichen Leistung und an den wirklichen Potenzialen der Kinder orientieren. Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass bei gleicher Leistung viel mehr Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern aufs Gymnasium kommen als Kinder aus Arbeiterhaushalten oder Hartz-IV-Haushalten oder Migrantenhaushalten – all diese Schubladen, die wir immer gern bedienen. Von daher ist die Unterstellung, Grundschulempfehlungen seien etwas Wertvolleres und Valideres als die Elternempfehlungen, wirklich falsch. Deswegen lassen Sie uns dabei bleiben, dass die Eltern entscheiden. Ich allerdings werde diese Debatte auch in Zukunft führen, weil wir natürlich erwarten, dass die Schulen, die die Eltern für ihre Kinder wählen, sich dann allesamt für diese Kinder verantwortlich fühlen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Was ich an dem Antrag von Ihnen beiden gut und richtig finde, ist, dass Sie wie wir konstatieren, dass das Leistungsniveau an Hamburgs Schulen nicht nur nachlässt, sondern zu Wünschen übrig lässt. Dieses Problem wird nicht dadurch behoben, dass alle Abitur machen und gute Noten bekommen. Denn wir wissen, dass es dann, wenn die Jugendlichen an die Hochschulen oder in die Ausbildung kommen, ein böses Erwachen gibt. Um dieses Problem brauchen wir nicht herumzureden.

Ich finde es schwierig, wenn Sie sagen, Sie hielten solche Anträge für nicht diskussionswürdig, oder wenn Sie sagen, es würde in Schubladen gedacht. Wenn Sie Begriffe wie Bildungsbürgertum benutzen, dann sind das für mich auch Schubladen. Aber es stört mich gar nicht, wenn Sie so etwas sagen.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Dr. Alexander Wolf AfD*)

Aber ziemlich schwierig finde ich, wenn von vornherein gesagt wird, darüber spreche man überhaupt nicht, das Wort Eignungstest habe etwas Elitäres und sei etwas für ganz Schlimme. Mein Gott, darüber kann man doch reden. Ich finde es auch nicht richtig und komme gleich dazu, warum ich das nicht richtig finde. Aber das wieder so ideologisch abzufeiern ist doch langsam langweilig, oder nicht?

(Beifall bei der FDP)

Auf zwei Punkte, die zur Sprache gekommen sind, möchte ich kurz eingehen. Erstens: Das Elternwahlrecht soll erhalten bleiben, nicht nur, Frau Prien, weil die Eltern dies erwarten, sondern weil wir es richtig finden und dahinterstehen. Was sollen die Eltern tun? Sie werden beraten, nachdem ihre Kinder die vierte Klasse absolviert haben. Allerdings, das haben wir schon immer gesagt, werden sie nicht ausführlich beraten. Der Nachklapp eines Gesprächs, wie Sie gerade angeführt haben, reicht nicht. Als meine Kinder in dem Alter waren, wurde gesagt, sie müssten aufs Gymnasium, Glück gehabt, sie müssten nicht auf eine Stadtteilschule. Das halte ich für völlig falsch. Es gibt bestimmt Kinder, denen man empfehlen kann, erst einmal auf eine Stadtteilschule zu gehen, weil sie das Gymnasium nicht schaffen würden. Dort ist es auch nicht so schlecht, wie vielleicht manche denken, auch dort kann es gut sein. Diese Beratung müsste eigentlich sein; das haben wir neulich schon gesagt und dazu stehe ich auch.

Zweitens: Für die Kinder, die aufs Gymnasium kommen, gibt es eine Beobachtungsstufe. Das finde ich völlig richtig. Nach zwei Jahren weiß man, wohin der Weg führt. Man kann einem Kind mit neun oder zehn Jahren noch nicht sagen, welches sein Bildungsweg ist und diesen fest zementieren, sodass kein Weg mehr daran vorbeiführt. Ich finde

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

zwar nicht, dass Leistung Stress ist, aber ich finde, dass Leistung zu früh festgelegt ist.

Ein wichtiger Punkt ist, warum die Gymnasien jetzt vermehrt abschulen. Die Union und wir reichen immer umschichtig Anträge ein, weil man nicht mehr sitzenbleiben kann. Natürlich schieben die Gymnasien einen Kandidaten, der zwei Fünfen hat, lieber auf die Stadtteilschule zurück, als ihn, ohne dass er sitzenbleiben kann, bis zur zehnten Klasse oder Reifeprüfung durchzuziehen, wo dieser arme Mensch dann spätestens versagt. Das wollen wir ihnen ersparen. Deswegen appelliere ich noch einmal an Sie, dieses so gut wie gescheiterte Nachhilfeprogramm wieder abzuschaffen. Lassen Sie die Kinder auf freien Wunsch die Klasse wiederholen, dann entspannt sich das Ganze nämlich. Das wäre unsere Idee.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist eigentlich schon alles gewesen, was ich dazu zu sagen habe. Ich bin sehr enttäuscht, dass wir so etwas nicht im Ausschuss diskutieren. Wie immer gibt es viele Fragen unterschiedlichster Art. Es werden Anträge gestellt und jeder sagt irgendetwas dazu. Es hat sich herausgestellt, dass wir über Eignungsprüfungen sprechen wollten und, wie ich finde, auch sollten. Ich halte es auch für richtig, noch einmal über den Antrag von Frau Prien zu sprechen, auch wenn ich ihn in Teilen ablehne. Ich finde es deprimierend, dass wir darüber hier nicht sprechen können, sondern nur versuchen, irgendwie unsere fünf Minuten zu füllen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Joachim Lenders CDU* und *Dr. Alexander Wolf AfD*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Nun bekommt Frau Heyenn, die fraktionslose Abgeordnete, das Wort.

Dora Heyenn fraktionslos:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Prien, Ihr Antrag ist scheinheilig. Wenn Sie in Ihrem Antrag fordern, dass beim Übergang von der vierten Klasse in die weiterführenden Schulen die Unterstützung der Eltern gewährleistet sein müsse, dann wollen Sie Eltern von bestimmten Kindern suggerieren und dazu bringen, ihr Kind nicht auf das Gymnasium zu schicken. Das und nichts anderes meinen Sie mit Unterstützung der Eltern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Kazim Abaci SPD*: Richtig!)

Wenn Sie von diagnostischen Verfahren sprechen, wollen Sie den Eltern von bestimmten Kindern rückmelden, ihr Kind werde den Leistungsanforderungen und, wie ich gelesen habe, auch der Haltung des Gymnasiums nicht gerecht und es sei besser, es gleich auf die Stadtteilschule zu schicken. Genau das wollen Sie. Diese differen-

zierte Rückmeldung soll laut Ihres Antrags in der vierten Klasse stattfinden. Waren es nicht Sie, die gemeinsam mit Herrn Dr. Scheuerl für den uneingeschränkten Elternwillen auf die Straße gegangen sind? Und jetzt fordern Sie genau das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Sie zitieren im zweiten Absatz Ihres Antrags die Evaluation der sogenannten besonderen Aufnahmeverfahren des LI vom 21. Februar 2011. Dort ist zu lesen, die Evaluation des LI halte diese Aufnahmeverfahren für machbar und sie seien der Elternschaft gut vermittelbar. Das Problem ist nur, dass Sie eine ganze Menge Sätze dieser Evaluation weggelassen haben, denn der Text geht weiter. Darin steht nämlich auch – ich zitiere –:

"Die Effekte in der Klassenzusammensetzung sind allerdings empirisch nicht eindeutig belegbar [...]"

Und weiter:

"Die Bedeutung der Verfahren ist nach Schulform und Standort gleichwohl unterschiedlich. Einer Selektion nach Leistungsmerkmalen sind an Gymnasien Grenzen gesetzt."

Und etwas später:

"[...] dass sich das Verfahren wegen seiner Ansprüche als abschreckend erweist."

Das alles haben Sie weggelassen. Das LI kommt zu dem Schluss, dass diese Verfahren auch abschreckend sein können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Wenn Sie sagen, na und, kann ich Ihnen nur Folgendes sagen: Wenn Sie schon so ein Gutachten zitieren und daraus nur das zitieren, was Ihnen passt, dann ist das unseriös.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Dann ist in dieser Evaluation die Rede von Pilot-schulenkultur. Genannt werden das Gymnasium Klosterschule und die Stadtteilschule Harburg, die programmatisch von hoher Attraktivität seien. In der Zusammenfassung steht:

"Gelingt es, noch mehr Schulen mit ähnlicher pädagogischer Prägung Hamburg weit attraktiv zu machen, dann werden Besondere Aufnahmeverfahren überflüssig."

Auch das haben Sie weggelassen, und das ist unseriös.

(*Karin Prien CDU*: Ach Quatsch!)

(Dora Heyenn)

Mit Ihrem Vorstoß wollen Sie, ohne es explizit zu sagen, den Elternwillen einschränken. Damit verstoßen Sie gegen den Volksentscheid von 2010. Die Geister, die Sie riefen, wollen Sie so schnell wie möglich wieder loswerden. Die Hamburger Eltern werden das aber nicht mitmachen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Frau Heyenn, auch für Sie als fraktionslose Abgeordnete gilt natürlich der parlamentarische Sprachgebrauch, und ich bitte Sie, sich daran zu halten. Den Anfängerfehler, es zu wiederholen, werde ich nicht machen. – Das Wort bekommt Senator Rabe.

Senator Ties Rabe:* Ich möchte die Debatte nicht unnötig in die Länge ziehen, aber vier Anmerkungen seien gestattet. Erstens: Es ist richtig, dass Hamburg bei den internationalen Vergleichsstudien als Bundesland in der Regel in der unteren Hälfte, häufig im unteren Drittel liegt. Das ist ein Problem, mit dem wir uns ernsthaft auseinandersetzen müssen. Aber, Herr Wolf, was gibt Ihnen die Sicherheit, dass das ein entscheidender Baustein ist? Das Problem unserer vielen Bildungstests ist, dass wir gar nicht genau wissen, was nun eigentlich der Grund dafür ist, dass ein Land vorn und ein Land weniger weit vorn liegt. Deswegen sage ich ganz offen: Vorsicht vor Schnellschüssen. Wir könnten eine ganze Reihe von Verschiedenheiten zu Bayern, aber auch zu Finnland feststellen, aber wir können nie sicher sein, dass es das ist, was zu einem höheren Lernzuwachs führt. Deswegen rate ich zu Vorsicht und nicht dazu zu sagen, die Bayern hätten einen Aufnahmetest, die Bayern seien beim Abitur besser als Hamburg, also brauche man auch einen Aufnahmetest. Es kann viele andere Dinge geben. Hier brauchen wir in der Tat eine seriöse, aber auch vorsichtige Debatte.

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Wie erklären Sie sich das denn dann?)

Der zweite Punkt ist die Frage, ob es in Bayern dadurch besser läuft. Ich habe schon beim letzten Mal, vor 14 Tagen, hier vorgetragen, dass in München und in Nürnberg mehr Kinder nach Klasse 4 aufs Gymnasium gehen als in Hamburg, weil das dortige Aufnahmesystem mit großer Wucht, wie Frau von Berg es dargestellt hat, mit Nachhilfeunterricht und flankiert mit allen möglichen Dingen schon ab Klasse 3 dazu führt, dass trotzdem sehr viele Eltern für ihre Kinder das Gymnasium wählen. Also den Effekt, den Sie damit versprechen, gibt es in dem Sinne auch in Bayern nicht. Auch das bitte ich zu berücksichtigen. Dass die Vergleichstests jede Menge Probleme aufwerfen und diese Eingangstestungen schwierig sind, daraufhin

wurde dankenswerterweise von vielen Seiten hingewiesen. Ich will es deshalb nicht unnötig lang machen. Ich selbst musste übrigens so einen Eingangstest absolvieren.

Es gilt auch zu berücksichtigen, dass gerade kleine Kinder am Dienstag Klasse sind und am Mittwoch schlecht, am Donnerstag unaufmerksam und am Freitag plötzlich rechnen können. Ein einziger Test an einem einzigen Tag, der über die gesamte Schullaufbahn entscheidet, ist zu einem großen Teil eine Lotterie. Eine Lotterie ist übrigens auch, was der Test abfragt, denn wenn man drei, vier Jahre zur Schule gegangen ist, dann kann ein Test nur eine bestimmte Sektion von Wissen abfragen. Da hat man manchmal Glück; wir kennen das alle von Klassenarbeiten: Dieses Mal ist das drangekommen, was ich kann, beim letzten Mal nicht. Deswegen kann es sein, dass ein Test Hinweise gibt, ihn aber sozusagen als einziges Richtschwert einzusetzen, ist aus meiner Sicht vollkommen unangemessen, wenn man weiß, wie Tests funktionieren.

Ich weise, wie dankenswerterweise eine Reihe von Rednern vor mir, darauf hin, dass auch wir in Hamburg irgendwann tatsächlich die Schleuse haben, die nach Klasse 6 bewirkt, dass ein Übergang aufs Gymnasium nicht möglich ist. Dafür gibt es klare Vorschriften, es müssen bestimmte Noten gewährleistet sein, sonst kommt man nicht in die siebte Klasse. Was Sie vorschlagen ist ein Vorverlagern. Man kann zwar über alles reden, aber es ist in der Sache nicht sinnvoll, weil man schon ab Klasse 6 nicht genau weiß, welche Schullaufbahn ein Kind einzuschlagen hat. Aber nach Klasse 4 einzuschätzen, was aus einem Kind wird, das ist aus meiner Sicht überaus schwierig. Bildungswissenschaftler sagen immer pauschal, bei 20 Prozent könne man sagen, das werde auf jeden Fall etwas, bei 20 Prozent könne man sicher sein, das werde nichts, und bei 60 Prozent werde geraten. Je länger man wartet, desto sicherer ist eine Prognose. Deswegen ist eine so frühe Entscheidung aus meiner Sicht auch in der Sache nicht richtig.

Zum Schluss möchte ich auf einen wichtigen Gesamtaspekt eingehen. Ein wenig zähneknirschend wird von allen gesagt, na ja, das Elternwahlrecht sei nun einmal da.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Nein, gar nicht!)

Aber ich will offen dafür werben, dass das auch als ein Schatz begriffen wird. Und wenn Sie das nicht glauben, dann sehen Sie sich einmal die Praxis in anderen Ländern an, mit wie viel rechtsanwaltlichem Beistand, mit wie viel Tricks dort gearbeitet wird, um die Sanktionen zu unterlaufen. Das allein ist schon ein Grund, so einen Unsinn gar nicht erst anzufangen. Wissen wir, dass Lehrer und Eltern, beide irren? Aber warum glauben so viele in diesem Haus, dass die Lehrer die Klügeren sind?

(Senator Ties Rabe)

Warum glauben Sie das eigentlich? Ich nenne dazu ein Beispiel. Sie haben gesagt, viele Kinder ohne Gymnasialempfehlung gingen vom Gymnasium ab. Das stimmt. Aber 25 Prozent ohne Gymnasialempfehlung fangen in Klasse 5 an, und zwei Drittel dieser Kinder bleiben auf dem Gymnasium und schaffen es dort sogar bis zum Abitur, obwohl die Lehrer vorher glaubten, sie schafften das nicht. Das muss man auch sehen. Wenn man das alles weiß, wenn man weiß, wie sehr Lehrer sich dabei irren und verhasen können, dann ist es auch eine politische Frage, ob wir nicht besser sagen: diejenigen, die es ausbaden müssen, diejenigen, für die es Lebensentscheidungen sind, haben das letzte Recht, darüber zu entscheiden, und diese Entscheidung werden wir nicht durch eine genauso geratene Glücksentscheidung nach Klasse 4 bevormunden. Hier werbe ich sehr dafür, das Elternwahlrecht als einen Schatz zu begreifen, der die Akzeptanz des Schulsystems sichert und die Möglichkeit schafft, dass Eltern selbstbewusst und durchaus kritisch selbst entscheiden können, wie es mit ihrem Kind weitergeht. Das ist für das Hamburger Schulsystem sicher der bessere Weg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer zunächst einer Überweisung der Drucksachen 21/4226 und 21/4390 an den Schulausschuss folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab und beginnen mit dem Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 21/4390. Diesen möchte die FDP-Fraktion zifferweise abstimmen lassen.

Wer sich den Ziffern 1 und 4 des CDU-Antrags anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Ziffern 1 und 4 abgelehnt.

Wer dann noch den Ziffern 2 und 3 folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch die Ziffern 2 und 3 abgelehnt.

Dann kommen wir zum Antrag der AfD-Fraktion aus der Drucksache 21/4226. Hier möchte die FDP-Fraktion gern die Ziffer 1 separat abstimmen lassen.

Wer nun also zunächst die Ziffer 1 des AfD-Antrags annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer dann noch den übrigen Ziffern seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Hand-

zeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch die übrigen Ziffern abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 49, Drucksache 21/4252, Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD: Perspektiven für die Zukunft – Potenziale von Existenzgründungen für Beschäftigung und Integration fördern.

[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:

Perspektiven für die Zukunft – Potenziale von Existenzgründungen für Beschäftigung und Integration fördern

– Drs 21/4252 –]

Die AfD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Schmidt von der SPD-Fraktion.

(Vizepräsidentin Christiane Schneider übernimmt den Vorsitz.)

Hansjörg Schmidt SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hamburg ist eine sehr geehrte Stadt und wird für viele Flüchtlinge als Ausgangspunkt für ein neues Leben nach Krieg, Flucht und Vertreibung gesehen. Die Ankunft dieser zigtausend Flüchtlinge stellt diese Stadt vor große Herausforderungen. Es vergeht keine Bürgerschaftssitzung, bei der wir dies nicht debattieren. Nach Organisation der Ankunft und Unterbringung geht es um die Integration der hier Bleibenden. Wir alle wissen, was dies für ein großer Kraftakt sein wird. Aber unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger haben diese Aufgabe angenommen. Hamburg nutzt dabei die Erfahrung aus jahrhundertalter Migrationsgeschichte und zeigt eine großartige Performance.

(Beifall bei der SPD)

Bis auf die Dauernörgler aus dieser Ecke sind die Hamburgerinnen und Hamburger mehrheitlich gewillt, die Integrationsbemühungen zu unterstützen, und wir sind dankbar und stolz auf diese Unterstützung, ohne die so vieles nicht möglich wäre.

(Beifall bei der SPD)

Wir arbeiten auf allen Ebenen an Maßnahmen zur Integration. Hamburg hat die Kapazitäten der KITAS erhöht, neue Lehrstellen für Unterricht geschaffen, und gemeinsam mit Kammern und Betrieben kümmern wir uns um die Ausbildung und berufliche Integration der Zuwanderer. Denn die wirtschaftliche Teilhabe wird einer der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration sein, und Hamburg hat die besten Voraussetzungen, um Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

(Hansjörg Schmidt)

(Beifall bei der SPD)

Um Arbeit und Integration von Flüchtlingen kümmert sich beispielsweise das Projekt W.I.R. – "work and integration for refugees". Das Projekt läuft seit einigen Monaten. Erste Einschätzungen zur Qualifikation der Geflüchteten sind bei aller Vorsicht durchaus vielversprechend. Aber es gibt nicht nur den Weg in ein Angestelltenverhältnis; Unternehmensgründung und Selbstständigkeit sind ebenfalls Erfolg versprechende Optionen zur wirtschaftlichen Integration. Migrantische Existenzgründungen sind ebenfalls kein neues Thema für die Kaufmannsstadt Hamburg. Schon unter der ersten und noch mehr unter der zweiten Generation der Einwanderer nach dem Krieg gab es viele, die diesen Weg gegangen sind. In meiner Schulklasse gab es einen Sohn eines serbischen Tankstellenbetreibers, den Sohn einer türkischen Schneiderin, und ein türkischer Klassenkamerad von mir betreibt mittlerweile in dieser Stadt ein paar Dutzend Schulkantinen. Diese Lebensläufe stehen exemplarisch für Tausende migrantische Existenzgründer in dieser Stadt. Sie zahlen den Angestellten ihre Löhne und dem Staat seine Steuern. Sie sind Mitglieder der Handelskammer und bringen sich auch sehr häufig in das Stadtleben ein. Und was besonders wichtig ist, sie schaffen damit nicht nur für sich selbst einen Job, sondern in der Regel schafft eine Unternehmensgründung bis zu fünf Arbeitsplätze schon beim Start.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Aus eigener Erfahrung weiß ich, was es heißt, ein Unternehmen aus dem Nichts zu erschaffen. Viel zu wenig wird über die Lebensleistung der migrantischen Existenzgründer gesprochen. Deshalb auch einmal an dieser Stelle Lob und Anerkennung für diese Leistung.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten fragen nicht, woher jemand kommt, sondern wohin er will. Wenn jemand in seiner Heimat erfolgreich ein Restaurant betrieben hat, dann wird er es auch in Deutschland schaffen. Es macht einfach keinen Sinn, diese Leute in ein Praktikum für einen Job zu vermitteln, bei dem sie nicht ihr volles Leistungspotenzial ausschöpfen können. Wir sollten ihnen vielmehr die besonderen Anforderungen der deutschen Bürokratie und Gesetzgebung erklären und ihnen zeigen, wie sie ihre unternehmerische Kraft in Deutschland einsetzen können.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Gezielte Beratungsangebote sind hierfür der Schlüssel, und wir wollen auf die bereits bestehenden Angebote zurückgreifen und diese ausbauen, denn es gibt bereits sehr viele sehr gute Angebote

in dieser Stadt. Eine Existenzgründung kostet natürlich auch Geld. Diese Menschen haben aber häufig nichts anderes als das, was sie am eigenen Leibe tragen. Banken verlangen Sicherheiten vor Krediten. Eher unvorstellbar, dass sich die normale Hausbank an der Ecke um dieses Thema reißt. Das tun sie doch nicht einmal bei den soliden und alteingesessenen Unternehmen in ihrem Viertel. Aber zum Glück hat dieser Senat die Investitions- und Förderbank gegründet.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden hier nicht über große Summen. Häufig geht es zum Beispiel um die Erstausrüstung eines Ladens. Durch den sehr erfolgreichen Hamburg-Kredit der IFB wissen wir, dass häufig nicht mehr als 20 000 Euro benötigt werden. Wenn wir also den Fokus dieses Kleinstkreditprogramms auf die Geflüchteten erweitern und diese Kredite niedrigschwellig anbieten, werden wir auch hier erfolgreiche Geschichten hören.

(Beifall bei der SPD und bei *Martin Bill GRÜNE*)

Ein Blick über den großen Teich zeigt, welches Potenzial Unternehmensgründungen von Einwanderern haben. 40 Prozent der Fortune-500-Unternehmen in den USA sind von Migranten gegründet worden. Ich hatte neulich in meinem Abgeordnetenbüro einen 17-jährigen Schüler, der aus der Schule heraus ein IT-Unternehmen gründen wollte. Ich habe nicht gefragt, woher er kommt, aber sein Name ließ auf afghanische Wurzeln schließen. Wer weiß, wohin sein Weg noch führen wird. Deshalb zum Abschluss noch eine Bitte an die immer besorgten Dauerschlechtgelaunten von der einen Ecke: Wenn Sie das nächste Mal Ihre Ressentiments in Ihr iPhone tippen, bedenken Sie, dass auch Steve Jobs der Sohn eines syrischen Flüchtlings war. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Schmidt. – Jetzt hat Herr Ovens von der CDU-Fraktion das Wort.

Carsten Ovens CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Schmidt, vielen Dank für diese emotional mitreißende Rede über die Hamburger Gründerszene, die mich zutiefst bewegt hat, vor allem Ihr letztes Beispiel mit Steve Jobs, der quasi direkt aus dem syrischen Bürgerkrieg geflüchtet sein muss, beziehungsweise sein Vater,

(*Jan Quast SPD: So ein Müll! Respektlos!*)

bevor er sich dann mit einem heute weltweit führenden Unternehmen in den USA erfolgreich bewiesen hat.

(Beifall bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

(Carsten Ovens)

Ihr Antrag hat ein grundsätzliches Problem, Herr Rose, und es ist schön, dass Sie herumpolemisieren, so wie Sie es am besten können, aber Sie bringen hier zwei grundsätzliche Sachen durcheinander. Sie sprechen so häufig und auch zu Recht davon, dass wir den Menschen, die nach Deutschland kommen, helfen müssen, dass wir gerade den Kriegsflüchtlingen aus Syrien – ich erwähne es deshalb bewusst, weil Herr Schmidt es gerade selbst angesprochen hat –, helfen müssen, weil sie vielfach traumatisiert sind, weil sie aus furchtbaren Umständen auf furchtbaren Wegen nach Deutschland gekommen sind. Wenn Sie diese dann in einen Topf mit Menschen werfen, die in der zweiten oder dritten Generation bereits in Deutschland leben, dann haben Sie doch völlig den Bezug zur Realität verloren. So arbeiten Sie doch normalerweise auch nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Schmidt, wir sind uns grundsätzlich einig, Existenzgründungen fördern zu wollen, gar keine Frage. Jede Initiative, die dabei irgendwie hilft und einen Beitrag dazu leistet, ist grundsätzlich zu begrüßen und findet im Regelfall auch die Unterstützung unserer CDU-Fraktion in der Bürgerschaft. Das ist auch bitter nötig, denn wenn wir uns die Zahlen der Handelskammer hinsichtlich Existenzgründungen und Gewerbebeanmeldungen in Hamburg ansehen, so können wir seit 2011 einen kontinuierlichen Rücklauf feststellen. Das ist das Ergebnis von damals noch roter, heute rot-grüner Wirtschaftspolitik. So sieht es nämlich in der Realität aus, Herr Schmidt. Und wenn Sie ständig den Vergleich heranziehen, was irgendwann vor 10 oder 15 Jahren in dieser Stadt aus Ihrer heutigen Sicht vielleicht nicht richtig gelaufen ist, dann müssen wir uns einfach nur einmal das Ergebnis der letzten paar Jahre Ihres Regierungshandelns anschauen. Dass das rückläufige Zahlen im Existenzgründungsbereich sind, ist Fakt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir die Handelskammer nach dem Grund fragen, spricht immer die Verbesserung der Konjunktur, eine Zunahme von Arbeitsplätzen dafür, dass auf der einen Seite Gewerbebeanmeldungen zurückgehen. Auf der anderen Seite nennt die Handelskammer als Grund aber auch ganz klar vor allem administrative und bürokratische Hürden, die in den letzten Jahren zugenommen haben und die Menschen davon abhalten zu gründen. Aber, Herr Schmidt, wie haben Sie es so schön im Interview in "Deutschlandradio Kultur" gesagt? Wenn jetzt jemand aus Syrien komme und dort ein Restaurant geführt habe, könne er auch hier eines aufmachen, dann müsse man ihm nur noch ein wenig mit der Bürokratie und unseren Anforderungen im Bereich Hygiene helfen, und dann werde das alles schon laufen. Herr Schmidt, Sie sollten es doch besser wissen. Ganz ehrlich, was Sie in diesem Interview

gesagt haben, ist fernab der Realität, und auch das, was Sie eben erzählt haben, klappt nicht. Dass jemand nur, weil er in irgendeinem anderen Land ein Restaurant hatte und egal, ob er das Land unter tollen Bedingungen gewechselt hat oder vor Krieg und Verfolgung fliehen musste, dann auch hier ein Restaurant neu aufmacht, funktioniert einfach nicht.

(Beifall bei *Philipp Heißner* CDU)

Politik soll möglich machen und ermuntern, keine Frage. Umso wichtiger ist es, dass wir den Menschen Hoffnung machen, ihnen eine Perspektive geben. Aber, Herr Schmidt, dafür würde es Ihnen auch gut anstehen – das haben wir gerade vor ein paar Tagen beim Gründerfrühstück im betahaus diskutiert –, wenn Sie sich einmal mit dem Grund, warum Existenzgründer scheitern, beschäftigen würden. Wie wir vor einigen Wochen der Senatsantwort auf unsere Anfrage entnehmen konnten, tut der Senat das nicht, weil Rot-Grün es nicht für nötig hält, sich mit der Kultur des Scheiterns zu beschäftigen. Aber wenn Sie Menschen dazu ermuntern wollen zu gründen, sich selbstständig zu machen, eigenverantwortlich für sich selbst sorgen zu wollen, dann machen Sie sich bitte auch Gedanken, wie Sie diese Menschen unterstützen, wenn etwas nicht funktioniert, wenn sie scheitern. Das jedoch lehnen Sie bisher ab, und deswegen funktioniert auch Ihr Antrag vom Grundgedanken her nicht, Herr Schmidt.

(Beifall bei der CDU)

Dann widersprechen Sie sich; auf der einen Seite wollen Sie Gründungen fördern, auf der anderen Seite lesen wir aber von der Behörde für Arbeit und Soziales Folgendes: Kommt beispielsweise ein Frisör nach Deutschland, der bisher nur den männlichen Haarschnitt gelernt hat, muss er jetzt den weiblichen dazu lernen, damit er sich hier selbstständig machen kann. Die Behörde für Arbeit und Soziales verweist also darauf, dass wir in Deutschland eine sehr gute Handwerksausbildung haben, sprich dieser Frisör sich also noch gar nicht selbstständig machen soll. Dann verstehe ich aber nicht, warum ich ihn bereits schon jetzt aufmerksam machen soll auf die vielfältigen bürokratischen Möglichkeiten der Gründungsförderung, wie Sie es in Ihren fünf oder sechs Punkten im Antrag fordern, Herr Schmidt. Auch da ist ein Widerspruch sowohl in der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit als auch in Ihrem Antrag selbst.

Nun können wir uns folgende Fragen stellen: Wollen wir ausbilden, wollen wir Fachkräfte weiterbilden oder wollen wir bereits fertig ausgebildete Fachkräfte zu einer erfolgreichen Gründung motivieren? Das ist sicherlich schön und gut. Allerdings bin ich in diesem rot-grünen Antrag über einen Satz gestolpert, der lautet, die Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials der Migranten und neu hinzugekommenen geflüchteten Menschen sei ein

(Carsten Ovens)

wichtiger Schlüssel. Ich persönlich habe überhaupt kein Interesse daran, irgendjemanden auszuschöpfen, wenn er nach Deutschland kommt oder hier in der dritten Generation oder noch länger lebt. Es geht darum, dass wir Menschen einbinden, Herr Schmidt,

(Beifall bei *Stephan Jersch DIE LINKE*)

dass wir sie integrieren, und nicht darum, dass wir sie ausschöpfen, so wie Sie es in Ihrem Antrag gefordert haben.

(Beifall bei der CDU und bei *Stephan Jersch DIE LINKE*)

In Kürze zu Ihren Forderungspunkten: Sie haben den Senat dazu aufgefordert, Herr Schmidt, zu prüfen, inwieweit man den Zugang zu bestehenden Förderprogrammen verbessern kann. Das Ganze wollen Sie in Punkt 2 auch gleich noch für den Bund geprüft haben. Wunderbar. Sie vergessen dabei nur eine großartige Grundlage: Nicht nur, dass das Verständnis deutscher Bürokratie bei den neu angekommenen Menschen fehlt, es fehlt auch schlichtweg häufig die Sprachkenntnis, durch diesen bürokratischen Dschungel hindurchzukommen. Sie hätten also wunderbar in Ihrem Antrag ergänzen können, dass Sie sich gleichzeitig für eine weitere sprachliche Fortbildung einsetzen wollen. Das fehlt Ihnen, Herr Schmidt.

Zweitens fordern Sie mehrsprachige Infos für potenzielle Gründer. Wie wäre es, wenn Sie sich einmal Gedanken darum machten, diesen Menschen näherzubringen, wie sie den Markt hier verstehen, und nicht nur, wie sie den Bürokratiedschungel Ihrer Behörden verstehen, Herr Schmidt?

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Dafür gibt es doch die Beratung!)

Auch in diesem Punkt bleiben Sie in Ihrem Antrag jede Antwort auf diese Position schuldig.

Ein weiterer, sehr grober Punkt, Herr Schmidt, ist folgender: Ich frage mich wirklich, was Sie in den letzten Jahren auf der Bezirksversammlung, bei der Sie, wie Sie so schön auf Ihrer Homepage schreiben, jahrelang bezirkliche Erfahrungen gesammelt haben, gemacht haben, Herr Schmidt. Sie fordern in Ihrem wunderschönen rot-grünen Wunschenken die bezirkliche Wirtschaftsförderung unserer sieben Bezirksämter ein. Welche bezirkliche Wirtschaftsförderung wollen Sie denn? Wollen Sie die in Eimsbüttel, die seit Jahren unbesetzt ist? Oder die in Altona, die momentan mit Fahrradplanung beschäftigt ist? Welche bezirkliche Wirtschaftsförderung wollen Sie ansprechen, wenn Sie überlegen, Gewerbeflächen, die momentan vielleicht noch kleinteilig vorhanden sind, jetzt noch kleinteiliger aufzuteilen, um dort dann Ihren neuen tollen, potenziellen Existenzgründer anzusiedeln? Wenn es Ihnen um die bezirkliche Wirtschaftsförderung geht, müssten Sie den Bezirksämtern end-

lich einmal die dafür nötigen Stellen geben und diese auch besetzen lassen. Auch darüber steht kein Wort in Ihrem Antrag. Sie gehen einfach davon aus, dass im Stellenplan eine Stelle geschaffen ist und die Verwaltung das schon regeln wird. Das ist fernab der Realität, Herr Schmidt.

(Beifall bei der CDU – *Ksenija Bekeris SPD*: Mannomann! Wie kann man so schnell nur so viel Unsinn reden!)

Sie sprechen von Skaleneffekten durch Existenzgründungen, vergessen dabei aber völlig, dass es vor allem einer grundsätzlichen Motivation, des Willens und auch der grundlegenden Bildung dafür bedarf, welche Möglichkeiten man hat, anstatt staatlichen Aktionismus und planwirtschaftlicher Ansätze, wie man irgendwie Arbeitsplätze für Menschen schafft, ohne dass diese Menschen bisher in der Gesellschaft angekommen sind. Das greift zu kurz. Das ist gut gemeint, aber noch lange nicht gut gemacht. Von daher können wir als CDU-Fraktion uns nur dafür erwärmen, diesen Antrag weiterhin im Ausschuss zu diskutieren, um diese eklatanten Fehler auszubessern.

(*Ksenija Bekeris SPD*: Ach, du liebes bisschen!)

Ansonsten müssen wir ihn leider ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Ovens. – Herr Duge von der GRÜNEN Fraktion hat jetzt das Wort.

Olaf Duge GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ovens, das war ein ganzes Sammelsurium verschiedener Aspekte.

(*Jan Quast SPD*: Dummes Zeug!)

Wenn ich einige davon herausgreife, habe ich den Eindruck, dass Sie ein bisschen an der Zeit vorbeigegangen sind.

(Beifall bei der SPD)

Es kann doch nicht sein, dass wir uns mit den Erfahrungen mit Arbeitsmigranten, die wir vor 30, 40 Jahren hierhergeholt haben und die seit Generationen selbstständig sind, zufriedengeben. Wir wollen die Menschen, die zu uns kommen, früher in Arbeit, auch in selbstständige Arbeit, bringen. Damit sie den Schritt in die Gewerkschaft ...

(Heiterkeit bei der SPD und der FDP)

in die Gesellschaft gehen können, müssen wir ihnen die jeweilige Hilfestellung in der Beratung und auch in der Finanzierung gewähren.

Was die Handwerker betrifft: Es gibt so viele Handwerksbetriebe, die dringend Nachfolger suchen. Es ist sinnvoll, Menschen, die bereits im handwerkli-

(Olaf Duge)

chen Bereich tätig gewesen sind, die Möglichkeit zu geben, im Handwerk selbstständig zu werden. Ich möchte jetzt einmal ein Beispiel vorziehen, weil Sie das gerade so negiert haben, Herr Ovens. Vor etwa zwei Monaten habe ich sowohl in einer Morgen- als auch in einer Abendzeitung einen Artikel gelesen, der zugegebenermaßen in der Morgenzeitung etwas reißerisch überschrieben war: "Nach seiner Flucht: Eis statt Bomben: Syrer eröffnet Café". Nach eineinhalb Jahren Aufenthalt in Deutschland zusammen mit einem Deutschen, der aus einem anderen Teil Deutschlands kommt, eröffnet er ein Eiscafé, und zwar, das freut mich besonders, in Rissen. Das ist mitten im Werden und zeigt, wie wichtig es ist, dass solche Menschen an die Hand genommen werden. Das wollen wir systematischer machen und staatlich unterstützen. Wir haben andere Möglichkeiten, auch über die Bezirke, wo wir Mittel für Quartiersmanagement und so weiter bereitgestellt haben. Wir werden dort Aktivitäten voranbringen, um genau solche Wege aufzuzeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Arbeit ist, das muss man auch sehen, eine der drei, finde ich, sehr wichtigen Säulen für Integration. Neben dem Wohnen, sehr wichtig, und der Bildung ist die Arbeit der Weg, um in die Gesellschaft, die Gewohnheiten, die hiesigen Regeln hineinzufinden. Letztlich ist das die Grundlage für die ökonomische Existenz von Familie, für die individuelle Entwicklung des Einzelnen. Aber Arbeit ist heute vor allem ein Element der sozialen Anerkennung. Diese haben sich viele derer, die schon länger hier sind, erworben. Gerade aufgrund der Selbstständigkeit werden immer wieder Arbeitskräfte, auch die, die mit Migrationshintergrund neu hinzukommen, erst einmal in den Arbeitsmarkt hineingebracht.

Ich möchte auch noch einmal auf die Anhörung der Expertinnen und Experten zurückkommen, die wir am 19. Januar 2016 im Stadtentwicklungsausschuss hatten und bei der insbesondere darauf hingewiesen wurde, wie wichtig die migrantische Ökonomie im Zusammenhang mit der Integration sei. Ich zitiere Herrn Dr. Rothschuh, der Folgendes gesagt hat:

"Die Stadtteile, die sehr begehrt sind in Hamburg, sie sind sehr stark dadurch begehrt, dass es da kleine familiengeführte Läden gibt und das sind fast alles migrantische Läden, nicht nur, aber zu einem sehr großen Teil. Das heißt, migrantische Ökonomie kann einen Stadtteil auch begehrt machen und kann ihn attraktiv machen für Nachbarstadtteile."

Weiter heißt es dann:

"Das heißt, dass es nicht nur so ist, das ist ein stigmatisierter Stadtteil, in den man mög-

lichst nicht hineingeht, sondern einer, zu dem man gerne geht, weil es dort zum Beispiel ein syrisches Café gibt [...]."

Das wird noch einmal verstärkt von Frau Dr. Breckner von der HafenCity Universität, die das folgendermaßen statistisch untermauert:

"Wenn wir in der Statistik gucken, dann können wir feststellen, dass ganz viele Migranten [...], die dann erfolgreich waren, sich zu integrieren, selbstständig geworden sind. Und die Daten des Zentrums für Türkeistudien zeigen uns, dass die einen großen Anteil von Arbeitsplätzen stellen, die dann wiederum für neue Migranten wichtige Sprungbretter sind."

Sie selbst hat weitere Studien vom Steindamm gemacht, die das untermauern. Wenn wir das, was uns von den Expertinnen und Experten angetragen worden ist, aufnehmen, sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg. Ich möchte Sie deswegen bitten, diesen Antrag zu unterstützen und den Integrationsbemühungen in allen Teilen der Stadt, auch für die Selbstständigkeit, eine Chance zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Duge. – Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben jetzt das Wort.

Stephan Jersch DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist erstaunlich, was Rot-Grün sich unter Integration einfallen lässt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Text des Antrags lese ich, gestalterisches Mitwirken an Gesellschaft und Wirtschaft solle gefördert werden. Bedauerlicherweise konnte ich im gesamten Antrag nichts zur Gesellschaft feststellen, vielmehr, dass, wie von Kollege Ovens bereits erwähnt, das Fördern durch Ausschöpfen der wirtschaftlichen Potenziale stattfinden solle. Das passt nicht zusammen. Das ist genauso abstrus wie das Fördern und Fordern und das Versagen dieser Parole unter SPD-Ministern.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn ich lese, es gehe darum, gleiche, diskriminierungsfreie Zugangsmöglichkeiten für alle Gruppen in dieser Gesellschaft zu Förderprogrammen zu schaffen, und darum, Eigeninitiative zu fördern, sowie darum, Frauen zu fördern, dann kann ich nur sagen: Machen Sie Ihre Arbeit; das ist eine Selbstverständlichkeit. Sie beantragen Selbstverständlichkeiten; deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Antrag ist nichts anderes als ein weiteres Versatzstück rot-grüner Unzulänglichkeiten. Statt Probleme anzugehen, satteln Sie einfach noch ein

(Stephan Jersch)

weiteres Thema obendrauf. Wenn der Kollege Duge das eine oder andere Zitat gebracht hat, dann kann ich nur sagen: Sehen Sie sich doch einmal wirklich an, welche Erfahrungen mit Wirtschaft, Selbstständigen, Solo-Selbstständigen, Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmern gemacht worden sind. Erst im Januar 2016 hat die KfW dazu eine Pressemitteilung herausgebracht, in der festgestellt wurde, dass es in erster Linie die schlechte Arbeitsmarktsituation ist, die Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt vorfinden und in die Selbstständigkeit treibt. Es ist die Einschätzung zu größerer Risikobereitschaft, aber auch eine deutlich höhere Abbruchquote in der Selbstständigkeit wegen mangelnden Wissens und wenn sich auf dem Arbeitsmarkt etwas tut. Das wiederum stimmt mit dem überein, was zumindest in Nordrhein-Westfalen ermittelt worden ist. Noch 2013 hatte ein Viertel der dort selbstständigen Solo-Unternehmer ein Stundeneinkommen von unter 8,50 Euro. Was Sie hier ohne sozialen Unterbau machen, ohne an den bereits aufgetretenen sozialen Missständen gearbeitet zu haben, dann aber noch einmal eins draufzusetzen, das schafft neue soziale Ungerechtigkeiten, das schafft für die Menschen, die dieses Risiko eingehen, eine unwägbarere Chance. Da sind 20 000 Euro, das sage ich ganz klar, wenn man nichts hat, tatsächlich ein Schuldenberg, der sich vor einem mangels irgendwelcher Vorbereitungen für eine Selbstständigkeit auftürmen wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist wirklich unverantwortlich. Hier muss von Ihnen wirklich ein bisschen mehr Arbeit an der sozialen Struktur geleistet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der nicht allzu fern liegende Gedanke liegt nah, dass es wieder nur darum geht, eine weitere Statistik zu bereinigen. Die vielfachen Bereinigungen unserer eigentlichen Arbeitslosenstatistik durch diverse Maßnahmen haben die Zahlen ohnehin schon verfälscht, und an dieser Stelle – aus den Augen, aus dem Sinn – sind die Migrantinnen und Migranten aus der Statistik herausgefallen. Das kann nicht wirklich unser Ziel sein. Es geht um soziale Absicherung und um eine Zukunft für die Menschen. Der Schutz der Menschen in Not muss eindeutig einen Vorrang vor irgendwelchen ökonomischen Interessen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen ist ganz klar: Räumen Sie erst einmal Ihren sozialpolitischen Trümmerhaufen ab, bevor Sie neue Menschen in diesen Trümmerhaufen hineinschicken. Wir werden diesem Antrag ohne Unterbau nicht zustimmen können. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Jersch. – Jetzt haben Sie, Herr Kruse von der FDP-Fraktion, das Wort.

Michael Kruse FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jersch, der einzige Trümmerhaufen, den ich im Moment sehe, ist das geistige Konstrukt,

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Holla, holla, holla!)

das offensichtlich Ihr Elaborat jetzt gerade losgetreten hat.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Unternehmertum als unwägbarere Chance zu begreifen und alles Schlechte, was dadurch passieren kann, mit migrantischem Unternehmertum zu verknüpfen und dann den Bogen nach Berlin zu spannen, um zu sagen, die Arbeitsmarktstatistik solle nur bereinigt werden, ...

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Ja, das überfordert Sie!)

– Sorry, vielleicht liegt es daran, dass es schon 19.30 Uhr ist, aber meine Kreativität reicht dafür leider nicht mehr aus.

(Stephan Jersch DIE LINKE: Ja, das merke ich!)

Ich finde, wir sollten über den Antrag reden. Wir haben uns den Antrag angesehen. Wir haben uns die Ziele dieses Antrags angesehen, die wir im Kern teilen. Deswegen werden wir dem Antrag heute auch zustimmen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Denn natürlich – das erwähnen Redner gerade auch aus Ihrer Fraktion mindestens alle zwei Wochen, manchmal auch mehrmals täglich – ist Integration in den Arbeitsmarkt die Chance, um Menschen auch gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Arbeitsmarkt bedeutet nicht nur klassisches angestelltes Verhältnis, sondern auch, Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Ziele selbst zu verwirklichen. Beim Thema Selbstverwirklichen kommt man schnell auch auf Selbstständigkeit. Es geht nicht darum, dass Menschen in die Selbstständigkeit gedrängt werden sollen, sondern darum, dass Menschen, die ohnehin das Mindset, die Befähigung dazu haben, nur sich jetzt leider gerade in unserem Land aufhalten, obwohl sie das wahrscheinlich niemals wollten, die Möglichkeit gegeben wird, sich selbstständig zu machen, und der Staat sie dabei unterstützt, ihre Fähigkeiten einzusetzen. Es geht darum, Performern die Möglichkeit zu geben, in diesem Land einen Beitrag zu leisten. Warum Sie nicht dafür sind, kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht erklären.

(Michael Kruse)

(Beifall bei der FDP, der SPD und bei *Phylliss Demirel GRÜNE*)

In dieser Legislaturperiode befinde ich mich erstmals in der Rolle, einen Antrag der Regierungskoalition zu verteidigen.

(Beifall bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE – Hansjörg Schmidt SPD*: Das machst du aber gut!)

Das aber, finde ich, gehört an dieser Stelle dazu. Als Rot-Grün möchte ich Ihnen noch zwei, drei Gedanken mit auf den Weg geben. Bedenken Sie bitte nicht nur, dass Leute eigene Unternehmen gründen möchten, sondern bedenken Sie auch das Thema Betriebsübergänge. Zum Thema migrantische Betriebsübergänge haben wir in der letzten Legislaturperiode einen Antrag eingebracht. Es gab daraufhin ein gemeinsames Petition vieler Fraktionen, das sich in dem jetzigen Antrag nicht wiederfindet. Folgendes möchte ich Ihnen gern mit auf den Weg geben: Natürlich ist es schwierig für Migranten – wir haben das Thema Sprache, wir haben das Thema Bürokratie, wir haben auch das Thema Markt, das der Kollege Ovens angesprochen hat; all das muss man sehr genau verstehen. Es wäre sinnvoll, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir in den nächsten Jahren die im migrantischen Umfeld anstehenden sehr häufigen Betriebsübergänge sowie die Potenziale von Flüchtlingen nutzen und die Ressourcen heben können. Denn darum geht es Ihnen: Potenziale von Migranten heben, Performern die Möglichkeit geben, auch Teilhabe an der Gesellschaft zu haben und der Gesellschaft damit ein Stück weit auch etwas zurückzugeben. Was daran schlecht sein soll, hat sich mir in mehreren Oppositionsreden heute leider nicht erschlossen. Deswegen stimmen wir zu und fänden es außerdem gut, wenn wir uns in ein bis zwei Jahren noch einmal im Ausschuss damit beschäftigen könnten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Kruse. – Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wozu Anträge manchmal gut sind. Wir haben jetzt eine Vorlesung von Professor Kruse gehört, hätte ich beinahe gesagt, von der FDP in Richtung der LINKEN. Das war fast schon ein bisschen Perlen vor die Säue geworfen, wenn das noch parlamentarischer Sprachgebrauch ist.

(Zurufe von der FDP: Oh, oh! – Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Sie haben das jetzt gerade zurückgenommen, oder?

Dr. Bernd Baumann AfD (fortfahrend):* – Ja, das habe ich gerade zurückgenommen.

Lassen Sie uns noch einmal zum Thema zurückkommen. Existenzgründungen sind, besonders, wenn sie erfolgreich sind, immer eine gute Sache, das ist keine Frage. Und DIHK-Studien zeigen, dass das bei Migranten besonders wichtig ist. Wir sollten uns dem Thema also ganz besonders widmen. Denn unter anderem ist einer der größten Antriebe, sich selbstständig zu machen, etwas zu gründen, nicht, weil Leute eine tolle Idee haben und hinterher bei "Forbes 400" auftauchen, wie wir vorhin gehört haben; das ist eher die Minderheit. Der größte Teil geht in die Selbstständigkeit, weil er vorher – das zeigen die Statistiken – erwerbslos war. Das ist eine Chance, der Erwerbslosigkeit in bestimmte Arten der Erwerbstätigkeit zu entfliehen, die man dann auf selbstständige Art erreicht. Dieselben Statistiken zeigen, dass man genau da ansetzen muss. Migranten sind ungefähr doppelt so hoch erwerbslos, 8 Prozent zu 4,3 Prozent der übrigen Bevölkerung.

(*Michael Kruse FDP*: Wer macht jetzt die Vorlesung?)

Das ist ein Weg, auf dem wir weiter vorangehen können.

(*Michael Kruse FDP*: Wer macht jetzt die Vorlesung?)

Statistiken zeigen auch, dass gerade Migranten bestimmte Fertigkeiten haben, die wir in Selbstständigkeit nutzen können: Gastgewerbe, Restaurants – wir sehen das doch alle – und Imbissgeschichten, Obst, Gemüse, Blumen, überall da sind sie weit überrepräsentiert. Das sind im Grunde die Gründungen, um die es geht, Selbstständigkeiten, die geschaffen werden und Unterstützung verdienen. Aber die Richtung des Antrags ist gut. Wir sind noch nicht lange im Parlament, sehen aber, dass sich immer mehr umtut, nämlich, dass in gewisser Weise – nehmen Sie es mir nicht böse, Herr Schmidt – politische Arbeit simuliert wird. Das Thema ist besetzt, das haben Sie gut gemacht, das ist richtig, aber Sie haben es nicht wirklich erledigt und weitergebracht. Das beginnt schon in Petition 1. Hier wird der Senat gebeten, Migranten Zugang zu bestehenden Programmen für Existenzgründung zu erleichtern. Was heißt das denn? Irgendeine Idee muss doch dahinter sein. Ist das so entscheidungsfähig? Doch wohl nicht. Was heißt erleichtern? An welchen Schrauben soll denn konkret gedreht werden? Sollen gleiche Förderungsbedingungen gelten wie bei den anderen? Ist das die Idee?

(Dr. Bernd Baumann)

Und vor allen Dingen auch, wem genau von den Migranten sollen diese Förderungen widerfahren? Denn wir wissen, dass es Probleme gibt. Jede Maßnahme der Migrationspolitik muss von zwei Seiten betrachtet werden. Migrationspolitik hat eine Brückenfunktion. Was wir machen, hat in unserem Land, aber auch in den Herkunftsländern eine Wirkung. Da Sie prinzipiell Migranten in die Selbstständigkeit fördern wollen, würde das auch für den großen Teil der Flüchtlinge gelten, die keinerlei Schutzrechte genießen und die wir jetzt zum Schutz aufgenommen haben. Dazu taucht bei Ihnen überhaupt nichts auf. Sollen auch diejenigen, die keine Bleiberechte haben, mit öffentlichen Mitteln gefördert und selbstständig werden? Das zumindest hätten Sie deutlich machen und darüber nachdenken müssen, bevor Sie das in dieser Art und Weise in das Parlament einbringen.

Und, sehr wichtig: Was passiert mit den übrigen Antragstellern, für die das Programm ursprünglich gedacht ist? Bekommen diese jetzt weniger oder wollen Sie das ganze Ding aufstocken? Sie haben irgendetwas angedacht, Sie haben ein Thema besetzt, bringen es hier ein, aber im Grunde ist es nicht bewältigt und nicht entscheidungsfähig. Solche Anträge können Sie zu wichtigen Themen wie diesem nicht vorlegen.

(Beifall bei der AfD)

Wie gesagt, das Anliegen insgesamt ist okay; da muss etwas gemacht werden. Aber es geht dann weiter: Petition 2, der Senat solle sich bei bundesfinanzierten Programmen für diese Ziele einsetzen, ohne dass sie in Petition 1 genau definiert sind. In Petition 3 wird es dann konkreter; es ist okay, dass Sie Beratung für Migranten über Existenzgründungsprogramme im W.I.R.-Programm einführen. Hier haben Sie auch Ihre Arbeit gemacht und sprechen von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive. Da macht das auch Sinn.

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Herr Dr. Baumann, einen Augenblick, bitte. – Ich bitte die Rednerinnen und Redner, denen ich nicht das Wort erteilt habe, zu schweigen, sich vielleicht zu melden oder nach draußen zu gehen. – Danke.

(*Gerhard Lein SPD: Oder Zwischenrufe zu machen!*)

Dr. Bernd Baumann AfD (fortfahrend):* In Petition 3 greifen Sie Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive auf. Warum nicht schon vorn im Petition 1, da hätte das Sinn gemacht? Dann geht es weiter: Fachbehörden und Wirtschaftsförderung der Bezirke sollen prüfen, wie weit Gewerbeflächen ausgeweitet werden müssen. Wir wissen, Gewerbeflächen gibt es nie genug, aber eine sol-

che Prüfung kann der Senat doch auch ohne Beschluss in der Bürgerschaft veranlassen. Warum müssen wir darüber diskutieren? Das müsste geprüft werden, dann hier vorgelegt werden und dann entscheiden wir, was vernünftig ist oder gehen es in den Ausschuss.

In Petition 5 wird es dann richtig originell. Dort fordert die rot-grüne Fraktion den Senat auf zu überlegen, was für geflüchtete Frauen getan werden kann. Ja, du lieber Gott, müssen wir den Senat bitten nachzudenken? Muss die Bürgerschaft beschließen, bevor der Senat über etwas nachdenkt, was wichtig ist? Besser wäre gewesen, die rot-grüne Fraktion hätte, bevor sie ein Papier zur Debatte anmeldet, einmal darüber nachgedacht, über die Bürgerschaft den rot-grünen Senat dazu aufzufordern nachzudenken. Behelligen Sie diese Bürgerschaft bitte künftig erst, wenn Sie selbst einmal nachgedacht haben. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Baumann. – Jetzt hat das Wort Herr Senator Horch.

Senator Frank Horch:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg zählt seit Jahren zu den führenden Gründungsmetropolen in Deutschland. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Hamburg durch seine gesamte wirtschaftliche Stärke und seine Vielzahl von Beratungs- und Förderungsangeboten attraktive Rahmenbedingungen für Gründungsinteressierte bietet. Es ist schon genannt worden, unter anderem auch das erfolgreiche Projekt der IFB-Bank. Der Schritt in die berufliche Selbstständigkeit bedeutet für Gründerinnen und Gründer, dass sie ihre unternehmerischen Ideen, also eigene Chefin oder eigener Chef, in die Tat umsetzen können. Das wollen wir in allen Mäßen stärken.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Herr Horch, entschuldigen Sie bitte. Ich möchte auch die Senatsbank bitten zu schweigen, wenn ein Vertreter des Senats spricht. – Vielen Dank.

Senator Frank Horch (fortfahrend):* In diesem Zusammenhang sind Unternehmensgründungen von Migranten für uns ein wichtiger Weg in der ökonomischen und auch der gesellschaftlichen Integration unserer Stadt. Sie bieten Migrantinnen und Migranten eine Möglichkeit, ihr Wissen und vor allen Dingen auch ihr Können entsprechend einzubringen. In Hamburg leben über 500 000 Personen mit Migrationshintergrund. Das sind 30 Prozent der Hamburger Bevölkerung, und hinzu kommen zurzeit die Flüchtlinge. Für die Integration in Wirt-

(Senator Frank Horch)

schaft, Politik und Gesellschaft ist dies sowohl eine große Chance als auch eine Herausforderung. Gründerinnen und Gründern mit Migrationshintergrund und somit auch Flüchtlingen stehen als unternehmerischen Newcomern alle Förderungs- und Beratungsangebote für Existenzgründer in Hamburg in unterschiedlichen Formaten zur Verfügung.

Wir werden uns genau ansehen, ob die Angebote, insbesondere für die Zielgruppe der Geflüchteten, an der einen oder anderen Stelle noch weiter anzupassen sind. Wir müssen allerdings nicht nur für das kaufmännische Rüstzeug oder die Finanzierung sorgen. Es gibt auch Hemmnisse, die im Rahmen des W.I.R.-Programms abgebaut werden müssen. Nicht jede Gründerin und jeder Gründer mit Migrationshintergrund beherrscht, wie wir heute gehört haben, die deutsche Sprache. Ohne diese Kenntnis wird es jedoch schwierig mit der Planung der Umsetzung eines Gründungsvorhabens, auf welchem Gebiet auch immer.

Wichtig für den unternehmerischen Erfolg sind auch Kenntnisse der deutschen Kultur, des Arbeitslebens, des Marktes und der wirtschaftlichen Gesamtabläufe. Auch die landestypischen Gepflogenheiten im Umgang mit Geschäftspartnern, Konkurrenten und Kunden sind ganz wesentliche Elemente dieser Abläufe. Wenn Flüchtlinge und Migranten in den Behörden nach Arbeit und Jobs fragen, ist das Thema Selbstständigkeit und Gründung des eigenen Unternehmens sehr oft präsent. Das heißt, aufgrund der Strukturen im Herkunftsland ist die Selbstständigkeit für viele eine ganz typische Einkommenssicherung. Über das hinaus braucht Deutschland gerade in dieser Zeit Menschen mit kreativen Ideen, die neue Produkte, Prozesse und auch Dienstleistungen in unserer Stadt entwickeln. Und wir freuen uns natürlich, wenn gerade Neuzuwanderer mit innovativen Geschäftsideen die Vielfalt unseres Wirtschaftsstandorts mit den vielen traditionellen Abläufen entsprechend bereichern.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch einen Hinweis. In diesem Zusammenhang wird der Senat übrigens speziell für die Unterstützung wissensbasierter Gründung – das ist eine unserer Leitlinien in dieser Legislaturperiode – eine wissensbasierte Plattform einrichten, welche die Angebote dieser stark wissensbasierten Aufgabenstellung aufbereitet, bündelt und entsprechend auch den Interessierten zur Verfügung stellt. Die konkreten Inhalte und die Funktionalitäten hierzu werden auf einer Plattform auf dem Laufenden gehalten. Wir werden sie weiter erarbeiten und in einem Konzept innerhalb dieses Jahres zusammenstellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Senator. – Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte nun die Drucksache 21/4252 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

Wer dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD aus Drucksache 21/4252 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 18, Drucksache 21/4174, Unterrichtung durch die Präsidentin: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Dezember 2015: Geflüchtete Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Dezember 2015: Geflüchtete Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen – Drs. 21/2379 – Drs 21/4174 –]

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Frau Dobusch von der SPD-Fraktion, Sie haben es.

Gabi Dobusch SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben als Bürgerschaft Ende letzten Jahres gemeinsam den Senat aufgefordert, Maßnahmen zum Schutz von geflüchteten Frauen und Mädchen zu ergreifen, und es ist sehr gut zu sehen, welche Fortschritte unser gemeinsames Anliegen mittlerweile gemacht hat. Dass es große Fortschritte gibt, ist dem Bericht zu entnehmen, den wir heute debattieren. Das wurde aber auch bei der Ausschussberatung zum Beispiel im Rahmen des Wissenschafts- und Gleichstellungsausschusses rund um unsere Große Anfrage zur Situation von geflüchteten Frauen und Mädchen in Hamburg deutlich.

Das wird auch deutlich, wenn man vor Ort ist, Gespräche mit Personal und Vertreterinnen und Vertretern eingebundener Trägereinrichtungen sucht und so weiter. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir uns auch noch einmal bedanken bei den vielen Professionellen wie auch den Ehrenamtlichen, die dabei engagiert mitgeholfen haben, und auch immer noch dabei sind, um den Schutz für Frauen und Mädchen zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

(Gabi Dobusch)

Wir hatten den Senat aufgefordert, Folgeunterbringungen für Frauen, gegebenenfalls mit Kindern, zu schaffen, und zwar vor allem für Frauen, die Gewalt erfahren haben, geschlechtsspezifische Gewalt, und für Frauen, die traumatisiert sind. In der Zwischenzeit sind mehr als 470 Plätze geschaffen worden, weitere 80 Plätze kommen demnächst im Moritz-Liepmann-Haus in Altona zustande. Für dieses Haus hatten wir uns stark gemacht, auch aufgrund der Nähe zu guten Unterstützungsstrukturen, die dort vorhanden sind. Wir hatten den Senat außerdem aufgefordert, das Konzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Menschenhandel und Gewalt in der Pflege unter Berücksichtigung der Verbesserung des Schutzes für von Gewalt betroffene Flüchtlinge, insbesondere Frauen, Mädchen und LGBT, fortzuschreiben, um die Situation der geflüchteten Frauen und Mädchen, Lesben, Schwulen und Transgender ganz grundsätzlich zu verbessern.

Auch hier ist in der Zwischenzeit viel geschehen. In allen Zentralen Erstaufnahmen gibt es mittlerweile abgetrennte Schlafbereiche für Frauen und ihre minderjährigen Kinder sowie Rückzugsmöglichkeiten oder zumindest gibt es die Möglichkeit, diese bei Bedarf einzurichten. Getrennte sanitäre Anlagen, adäquate Beleuchtung, dieser ganze Förderungskatalog ist fast vollständig umgesetzt. Ähnlich gut sieht es bei den Folgeunterunterkünften aus, wobei man sagen muss, dass gerade bei den Zentralen Erstaufnahmen öfter noch etwas Luft nach oben ist. Jede Unterbringung wird bis 31. August dieses Jahres ein einrichtungsspezifisches, konkretes und auch praktikables Schutzkonzept haben. Einstellungsstandards für das Sicherheitspersonal, Qualifizierungsmaßnahmen für Personal und Ehrenamtliche wurden ebenfalls auf den Weg gebracht. Damit sind wir einen großen Schritt weiter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zum tatsächlichen Ausmaß von Gewalt gegen geflüchtete Frauen liegen derzeit allerdings nur Anhaltspunkte vor. In der polizeilichen Kriminalstatistik werden entsprechende Opfer mit Merkmal Flüchtling erst seit Anfang dieses Jahres erfasst. Eine Abfrage bei den Hilfeeinrichtungen für das erste und zweite Halbjahr 2015 hat zwar deutlich steigende Inanspruchnahme gezeigt; dieses kann uns jedoch erst einmal nur Rückschlüsse darauf ziehen lassen, dass die Informationen über das Hamburger Hilfesystem angekommen sind – mehr lässt sich dem erst einmal nicht entnehmen. Das sollte zukünftig übrigens noch häufiger der Fall sein, also dass Betroffene tatsächlich Hilfe finden, denn die bewährten Träger in diesem Bereich, zum Beispiel LÄLE, verikom, NOTRUF für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. haben nun ein speziell auf die Situation der geflüchteten Frauen zugeschnittenes, mobiles Beratungsangebot entwickelt. Neu eingerichtet wurde zudem eine Koordinie-

rungsstelle, und eingebunden ist ebenfalls das bundesweite Hilfetelefon bei Gewalt gegen Frauen. Das Dialogforum Schutz von Frauen vor Gewalt in Unterkünften hat seine Aufgabe aufgenommen. Da können wir sehr gespannt sein.

Mich als Sprecherin für Gleichstellung freut insbesondere, dass mittlerweile auch der Flyer "Willkommen in Hamburg" vorliegt und verteilt wird. Dort gibt es drei Abschnitte, auf die ich Sie insbesondere hinweisen möchte. Es gibt einen Abschnitt zum Thema Antidiskriminierung: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Niemand darf diskriminiert, beleidigt oder angegriffen werden, weil er ein anderes Geschlecht, eine andere Religion, eine andere Hautfarbe oder eine andere sexuelle Orientierung hat. Es gibt einen Abschnitt zum Thema Gleichberechtigung, der die hiesigen Regeln des Zusammenlebens von Frauen und Männern erklärt. Und schließlich gibt es einen Absatz zum Thema Gewalt. Hier wird klargestellt, dass jegliche Gewalt gegen Frauen eine schwere Menschenrechtsverletzung darstellt und strafbar ist, dass zu respektieren ist, wenn eine Frau zu sexuellen Handlungen nein sagt, und dass dies auch in der Partnerschaft und in der Ehe gilt. Ich finde den Flyer sehr gelungen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben diesen Antrag damals auf den Weg gebracht, weil wir sicherstellen wollten, dass diejenigen, die es hierher schaffen, zumeist Frauen, die Opfer von Kriegsverbrechen, Menschenhandel, Massenvergewaltigung, erzwungener Schwangerschaft oder erzwungener Prostitution geworden sind, oft nach jahrelanger Flucht oder nach monatelangen, mit vielen Risiken verbundenen Bemühungen um die Erlaubnis für den Familiennachzug, mit ihrer Ankunft am Ende ihres Leidensweges angekommen sind und den Einstieg in ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben finden. Auch in dieser Hinsicht sind wir auf gutem Wege. Wir haben heute im Zusammenhang mit mehreren anderen Debatten bereits Punkte gehört, die hier hineingehören, unter anderem in der letzten Debatte. Aber es wird tatsächlich noch dauern, bis wir, wenn wir vor unserem geistigen Auge über das Thema Flüchtlinge nachdenken, nicht den syrischen Bauingenieur haben, sondern vielleicht tatsächlich auch die syrische Bauingenieurin, nicht das potenzielle Opfer von Gewalt, sondern die angehende Stadtplanerin ebenso wie meinerwegen die Existenzgründerin, von der eben vielleicht nicht genug die Rede war. Wir sind tatsächlich auf einem guten Weg, aber es braucht noch einiges an Engagement. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Dobusch. – Frau Prien von der CDU-Fraktion hat das Wort.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Situation von Frauen und Kindern in unseren Zentralen Erstaufnahmen war bis zum Ende des vergangenen Jahres nicht nur nicht zufriedenstellend, sondern teilweise absolut inakzeptabel. Darüber waren wir uns in diesem Hause auch einig. Aus unserer Sicht wäre das vermeidbar gewesen. Herr Kienscherf, es wäre vermeidbar gewesen,

(Dirk Kienscherf SPD: Oh, Frau Prien! Sie heute da!)

wenn man sich von Anfang an Rat von internationalen Hilfsorganisationen geholt hätte, die sich auskennen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Entschuldigen Sie, ich gebe Frau Prien recht. Sie hat darauf aufmerksam gemacht, dass es laut ist und sie es schwer hat, Gehör zu finden. Ich bitte alle, die sich im Raum oder über Sitzbänke hinweg unterhalten, jetzt zu schweigen. Danke. – Frau Prien, Sie haben wieder das Wort.

Karin Prien CDU (fortfahrend):* Es wäre vermeidbar gewesen, wenn man sich rechtzeitig den Rat von internationalen Hilfsorganisationen, die sich mit dem Aufbau und der Struktur von Flüchtlingslagern gut auskennen, von Anfang an eingeholt hätte. Aber ich will da auch gar nicht unsportlich sein.

(Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

– Herr Kienscherf, ausnahmsweise haben Sie einmal etwas Gutes gemacht.

Es war richtig, dass wir uns mit allen Fraktionen auf den Weg gemacht haben, um die Situation von Frauen und Kindern und auch von Homosexuellen und Angehörigen anderer sexueller Minderheiten zu verbessern. Man kann also tatsächlich heute feststellen, dass sich vieles zum Besseren bewegt hat. Es ist wahrlich nicht alles optimal, es gibt immer noch viel zu tun. Ich finde auch, dass wir weiterhin sehr genau darauf achten müssen, ob dieser Prozess so weitergeht. Ich finde es auch sehr bedauerlich, dass die Gewaltschutzkonzepte noch nicht fertig sind, sondern dass es bis zum 31. August dauern wird, bis diese vorgelegt werden. Das ist eigentlich viel zu spät.

Und ich will an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich sagen, dass wir es für falsch halten, dass die Situation von Christen und anderen religiösen Minderheiten in den Erstaufnahmeeinrichtungen nicht mit gleicher Intensität von Ihnen bearbeitet und vorangetrieben wird, wie Sie das bei Frauen und Homosexuellen tun. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Ich würde erwarten, dass Sie das tun. Ich hoffe nicht, dass erst die öffentliche Debatte den notwendigen Druck auf diesen Senat

ausüben wird, denn es ist unsere Verantwortung als Hamburger Parlament, den Schutz von Christen und anderen religiösen Minderheiten in unseren Flüchtlingseinrichtungen zu gewährleisten. In dieser Hinsicht gibt es also tatsächlich noch ganz erheblichen Nachholbedarf.

Ich möchte mich noch zu einigen anderen Punkten äußern. Wir halten es für erforderlich, dass beim Wachpersonal die Struktur insoweit verbessert wird, dass dort mehr Frauen und Angehörige von Minderheiten teilhaben. Ich glaube, es gehört dazu, wenn man es ernst meint mit dem Schutz von Frauen und Minderheiten, dass das Wachpersonal eine entsprechende Personalstruktur hat. Ich halte es für wichtig, dass das Beschwerdewesen in den Einrichtungen, aber auch darüber hinaus – wir hatten dazu Vorschläge vorgelegt – weiter ausgearbeitet wird. Es muss niedrigschwellig möglich sein, dass Frauen – ich sage jetzt einmal beispielhaft – über Übergriffe berichten können. Sie dabei auf das allgemeine Hilfesystem zu verweisen halte ich für nicht ausreichend.

Aber darüber hinaus gibt es auch noch andere, sehr wichtige Punkte, wenn man es ernst meint mit der Gleichberechtigung von Frauen in den Flüchtlingsunterkünften. Dabei geht es um die Frage, ob sie genauso wie Männer an Sprachkursen teilnehmen. Ermöglicht man diesen Frauen durch eine entsprechende Kinderbetreuung in den Unterkünften, an Sprachkursen teilzunehmen? Ermutigt man sie dazu? Und wie viele Frauen, wie viele Männer werden bei W.I.R. vorgescannt? Warum sind das vor allem Männer und nur so wenige Frauen? Auch darauf wird man das Augenmerk noch viel mehr richten müssen, um eine Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen unter den Flüchtlingen zu erreichen.

Trotzdem sind wir der Meinung, dass zumindest ein richtiger Weg begonnen wurde. Wir würden den Antrag trotzdem wieder zurück an den Ausschuss überweisen wollen, weil wir meinen, dass man weiterhin ein sehr genaues Augenmerk auf die Entwicklung haben muss und dieser Prozess keineswegs abgeschlossen ist. Ansonsten nehmen wir die Fortschritte natürlich gern gemeinsam mit Ihnen zur Kenntnis. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Prien. – Frau Engels von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben jetzt das Wort.

Mareike Engels GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit ich das letzte Mal zu dem Thema gesprochen habe, hat sich die Situation in Hamburg für die geflüchteten Frauen und Mädchen deutlich verbessert. Damals war ich in großer Sorge, dass wir Frauen, die vor dem Krieg geflohen sind und häufig geschlechts-

(Mareike Engels)

spezifische Gewalt erlitten haben und bei uns Asyl suchen, nicht adäquat schützen können. Aus dieser Sorge heraus hatte ich mich dafür stark gemacht, dass geflüchtete Frauen in den Hamburger Unterkünten besseren Schutz und mehr Ruhe finden. Ich bin sehr froh, dass auf unsere parlamentarische Initiative hin die Situation in den Hamburger Unterkünten nun erheblich verbessert wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Rot-Grün hat in den vergangenen Monaten ein umfangreiches Programm für den Gewaltschutz in den Unterkünten auf den Weg gebracht. Dabei lag ein Fokus unter anderem auf den Zentralen Erstaufnahmen, weil, wie wir alle wissen, gerade dort die Qualität im letzten Jahr leider stark abnehmen musste und deswegen viele Schritte notwendig waren. Dort gibt es jetzt entweder abgetrennte Compartments oder separate Container für Frauen und ihre Kinder. Auch abgetrennte Schlafbereiche und Rückzugsräume wurden eingerichtet. Die meisten Unterkünte der Folgeunterbringung haben getrennte Flure oder Häuser für Frauen. Es gibt abgetrennte und abschließbare Sanitäranlagen und fast überall ausreichend beleuchtete Grundstücke und Gänge. Laut Bericht muss nur die Schnackenburgallee hinsichtlich der Beleuchtung verbessert werden. Es gibt sowohl eine Erstaufnahme und als sogenannte Folgeunterbringung Unterkünte, die nur für Frauen vorbehalten sind. Erst vergangene Woche konnte ich mir selbst ein Bild von der Unterkunft im Museum der Arbeit machen. Diese geschützte Atmosphäre und Ruhe, die gerade viele junge Mütter, die erst vor wenigen Wochen entbunden haben, dort hatten, empfinde ich als sehr angenehm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ich dort auch als sehr nachahmenswert für andere Unterkünte empfunden habe, waren die Extra-Sanitärcontainer für Kinder, die nicht nur, was die Höhe angeht, für sie eingestellt waren, sondern auch eine Privatsphäre für sie bedeuten.

Die BASFI hat gemeinsam mit den Fachberatungsstellen ein mobiles Angebot geschaffen, das auf die Bedürfnisse der Unterkünte zugeschnitten ist und aufsuchende Arbeit leisten kann. Personalressourcen wurden aufgestockt und eine Koordinierungsstelle geschaffen. Sowohl Ehren- als auch Hauptamtliche werden inzwischen hinsichtlich geschlechtsspezifischer Gewalt sensibilisiert. Außerdem muss bis August auf unser Ersuchen hin jede Unterkunft ein konkretes, praktikables, einrichtungsspezifisches Gewaltschutzkonzept vorlegen. Diese Schutzkonzepte werden dann beständig weiterentwickelt und überprüft. Sie sehen, der Gewaltschutz und damit die Qualität in den Unterkünten wurden stark verbessert. Das halte ich für einen wirklich guten Fortschritt und bin froh, dass wir uns für dieses Ziel gemeinsam so nachdrücklich eingesetzt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber natürlich ist auch die Stadt weiterhin gefordert, nicht nur die Qualität der Unterkünte weiterhin zu verbessern – noch immer leben Geflüchtete in Zelten und Baumärkten –, sondern auch die Wohnungspolitik so voranzutreiben, dass wir wieder mehr Sozialwohnungen in der Stadt haben und immer mehr Menschen ein eigenes Dach über dem Kopf bieten können. Das hat die rot-grüne Koalition in Angriff genommen, aber hier liegt noch ein langer Weg vor uns.

Ich beobachte mit großer Sorge,

(*Joachim Lenders CDU: Ich auch!*)

wie die Haltung gegenüber Flüchtlingen in einigen Teilen unseres Landes immer negativer wird. Auch in Hamburg hören wir vermehrt flüchtlingsfeindliche Stimmen, und das macht mich traurig. Dabei sind auch immer wieder die Rechte von Frauen ein Thema. Ich bin davon überzeugt, dass wir als Gesellschaft uns nicht davon verunsichern lassen dürfen, dass immer wieder absurde Ängste geschürt werden, dass Sündenböcke gesucht werden, und auch nicht davon, dass Ereignisse wie die in der Silvesternacht dazu führen, dass über Geflüchtete pauschale Urteile verhängt werden, die auf falschen rassistischen Annahmen und kulturalistischen Engführungen beruhen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Es ist nach Silvester umso wichtiger, dass wir für die Rechte von Frauen eintreten, und zwar ausnahmslos immer und überall. Jede Form von Gewalt, jede einzelne Gewalttat gegen Frauen ist inakzeptabel. Wir dürfen nicht vergessen, dass Frauen weltweit von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind – in Deutschland jede vierte Frau. Es ist in unserer Verantwortung, diese Gewalt nicht zu dulden.

Genau deshalb reicht auch der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung zum reformierten Sexualstrafrecht nicht aus. Ich erwarte, dass die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen endlich genauso gut geschützt wird wie das Eigentum und hoffe, dass sich die Bundestagsabgeordneten darauf noch einigen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und wenn ich schon auf Bundesebene bin, möchte ich an dieser Stelle auch sagen, wie wütend ich über den eingeschränkten Familiennachzug durch das Asylpaket II bin. Dies geht vor allem zulasten von zurückgebliebenen Frauen und Kindern. Vor Schließung der Balkanroute waren dort das erste Mal über die Hälfte Frauen und Kinder auf der Flucht. Auch ihnen wurde nur ein halbwegs sicherer Fluchtweg versperrt. In puncto Gewaltschutz von Frauen und Kindern war das leider ein großer Rückschritt.

(Mareike Engels)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ein Fortschritt könnte im Bund erreicht werden, wenn nun auch der Gewaltschutz in den Unterkünften, zum Beispiel in Form von verpflichtenden Gewaltschutzkonzepten, gesetzlich verankert wird.

Meine Damen und Herren! Hamburg setzt sich mit dem Programm zum Gewaltschutz in den Unterkünften nun gute Standards. Ich bin froh, dass wir zu diesem Thema in der Bürgerschaft und vor allem im Sozialausschuss so gut zusammengearbeitet haben. Wir haben einige Forderungen der LINKEN im Ausschuss angenommen, zum Beispiel zum Punkt mehr weibliches Sicherheitspersonal. Ich setze stark darauf, dass wir diese konstruktive Zusammenarbeit fortsetzen. Ich bin nach wie vor sehr dankbar über die Hilfsbereitschaft der Hamburgerinnen und Hamburger, die sich in Unterkünften für Flüchtlinge engagieren. Sie zeigen, was Solidarität praktisch bedeutet, und so manch einer in dieser Stadt sollte sich daran ein Vorbild nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die geflüchteten Frauen und Mädchen sich bei uns gut integrieren können und Chancen erhalten. Dazu gehört, dass sie genau wie ihre Männer und Brüder die deutsche Sprache lernen, zur Schule gehen und Ausbildungsmöglichkeiten ergreifen. Dafür werden wir uns besonders einsetzen. Starke Frauen sind wichtig für unsere Gesellschaft und für eine gelungene Integration. Darauf sollten wir viel stärker unser Augenmerk lenken und mit der Frauenförderung und unserer Integrationspolitik genau hier ansetzen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Engels. – Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Es gibt in der Tat positive Fortschritte. Ich möchte ganz konkret noch einmal aufzählen, welche Punkte wir besonders gut finden. Zum einen finden wir es sehr gut, dass es Einrichtungen ausschließlich für Frauen mit bisher 470 Plätzen gibt. Bald kommen im Moritz-Liepmann-Haus weitere 80 Plätze hinzu.

Wir finden gut – Frau Engels hat es erwähnt –, dass einige Punkte aus unserem Antrag berücksichtigt wurden, zum Beispiel das Melde- und Beschwerdemanagement oder die gendersensiblen Einstellungsverfahren – für uns sehr wichtige Punkte, und deshalb sind wir sehr froh, dass sie aufgenommen wurden. Wir finden auch gut, dass

das Projekt "Stadtteile ohne Partnergewalt", kurz StoP, gestärkt wird. Das ist ein wichtiges Projekt, weil es niedrigschwellig ist und viele Frauen erreichen kann. Auch die Aufstockung der Beratungsstellen, zum Beispiel *intervento*, *savía* oder NOTRUF für vergewaltigte Frauen und Mädchen, ist ein positiver Schritt, den wir begrüßen.

Wir haben aber auch Punkte, zu denen wir sehr deutlich sagen, dass sie unbedingt verbessert werden müssen. Wir wissen, dass das ein Prozess ist; es kann etwas dauern. Aber ganz besonders wichtig ist uns die Wohnsituation der Mädchen und Frauen in den größeren Unterkünften. Hier können wir noch sehen, dass es eine große Heterogenität der Standards und somit auch des Schutzes vor Übergriffen und Gewalt gibt. Konkret die Wegebeleuchtung, aber auch getrennte Dusch- und Sanitärbereiche sind Punkte, die so schnell wie möglich umgesetzt werden müssen.

Zu den Beratungsstellen: Wir begrüßen die Aufstockung. Das ist ein Anfang. Doch die Praxis wird den tatsächlichen Bedarf zeigen, und falls die Mittel nicht ausreichen, muss es die Möglichkeit geben nachzusteuern.

(Beifall bei der LINKEN)

Was uns fehlt – und das ist ein Problem, das es schon seit Längerem in Hamburg gibt, auch bevor die Flüchtlinge in so großer Zahl in die Stadt gekommen sind –, sind muttersprachliche niedergelassene Therapeutinnen und Therapeuten. Dieses Problem muss behoben werden. Gerade vor dem Hintergrund der geflüchteten Frauen, die schwere Traumata erlebt haben, ist es wichtig, dass wir auf eine zeitnahe therapeutische Verarbeitung dieser Gewaltfolgen hinwirken.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein letzter Punkt: Wir finden es sehr wichtig, dass beim Sicherheitspersonal darauf geachtet werden muss, dass vermehrt Frauen eingestellt werden. Uns ist dieser Punkt so wichtig, weil Frauen auch in den Unterkünften Ansprechpartner finden müssen und es für sie einfacher ist, weibliche Sicherheitsleute anzusprechen als männliche.

Es gibt noch viel zu tun, aber ich denke, mit dieser Drucksache sind wir auf einem guten Weg. Ich sage bewusst "wir", weil auch ich eine konstruktive Zusammenarbeit im Ausschuss erlebt habe. Mir ist wichtig, dass das noch etwas zügiger geht. Und ich finde es ganz wichtig, dass die Frauen und Mädchen so schnell wie möglich aus den großen Unterkünften herauskommen, damit die Integration überhaupt möglich ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Mareike Engels GRÜNE*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Özdemir. – Das Wort hat Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Die ersten Meldungen über die tragischen Schicksale von Flüchtlingsfrauen und -kindern in Erstaufnahmen haben uns aus anderen Bundesländern erreicht. Das ist nun knapp ein Jahr her. Es ging um Fälle sexueller Belästigung und Gewalt, aber es ging auch um Vergewaltigung, Missbrauch und Zwangsprostitution.

In Hamburg werden leider auch immer wieder Fälle von sexueller Belästigung und sexuellem Missbrauch von Kindern und von Frauen, insbesondere in Erstaufnahmen, bekannt. Der sexuelle Übergriff auf ein fünf Jahre altes Mädchen in der Unterkunft Heselstücken oder der sexuelle Missbrauch eines sechs Jahre alten Jungen in der Zentralen Erstaufnahme Bahrenfeld sind erschreckende und ernüchternde Beispiele einer Realität, die wir so nicht hinnehmen dürfen. Ähnliche Schicksale wie die dieser jungen Menschen treffen auch viele andere.

Diese Fälle wurden bekannt, nachdem diverse Maßnahmen zum Schutz bereits realisiert wurden. Einer bekannten Hamburger Zeitung gegenüber äußerte ein Mitarbeiter von f & w fördern und wohnen, dass ein beträchtlicher Teil der weiblichen Flüchtlinge mindestens Belästigungen durch einzelne Bewohner erleiden müsse. Es ist also leider davon auszugehen, dass viele Fälle sexuellen Missbrauchs und Gewalt nicht bekannt werden, nicht aufgeklärt werden, die Opfer keinen Schutz erfahren und die Täter nicht bestraft werden.

Seit dem Bekanntwerden erster Fälle von sexualisierter Gewalt in Hamburger Erstaufnahmen haben der Senat und die zuständigen Behörden sich bemüht, die Situation für Frauen und Kinder zu verbessern. Das erkennen wir an. Nach Auskunft des Senats gibt es nun rund 470 Plätze plus 80 in Einrichtungen, die ausschließlich Frauen vorbehalten sind. Die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Kollegen von Rot-Grün hat allerdings auch zutage gebracht, dass zurzeit fast 1 500 allein reisende weibliche Flüchtlinge in Hamburg sind. Somit kann nur ein Drittel der allein reisenden weiblichen Flüchtlinge in Hamburg in einer Einrichtung mit besonderem Schutz untergebracht werden. In allen Zentralen Erstaufnahmen gibt es nach Aussage des Senats inzwischen zwar entweder abgetrennte Compartments oder separate Container für besonders schutzbedürftige Personen, abschließbare Toiletten und Duschräume sind jedoch Mangelware. Von 38 Erstaufnahmen verfügt nur die ZEA am Festplatz Schwarzenberg uneingeschränkt über abschließbare Toiletten und Duschräume, und das ist einfach zu wenig.

(Beifall bei der FDP)

Abschließbare sanitäre Anlagen müssen ein Mindeststandard sein, und darum verstehe ich nicht, warum das in der Drucksache nicht als Mindeststandard vom Senat erklärt wird. Die Situation bei den abschließbaren Schlafräumlichkeiten sieht leider auch nicht viel besser aus. Denn etwa 60 Prozent aller Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen verfügen nicht über abschließbare Zimmer. Das ist problematisch, denn offene Türen in sanitären Anlagen und Schlafstätten erleichtern Tätern den Zugang zu potenziellen Opfern und erschweren den Selbstschutz. Das ist ein Risiko, dem wir abhelfen könnten und müssen.

Wir haben schon darüber gesprochen, dass Ende August ein einrichtungsspezifisches, konkretes, praktikables Schutzkonzept für jede Einrichtung vorliegen soll. Ich hoffe, dass dann die Mindeststandards konkretisiert werden und vor allen Dingen auch die Umsetzung dieser Schutzkonzepte schnell erfolgt und nicht noch ein Jahr auf sich warten lässt.

(Beifall bei der FDP)

Zur Größe der Unterkünfte: Unsere Auswertung hat ergeben, dass 80 Prozent der bekannten Vorfälle sexuellen Missbrauchs und Gewalt an Frauen und Kindern sich in Einrichtungen ereignet haben, in denen über 550 Plätze vorhanden sind. Dass hier immer noch Frauen und kleine Kinder oder Frauen mit kleinen Kindern untergebracht werden, ist ein Defizit. Da müssen wir ran. Das muss man aufarbeiten. Das ist ein Risiko, gegen das man etwas tun kann. Alles in allem bleibt festzuhalten, dass es noch eine Menge zu tun gibt, um schutzbedürftigen Flüchtlingen in Hamburg den Schutz zu gewähren, den sie zum Teil brauchen.

Die Kollegin Prien hat die Diskriminierung von Christen angesprochen. Auch das ist ein Thema, dem man sich politisch nicht verschließen kann und für das man Lösungen finden muss. Das heißt folglich vor allem, dass wir den Begriff Gewaltprävention mit echter Präventionsarbeit füllen müssen und es nicht allein um Maßnahmen des Opferschutzes gehen kann, sondern wir echte Prävention brauchen. Wir hatten – das ist noch gar nicht so lange her – einen Antrag zur Gewaltprävention in Erstaufnahmen eingereicht, weil wir einen Beitrag leisten wollten, um dieser Situation etwas entgegenzusetzen. Leider ist diese Initiative im Ausschuss abgelehnt worden.

Frau Dobusch, Sie sprachen die Vermittlung von Werten an. Es ist ein Anliegen gewesen, das viele Fraktionen in Anträgen eingebracht haben. Ich muss ehrlich sagen: Was dabei herausgekommen ist – ein DIN-A4-Blatt, doppelseitig bedruckt mit bunten Bildern –, mag ein pädagogisch sinnvolles Material sein, um Zwölfjährige aufzuklären, aber das kann nicht der Weg sein, um gegen Gewalt

(Jennyfer Dutschke)

vorzugehen und unsere Werte verbindlich zu vermitteln.

(Beifall bei der FDP)

Trotzdem gilt, und damit spreche ich hoffentlich im Namen aller Mitglieder dieses Hauses: Gewalt an sich, aber vor allem sexueller Gewalt an Frauen und Kindern, müssen wir als Bürgerschaft den Kampf ansagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Dutschke. – Das Wort hat Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Schutz von Frauen und Mädchen und anderen schutzbedürftigen Minderheiten beschäftigen wir uns in diesem Haus seit Monaten. Nachdem richtigerweise alle Fraktionen in unterschiedlicher Ausprägung die Notwendigkeit eines zielgerichteten Handelns gegen Gewalt gegen Schutzbedürftige in den Unterbringungseinrichtungen der Stadt unterstützen, hat sich nun auch der Senat des Themas angenommen. Das Ergebnis von rund viermonatiger Beschäftigung mit diesem Thema diskutieren wir hier und heute und können ein erstes Zwischenfazit ziehen.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es redet nur Frau Oelschläger und sonst niemand. Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie bitte hinaus. – Fahren Sie bitte fort, Frau Oelschläger.

Andrea Oelschläger AfD (fortfahrend): Einerseits sind verschiedene Anstrengungen unternommen worden, die vielfach völlig unhaltbaren Zustände, insbesondere in den großen Erstaufnahmeeinrichtungen, abzumildern. Geht man von einem niedrigen Ausgangslevel aus, sind dabei Erfolge erzielt worden. Andererseits gibt es noch viel zu tun. Vor allen Dingen im Bereich der Ursachenbenennung und Problemforschung tut der Senat sich noch immer schwer.

Positiv ist aber das vielfache ehrenamtliche Engagement der verschiedenen Opferschutzeinrichtungen hervorzuheben. Die zusätzlichen Haushaltszuweisungen zur Stärkung der personellen Ausstattung einer Reihe dieser Organisationen sind folgerichtig und zum aktuellen Zeitpunkt sicher gut angelegt. Eine Dauerlösung kann dies aber nicht sein. Ziel einer Flüchtlingspolitik in Deutschland und in Hamburg kann nur sein, erstens die Zahl der Neuankömmlinge dauerhaft deutlich zu reduzieren und zweitens endgültig abgelehnte Asylbewerber zügig abzuschieben. Den ersten

Punkt kann Hamburg nur indirekt befördern. Die Frage der Abschiebung hingegen ist eine originäre Landesaufgabe.

Drittens muss in Erstaufnahmeeinrichtungen und Folgeunterkünften gleichermaßen eine Null-Toleranz-Linie gegenüber jedweder Gewalt und Drangsalierung einzelner wie ganzer Gruppen durchgesetzt werden. Hier springt das Senatsschreiben noch viel zu kurz. Nur wer klar benennt, welche Probleme bestehen und wer sie verursacht, kann bei der Problemlösung dauerhaft wirksame Wege beschreiten. Hier zeigen sich deutlich die Versäumnisse des Senats. Zahlen über die entsprechenden Vorfälle liegen anscheinend nicht vor. Dies wird auf eine sowieso hohe Dunkelziffer und die Hemmung geschoben, sexuelle Übergriffe in einem ungewohnten Umfeld mit Sprachbarrieren und kulturellen Hürden zu melden. Eine Statistik sei also nicht aussagekräftig. Diese Problematik stellt sich aber bei derlei Straftaten immer. Es ist nicht einmal versucht worden, belastbare Zahlen im Hell- wie Dunkelfeld zu erheben. Das ist beschämend. Stattdessen lässt der Senat sich lieber über gendersensible Einstellungsverfahren aus, was immer das genau sein soll. Vielleicht ist damit gemeint, mehr Frauen im Sicherheitsdienst in den besonders schützenswerten Zonen in den Einrichtungen einzusetzen. Das unterstützen wir gern. Um Eindruck beim Durchschnittsbewohner zu machen, ist diese Strategie allerdings nicht sehr zielführend. Das Schreiben von der Frau Senatorin umfasst also einiges an Licht und teils Punkte, die von vornherein hätten berücksichtigt werden müssen, aber weiterhin auch viel Schatten.

Zu guter Letzt dürfen wir an dieser Stelle diejenigen nicht ausklammern, die nicht aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Ausrichtung schutzbedürftig sind – auch im Jahr 2016 kommt es in Flüchtlingsunterbringungen in Deutschland zu Übergriffen gegenüber religiösen Minderheiten. Hierbei sind insbesondere schon in ihren Heimatländern verfolgte Christen und Jesiden ebenso wie Konvertiten betroffen. Derselbe Schutz wie für Frauen sollte auch für diesen gefährdeten Personenkreis bereitgestellt werden. Dazu steht morgen unser Antrag zum Schutz religiöser Minderheiten vor Übergriffen durch Muslime in Hamburger Flüchtlingsunterkünften zur Abstimmung auf der Tagesordnung. Wenn Sie es ernst meinen mit guten, sicheren Zuständen für alle in Hamburger Flüchtlingsunterkünften, stimmen Sie diesem Antrag morgen zu. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Oelschläger. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Wer möchte die Drucksache 21/4174 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 21/4174 Kenntnis genommen hat.

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 41 auf, Drucksache 21/4244, Antrag der CDU-Fraktion: Bettelbanden vertreiben Kunden – Gewerbsmäßige Bettelei in Hamburgs Innenstadt muss gestoppt werden!

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Bettelbanden vertreiben Kunden – Gewerbsmäßige Bettelei in Hamburgs Innenstadt muss gestoppt werden!
– Drs 21/4244 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Vonseiten der AfD-Fraktion liegt hierzu ein Überweisungsbegehren an den Innenausschuss vor.

Wer wünscht das Wort? – Herr Erkalp von der CDU-Fraktion, bitte schön.

David Erkalp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema der Bettelbanden beschäftigt uns,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ja, Sie!)

wenn wir ehrlich sind, schon seit vielen Jahren. Mal waren es die Mütter mit ihren Babys in den Armen, mal waren es die Krüppelbettler und mal leidende alte Frauen. Alle hatten stets das Ziel, durch Mitleid etwas Geld zu bekommen. Es lief immer friedlich ab, und diese Personen haben sich nicht aufgedrängt. Das Motto lautete immer: Mitleid erregen, aber friedlich.

Die Situation heute ist jedoch dramatischer als früher. Neben den bereits erwähnten Gruppen finden sich zusätzlich Klemmbrettbettler, die meist gut angezogen, zu zweit und suggerierend, sie könnten nicht reden und hören, durch die Straßen gehen, um Unterschriften zu sammeln, und dann gibt es eine Art Spende mit dieser Unterschrift. Manche zahlen, andere wiederum nicht. Es läuft aber immer so ab, dass diese Personen mehr oder weniger bedrängend auf einen zukommen, manchmal einem sogar den Weg versperren. Ich glaube, das haben schon viele von uns häufig gesehen. Ich beobachte dies seit vielen Jahren, weil ich in der Innenstadt arbeite; dort herrschten manchmal wirklich sehr schlimme Zustände. Ich habe alte Frauen erlebt, die mit fast weinerlicher Stimme gesagt haben, man möge sie in Ruhe lassen. Das ist mit Si-

cherheit kein Einzelfall; der eine oder andere von Ihnen wird mir darin beipflichten.

Darüber hinaus gibt es die Rosentricksbetrüger. Dabei erhalten Passanten eine Rose, die Passanten freuen sich über das vermeintliche Geschenk, aber im nächsten Augenblick wird die Hand ausgestreckt und Geld gefordert. Manche fühlen sich in dieser Situation so sehr bedrängt und beschämt, dass sie bezahlen. Andere wiederum sind so frei und stark und lehnen ab. Auch den Rosennachschub für diese Verkäufer konnte ich beobachten. Kaum war die letzte Rose weggegeben worden, verliefen keine 20, 30 Sekunden, bis eine gut gekleidete Person mit einer großen Tasche kam, aus ihr einen großen Strauß Blumen holte und ihn an diese verteilende Person übergab. Damit ist für mich klar: Das ist gewerbsmäßig und ganz klar organisiert.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Dann gibt es noch die sogenannten Pappbecherbettler. Das sind Personen, die gefühlt überall in der Stadt sind. Sie sind sehr hartnäckig; wenn es sein muss, gehen sie zehnmal an einen Tisch, bis sie ihr Geld bekommen, um dann weiterzuziehen. Diese Gruppen sind in allen Quartieren der City unterwegs. Sie sind jedoch nicht, wie die erste Gruppe, die ich eben nannte, friedlich. Sie warten nicht einfach auf Passanten und Touristen, die aus Mitleid Geld in den Pappbecher werfen, nein, sie gehen selbstbewusst auf Personen zu und bedrängen sie teilweise in einer unverschämten Dreistigkeit. Selbst ein Nein hält diese Bettlergruppen nicht davon ab, weitere Fragen zu stellen. Oftmals muss man mehrfach Nein sagen, damit sie weitergehen, und wenn man Pech hat, wird man beschimpft. Mein Kollege Jörg Hamann und ich saßen vor einigen Tagen hier gegenüber bei Tchibo und wurden fünf-, sechsmal gefragt. Wir haben fünf-, sechsmal Nein gesagt, und am Ende wurden wir beschimpft. Das ist wirklich nicht erfunden; es war so.

(Milan Pein SPD: Jörg Hamann wurde beschimpft?)

– Wir wurden beschimpft.

(André Trepoll CDU: Es war nicht Herr Kien-scherf, der hat ein Alibi! – Jörg Hamann CDU: Ich habe nichts rausgerückt!)

Zwischen Gänsemarkt und Mönckebergstraße werden Passanten teilweise im Minutentakt aggressiv angebettelt. Laut Medienberichten verdienen – man muss leider sagen: verdienen – diese gewerbsmäßigen Bettler mit ihren Tricks bis zu 100 Euro am Tag.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Woher wissen Sie das eigentlich?)

Wenn man sich einmal vorstellt, wie viel das ist, dann ist das eine ganze Menge, wovon sicherlich

(David Erkalp)

ein Großteil an Hintermänner, aber eben nicht an das Finanzamt weitergegeben wird.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Diese Vorgehensweise ist nicht mehr wegzureden. Jeder kennt sie, und ich kenne niemanden, der das gut findet. Die städtischen Einzelhändler und Kaufleute kennen diese Schwierigkeiten zur Genüge. Viele von ihnen fürchten um ihre Kunden und um den guten Ruf Hamburgs. Kundenbeschwerden beim City Management, aber auch bei uns in der Politik, sind keine Seltenheit mehr. Auch Anzeigen, dass man die City nicht mehr besuchen wolle, sind schon ausgesprochen worden.

Vor einigen Jahren war die Situation ähnlich zugespitzt. Damals war der Kollege Markus Schreiber, der heute unter uns sitzt, noch Bezirksamtsleiter in Mitte. Es wurden auf Basis des Hamburgischen Wegegesetzes Untersagungsverfügungen erlassen, da es sich um gewerbsmäßige Bettelerei von meist organisierten osteuropäischen Bettelbanden handelte und es somit einer genehmigungsbedürftigen Sondernutzung bedurfte. Mit Beteiligung des damaligen Bezirklichen Ordnungsdienstes, des BOD, und der Polizei wurden Beschlagnahmungen durchgeführt und auch Platzverweise erteilt,

(*Jörg Hamann CDU*: Das war gut!)

was auch zwischenzeitlich zum Erfolg führte.

(Beifall bei der CDU)

Danach wurden die Kontrollen etwas weniger, und dann pendelte sich das wieder ein. Was ich damit sagen will: Das ist für die Verwaltung, aber auch für die Politik kein neues Thema. Der Senat erkennt aber anscheinend die stark gestiegene, gewerbsmäßige, organisierte Bettelerei in Hamburg nicht. Das zeigt auch die Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage zum selbigen Thema, Drucksache 21/3908. Danach lägen den zuständigen Stellen keine Hinweise auf bandenmäßiges Vorgehen, keine Erkenntnisse über gewerbsmäßig organisierte Bettler und ebenso keine Erkenntnisse über mögliche Hintermänner dieser Bettelbanden vor. Weiter heißt es, die geringe Anzahl an bekannten Beschwerden widerspreche dem von mir in der Anfrage geschilderten Ausmaß. Manchmal frage ich mich, ob unsere Senatsmitglieder tatsächlich in Hamburg wohnen. Glauben Sie wirklich, dass jeder, der von Bettlern aggressiv angebettelt wird, sofort zur Polizei läuft und Anzeige erstattet? Natürlich nicht. Wer hat das schon gemacht? Ich habe es nicht gemacht,

(*Milan Pein SPD*: Warum denn nicht? Das müssen Sie mal machen!)

und ich glaube, Sie haben es auch nicht gemacht. Aber wenn man fragen würde, wie viele aggressiv belagert wurden und wie viele das gut finden, würden die meisten sagen, sie finden das nicht gut.

Sie sollen hier ein Problem lösen und es nicht schönreden, denn die Bürger dieser Stadt gehen im Gegensatz zu Ihnen tatsächlich mit offenen Augen durch die Stadt und erkennen sofort, was falsch und was richtig ist. Die Situation erfordert unverzüglichen Handlungsbedarf. Erhöhen Sie einfach die Polizeipräsenz, prüfen Sie neue Ansätze, zum Beispiel neue Aufgabenfelder der Kontrolle für Angestellte des Parkraummanagements, statten Sie Beamte und Angestellte aus der Innenbehörde, Wirtschaftsbehörde, Finanzbehörde, von mir aus auch allen Behörden, mit neuen Kontrollaufgaben aus, Herr Senator.

(*Gerhard Lein SPD*: Die Lehrer aus der Schulbehörde!)

Für die CDU kann ich nur sagen: Für die Gewerbetreibenden, die Kaufleute und die Bürger dieser Stadt ist es im Grunde völlig egal, wie Sie das Problem lösen. Lösen Sie es einfach.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Das beginnt damit, dass Sie heute diesem Antrag zustimmen, ansonsten machen Sie sich unglaublich durch Nichtstun. Der Bürger vergisst so etwas nicht. Und wenn Sie uns nicht glauben, glauben Sie wenigstens dem Presseecho. Das war nämlich gewaltig, angefangen mit der "Bild"-Zeitung

(*Dirk Kienscherf SPD*: Ah, die "Bild"-Zeitung!)

und später allen anderen. "Panorama" will jetzt nachziehen, weil dieses Thema die Hamburger bewegt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Erkalp. – Das Wort hat Frau von Enckevort von der SPD-Fraktion.

(*Jörg Hamann CDU*: Warum denn nicht Herr Schreiber?)

Henriette von Enckevort SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir diskutieren heute eine sehr ernste Problematik, die in allererster Linie sachlich geführt werden sollte und geführt werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Das, was eben von Ihnen ausgeführt wurde und in Ihrem Antrag zu lesen ist, ist weit entfernt von Sachlichkeit.

(*Gerhard Lein SPD*: Der kann nicht anders!)

Ihre Sprache ist darauf ausgerichtet, Ihre Vermutungen eskalierend zu formulieren. Sie geben damit dem, was Sie sagen wollen, für mich einen

(Henriette von Enckevort)

sehr schwer hinzunehmenden reißerischen Charakter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie reden davon, dass die Innenstadt von Betteltrupps bevölkert werde, dass die Bulgaren immer aggressiver würden. Hamburger und Touristen würden belagert und bedrängt. Schon der Schreibstil versperrt Ihnen den Weg, einen Sachverhalt sachlich aufzubereiten und ihn zu bewerten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Dennis Thering CDU*: Der Realität in die Augen sehen!)

Sie machen dabei, so scheint es mir, Ihrem Inneren einmal so richtig Luft. Und selbst wenn ich den Filter der Sprachwahl ausschalte und Ihre inhaltlichen Forderungen betrachte, fehlt es Ihnen an Präzision.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von *Dennis Thering CDU*)

So fordern Sie beispielsweise – lassen Sie es mich doch einfach einmal erklären –, dass der Erkenntnisgewinn zügig vorangetrieben werden solle. Sie unterstellen damit indirekt, dass die Polizei nicht ausreichend tätig werden würde.

(*David Erkalp CDU*: Ganz genau!)

Wenn man die von Ihnen gestellten Schriftlichen Kleinen Anfragen dann aber einmal liest, insbesondere die Antworten, wird einem klar, dass das nicht so ist. Es ist nämlich die Beweisbarkeit der organisierten Strukturen, der Hintermänner, die schwer und bislang bisweilen unmöglich ist.

(*David Erkalp CDU*: Wir waren ein Mal auf der Straße und haben es das erste Mal gleich gesehen! – Gegenruf von *Milan Pein SPD* – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es redet nur Frau von Enckevort und sonst niemand. – Fahren Sie bitte fort.

Henriette von Enckevort SPD (fortfahrend): Und daher kann die Arbeit der Polizei und der Ermittlungsbehörden eben nicht die schnelle Lösung produzieren, die Sie gern hätten. Gewinne kann man eben nicht planmäßig vorantreiben, und manchmal muss der Gewinn einer Erkenntnis auch der sein, es mit einer sehr schwierigen rechtlichen Thematik zu tun zu haben.

(*Dr. Bernd Baumann AfD*: Zurücktreten!)

Auch wenn Sie ein entschlossenes Vorgehen gegen mutmaßliche gewerbliche Bettelei sicherstellen wollen, zeugt dieses von einer aus meiner Sicht recht wenig juristisch geprägten Strategie,

(Zuruf von *David Erkalp CDU*)

die vergisst, dass eine Mutmaßung eben kein Beweis ist, auf deren Grundlage keiner in dieser Stadt rechtmäßig handeln kann und handeln wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie kritisieren, dass die Polizei und die Bezirksmitarbeiter Situationen lediglich beobachten und nicht einschreiten, zeugt auch dieses von einer sehr schwer nachvollziehbaren Haltung zu staatlichem Handeln. So ist es geboten, die Schwelle zu einem staatlichen Handeln abzuwarten, bevor eingegriffen werden kann. Betteln ist ein Phänomen, das es schon immer gegeben hat und auch immer geben wird. Gerade in Zeiten größerer Migration ist es unabänderlich, dass neben den in diesem Land dringend benötigten ausgebildeten Fachkräften auch Armutsmigranten nach Hamburg kommen. In einer Großstadt, einer Metropole, werden soziale Probleme sichtbar und derzeit sichtbarer.

(Zurufe von *David Erkalp CDU*)

Man kann sie nicht einfach wegwischen, wie wir uns das in unserer Vorstellung von einer perfekten Welt manchmal bunt ausmalen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Was das ganze Thema so beklemmend macht, ist doch nicht, dass Passanten mit bettelnden Menschen konfrontiert sind. Das, ganz ehrlich, ist für jeden Menschen in unserer Hansestadt zumutbar. Was die Problematik so nachhallend macht, ist doch die vermutete Struktur, die Organisation, die hinter den bettelnden Menschen ihr Unwesen treibt, und dass mit allen Mitteln, die angewendet werden, meist nur die Menschen getroffen werden, zu denen man eigentlich Vertrauen aufbauen müsste, eben die Letzten in einer Kette von unsäglichem Elend.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GRÜNE*)

Das alles haben die handelnden Akteure in dieser Stadt auch erkannt. Polizei, Bezirk, Behörden und soziale Träger bewegen sich in diesem sehr komplexen rechtlichen und sozialen Terrain miteinander voran.

(Zuruf: Also gibt es sie doch!)

Bereits jetzt besteht ein sehr enger Austausch zwischen dem Bezirk und dem City Management der Innenstadt. Gemeinsam mit vielen anderen Akteuren nimmt das Thema beispielsweise der Runde Tisch St. Jacobi auf. In diesem sitzen Kaufleute, Politik, Behördenvertreter, Kirchenvertreter, Handwerks- und Handelskammer, Polizei und auch das City Management. Er tagte beispielsweise am 18. April dieses Jahres, somit vier Tage, bevor das City Management einen Brief an die Innenbehörde schrieb, ohne dass dort eine besondere Zuspitzung der Lage von irgendeiner Seite problemati-

(Henriette von Enckevort)

siert worden wäre. Die Polizei wird entgegen Ihrer Darstellung selbstverständlich bei Gesetzesverstößen tätig, ahndet Ordnungswidrigkeiten, geht auf Hinweis dem Verdacht dieser nach und handelt, wenn es die Gefahrenabwehr erfordert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie geht spezifisch auch dem Verdacht betrügerischen Handelns nach, auch bei den von Ihnen beschriebenen Maschen mit dem Klemmbrett oder dem Rosentrück.

(Zurufe von der CDU: Frau Engler hat sich doch gemeldet! Das war auch in den Medien! Und Sie sagen, Sie arbeiten gut zusammen! – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Erkalp, Sie hatten sehr viel Zeit, Ihr Anliegen vorzutragen, und dabei haben Ihnen alle zugehört. Jetzt sollten Sie zuhören, wenn die Antwort kommt.

(Beifall bei der SPD)

Frau von Enckevort, bitte.

Henriette von Enckevort SPD (fortfahrend): Sie unterstellen auch in diesem Jahr erneut, dass das Betteln zugenommen habe und immer aggressiver werde. Wenn man sich mit den in diesem Bereich agierenden sozialen Akteuren dazu austauscht, sieht man schnell, dass das nicht der Fall ist. Auch die Polizei erkennt keine dramatische Zuspitzung im Vergleich zur Vergangenheit. Wir haben es mit Wellenbewegungen zu tun, und das sollte uns allen bekannt sein. Der Bezirk und die zuständigen Behörden arbeiten Hand in Hand. So wird es weiterhin Schwerpunkteinsätze in der Innenstadt geben, bei denen auch die zuständigen Fachämter des Bezirks und die Polizei gegen aggressives Betteln – und nur diese Form ist gesetzlich nicht gedeckt – vorgehen.

Wie eben schon gesagt ist das Beklemmende an der Situation die Hilflosigkeit derjenigen, die uns dort begegnen. Und auch hier hat Hamburg ein dichtes Netzwerk gewebt, das Hilfe anbietet und auch in den jeweiligen Muttersprachen tätig wird. Betteln ist nicht schön, und zwar, liebe Kolleginnen und Kollegen, in allererster Linie für den Bettelnden selbst. Körperliche Strapazen ausgeklammert, geht Betteln seit Jahrhunderten einher mit der Preisgabe von Würde. Wer bettelt, hat für gewöhnlich kaum noch etwas zu verlieren. Es ist aus meiner Sicht schon beachtlich, dass Sie bei bettelnden Menschen offensichtlich als Erstes an die Vertreibung von Kunden zu denken scheinen. Die Aussagen, die dieser Antrag trifft, werden dem vielschichtigen Thema nicht im Ansatz gerecht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die SPD steht weiterhin für eine sachliche, kontinuierliche und ganzheitliche Herangehensweise, ist sich aber auch den Prämissen der Sach- und Rechtslage bewusst. Daher lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau von Enckevort. – Das Wort hat Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion.

Antje Möller GRÜNE: Man sieht die Freude bei der CDU. – Frau von Enckevort, vielen Dank für diese empathische Rede,

(*Jörg Hamann* CDU: Hätte von den GRÜNEN sein können!)

die der Vorredner überhaupt nicht verdient hat, weil die Art und Weise, mit der er sich des Themas bemächtigt hat, dem Thema nicht annähernd angemessen war.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte ein Beispiel aus der Lyrik des Antrags aufgreifen, Herr Erkalp, auf das Sie leider nicht eingegangen sind. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie an diesem Antrag sehr viel gearbeitet haben, denn die Wortwahl war doch recht identisch. Sie haben interessanterweise den wunderbaren Satz nicht wiederholt, den es in Ihrer Lyrik gibt – ich lese ihn einmal vor –:

"Die überwiegend aus Osteuropa stammenden und zum Teil auffällig jungen Bettel-Trupps bedrängen nicht nur, sie penetrieren."

Das haben Sie hier nicht gesagt. Ich sage es. Ich kann auch ausführlicher darstellen, was diese Wortwahl meint, was der Kontext dieses Begriffes ist.

(*Gerhard Lein* SPD: Das versteht er gar nicht!)

Da ich davon ausgehe, dass Sie gezielt jeden Satz aufgeschrieben haben, gehe ich auch davon aus, dass Ihnen Assoziationen, die damit zusammenhängen, nicht aus Versehen passieren, sondern gezielt erfolgen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Das ist ein derart unanständiger Umgang mit der Situation von Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen Situation oder weil sie von anderen dazu gezwungen werden zu betteln, der einer parlamentarischen Debatte nicht angemessen ist.

Im Übrigen darf ich noch einmal folgenden Hinweis loswerden: Wenn Sie eine Straftat beobachten oder selbst Opfer einer Straftat werden – und das weiß Herr Hamann sicherlich noch viel besser als

(Antje Möller)

ich –, dann bleibt nur eines, nämlich Anzeige erstatten. Nur dann kann nämlich die Polizei auch handeln.

(Dennis Thering CDU: Das kann sie sich so nicht machen? Sie muss doch nur durch die Straße gehen!)

– Das Leben ist einfach, Herr Thering, nicht wahr?

(Dennis Thering CDU: Ist es auch! Es ist sehr einfach!)

Die Unterscheidung zwischen Beschwerde, Belästigung und Straftat sollte auch Ihnen bekannt sein. Aber mein Eindruck ist – und deswegen ist es gut, dass wir diesen Antrag nicht an den Ausschuss überweisen –, dass es Ihnen überhaupt nicht darum geht, eine Situation, die sich in der Innenstadt jeden Sommer in unterschiedlichen Ausprägungen wiederholt, tatsächlich ernsthaft zu betrachten, sondern wahrscheinlich brauchte Herr Erkalp einen Antrag. Sie haben vor einem Jahr denselben Antrag gestellt, ähnlich formuliert. Da haben Sie noch gesagt, Sie wollten den öffentlichen Raum als Allgemeingut schützen. Heute wollen Sie den öffentlichen Raum angeblich für die Kunden der Innenstadt sicherstellen. Ich glaube, Sie haben immer noch nicht verstanden, dass wir in einer Metropole leben, dass die Innenstadt voll ist von Menschen, die sich dort aus unterschiedlichsten Gründen wohlfühlen, unter anderem auch, weil sie dort einkaufen wollen, vor allem aber, weil das Leben in dieser Stadt tobt. Und wenn Straftaten passieren und wenn Dinge die öffentliche Sicherheit gefährden, dann braucht die Polizei keine derart lapidar aufgeschriebenen Punkte 1 bis 8, die Sie in Ihrer Rede selbst als völlig beliebig dargestellt haben; Sie sagten immerhin, es sei Ihnen eigentlich egal, was die Polizei mache. Solche Anträge sind nicht akzeptabel, und schon gar nicht ihre Überweisung an den Ausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Möller. – Das Wort hat Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren! Sehr viel ist gesagt, ich kann es kurz machen. Alle Jahre wieder: Die CDU macht Stimmung gegen Bettler.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Aber wahrscheinlich tue ich Ihnen mit dieser Aussage etwas unrecht. Ihnen geht es nämlich mit Ihrem Antrag nicht vorrangig um Bettler, sondern um Osteuropäer.

(Dennis Thering CDU: Ach!)

Dieser Zungenschlag ist sehr deutlich. Ich bin bereits beim zweiten Satz Ihres Einleitungstextes

hängen geblieben, den Sie in Ihre Schriftliche Kleine Anfrage geschrieben haben. Frau Möller hat ihn schon zitiert, ich zitiere noch einmal:

"Die überwiegend aus Osteuropa stammenden und zum Teil auffällig jungen Bettlertrupps bedrängen nicht nur, sie penetrieren".

Sie penetrieren. Im parlamentarischen Sprachgebrauch fehlen mir die Worte, um auszudrücken, was wir vom Duktus Ihres Antrags halten.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Sie offenbaren, Herr Erkalp, vor allem Ihre eigene problematische Fantasie.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die sprachliche Entgleisung und das Anliegen Ihres Antrags, das Bild ...

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wersich?

Christiane Schneider DIE LINKE: Ja.

Zwischenfrage von Dietrich Wersich CDU: Finden Sie es angemessen, Herrn Erkalp mit Ihren Gedanken, die Sie assoziieren, wenn Sie diese Texte lesen, zu konfrontieren? Ich finde, ehrlich gesagt, dass Herr Erkalp nun eine der gemäßigsten Reden hier gehalten hat.

(Heiterkeit bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Ich würde Sie einfach bitten, zu den Inhalten des Antrags in Ihrer Rede Stellung zu nehmen und nicht zu Ihrer Fantasie.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Christiane Schneider DIE LINKE (fortfahrend): Herr Wersich, ich glaube, Form und Inhalt stimmen hier ziemlich überein. Ich habe extra nachgesehen, was man unter Penetrieren versteht. Es gibt im Wesentlichen zwei Bedeutungen: Die eine ist eindeutig, die haben Sie eben auch alle assoziiert, und die zweite bezieht sich aufs Militärische. Deshalb spreche ich weiterhin von einer sprachlichen Entgleisung.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Diese Entgleisung und das Anliegen Ihres Antrags, das Bild, das Sie von angeblich gewerbsmäßig organisierten osteuropäischen Bettlertrupps und ihren Hintermännern zeichnen, entspringt im Wesentlichen einem Klischee und verbreitet Klischees und Ressentiments. Es ist schon einiges über die

(Christiane Schneider)

Situation gesagt worden. Es ist eine Tatsache: Wir haben Europa. Wir haben nicht nur die Freiheit von Kapital und Waren, wir haben auch die Freizügigkeit für Menschen, und wir wissen, dass es in osteuropäischen Ländern Menschen gibt, die weit, weit, weit unter dem Existenzminimum leben. Wir erleben es immer wieder, dass gerade in Sommerzeiten Menschen vielfach im Familienverbund hierherkommen. Ich behaupte, und zwar gestützt auf eine Studie der Universität Wien, dass ein nicht unerheblicher Teil dessen, was über gewerbsmäßig organisiertes Betteln, über Bettlermafia, über Hintermänner und so weiter seit Jahren in Umlauf gebracht wird, eben nicht auf Tatsachen beruht. Ich sage "nicht vollständig"; ich weiß, dass es das Problem gibt. Ich fand Ihre Rede ebenfalls gut, Frau von Enckevort, das kann ich unterstützen. Trotzdem sage ich: Vieles ist ausgedacht, in der Absicht, die Bereitschaft der Gebenden zu dämpfen, das Leben der in Europa am meisten Ausgegrenzten zu erschweren und ihnen einen Aufenthalt in Deutschland oder anderen europäischen Ländern als so wenig wie möglich attraktiv erscheinen zu lassen.

Die Antwort des Senats auf die vorangegangene Schriftliche Kleine Anfrage, auf die sich Ihr Antrag stützt, gibt für Ihre Aufregung dann auch nicht viel her. In Bezug auf Bettelbanden lagen dem Senat derzeit, also Anfang April, keine Hinweise vor. Erkenntnisse über die von Ihnen behaupteten Hintermänner von Bettelbanden lagen den zuständigen Behörden ebenfalls nicht vor. Bis Anfang April gab es vier Beschwerden, die Betteln betrafen, wobei die Polizei bei der Bearbeitung von Beschwerdeverfahren eben nicht zwischen gewerbsmäßig und nicht gewerbsmäßig organisiertem Betteln unterscheidet. Natürlich sind wir dafür, um das ganz klar zu sagen, dass sich alle Menschen im öffentlichen Raum, auch Bettler, an Regeln halten.

(Dennis Thering CDU: Ach!)

Passantinnen und Passanten dürfen nicht genötigt und bepöbelt werden.

(Dennis Thering CDU: Gut erkannt!)

Da ich mich aber oft auf der von Ihnen geschilderten Strecke zwischen dem Mönckebergbrunnen und dem Rathausmarkt aufhalte, kann ich aus eigener Erfahrung sagen: Ja, es gibt Bettler. Ja, ihre Zahl nimmt jahresbedingt zu. Ja, es gibt auch öfter aufdringliches Betteln, aber es gibt kein Problem, dem auszuweichen. Ich habe noch nie ein Problem gehabt, aufdringlichen Bettlern auszuweichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das von Ihnen geschilderte und als penetrierend gekennzeichnete Verhalten habe ich nicht ein einziges Mal erlebt.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Schade eigentlich!)

Und ich kann auch nicht bestätigen, dass sich die Innenstadt leert und Kundinnen und Kunden wegbleiben, im Gegenteil.

Ich will es kurz machen. Wir lehnen den Antrag und ebenso eine Überweisung ab. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Das Wort hat Herr Jarchow von der FDP-Fraktion.

Carl-Edgar Jarchow FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin etwas erstaunt über die Aufregung und die Aggressivität dieser Debatte. Mir liegt es fern, Zensuren an die Vorredner zu verteilen; das finde ich nicht angemessen. Ich finde aber auch, dass man mit Herrn Erkalp nicht besonders fair umgegangen ist.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Es geht mir dabei gar nicht um die Wortwahl in dem Antrag, die auch mir vielleicht nicht so liegt, sondern darum, dass wir ein allgemeines Problem in Hamburg haben. Wir reden, und das möchte ich betonen, über gewerbsmäßige Bettelei.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD)

Das mag dem Senat noch nicht so aufgefallen sein; wenn man durch die Stadt geht, fällt es schon auf, jedes Jahr wieder, insbesondere im Sommer. Wir bekommen auch vermehrt Zuschriften von Leuten, die sich darüber bei uns beklagen und meinen, wir sollten uns mit dem Problem befassen. Was mir bei allem Verständnis ein bisschen zu kurz kommt: Man redet gar nicht darüber, wie es eigentlich denen geht, die hier gewerbsmäßig als Bettler von irgendwelchen Organisationen eingesetzt werden. Ist das eigentlich der normale Umgang mit Arbeitnehmern, wie wir ihn uns vorstellen? Ich glaube nicht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD)

Auch wir haben an dem Antrag durchaus etwas auszusetzen. Wir finden nämlich, dass der Antrag den Eindruck erweckt, dass es hinsichtlich von Bettelei im öffentlichen Raum eine umfassende rechtliche Handhabe gebe, die die Behörden nur nutzen müssten, dann sei alles geregelt. Der Antrag birgt deshalb die Gefahr, bei der Bevölkerung eine Erwartungshaltung zu erzeugen. Dieser Erwartung werden die Mitarbeiter der Bezirksverwaltung aufgrund sehr begrenzter rechtlicher Handhabe genauso wenig gerecht werden können wie die Polizeibeamten.

Das darf natürlich nicht heißen, dass wir die teilweise unhaltbaren Zustände im öffentlichen Raum

(Carl-Edgar Jarchow)

in Hamburg und besonders im Bereich der City so hinnehmen sollten. Der Antrag setzt in seinem Petitionum zwar den falschen Schwerpunkt, wie wir meinen, im wenig zielführenden Bereich von Polizei und einfachem Ordnungsrecht, aber offenbar hat die CDU diesen Fehler wenigstens im Nachhinein erkannt und richtigerweise eine Überweisung an den Wirtschaftsausschuss beantragt. Es geht um organisiertes, gewerbsmäßiges Betteln, Frau Schneider und Frau Möller. Ich glaube nicht, dass es den Leuten, die für diese kriminellen Banden arbeiten, besonders gut geht, und ich glaube, sie hätten eigentlich auch gern unseren Schutz. Für uns Freie Demokraten gilt nämlich: Gleiches Recht für alle. Das heißt für diese Angelegenheit: Gewerbeordnungsrechtliche Regelungen gelten genauso wie alle anderen geltenden Arbeits- und Sozialrechte. Im Wirtschaftsausschuss könnte der Senat dazu ausführen, wie es um die Erteilung und Kontrolle von Sondernutzungsgenehmigungen für Gewerbe auf öffentlichen Flächen, vor allem die Zahlung von damit verbundenen Gebühren denn so steht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Im Wirtschaftsausschuss könnte der Senat ausführen, wie es mit den Gewerbeerlaubnissen der offensichtlich auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt täglich tätigen Bettlerunternehmer und mit den Prüfungen zu deren Zuverlässigkeit – und damit auch von erfolgten Widerrufen von Gewerbescheinen wegen zu vermutender Unzuverlässigkeit – denn so aussieht, und auch darüber, wie wirksam gegen Tätigkeit ohne Erlaubnis vorgegangen wurde. Es ist daher doch sehr befremdlich, dass die rot-grüne Mehrheit diese Überweisung an den Wirtschaftsausschuss verweigern will. Dieses Verhalten passt unserer Meinung nach auch nicht zu der Grundhaltung der SPD in Sachen Arbeitsrecht. Es gibt schließlich viele Anzeichen dafür, dass die Mehrheit der auf Hamburger Grund offensichtlich gewerbsmäßig tätigen Bettler scheinbar selbstständig oder sogar abhängig beschäftigt ist. Erhalten sie den gesetzlichen Mindestlohn, kommen die hinter diesen Bettlern stehenden Unternehmer ihrer Dokumentationspflicht nach? Wohl kaum.

Da die dringend gebotene Überweisung leider abgelehnt wird, bleibt uns hier und heute nichts anderes übrig, als dem Antrag der CDU mit all seinen Mängeln zuzustimmen. Das Überweisungsbegehren der AfD müssen wir hingegen ablehnen, es wäre einfach nicht zielführend, einen Antrag zu einem originär wirtschaftspolitischen Thema im Innenausschuss zu behandeln. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Herr Nockemann von der AfD-Fraktion bekommt das Wort.

Dirk Nockemann AfD:* Verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau von Enckevort, Ihre Kritik am Antrag der CDU ist schlichtweg abstrus. In einem gebe ich Ihnen allerdings recht: Die Diktion und die Formulierungen in den CDU-Anträgen erinnern mich zunehmend an meine eigenen Anträge,

(Heiterkeit)

aber das muss ja nicht schlecht sein. Das ist Ihr Lernerfolg, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU.

Frau von Enckevort, wenn Sie den Inhalt dieses CDU-Antrags als inhuman und unmenschlich bezeichnen, dann möchte ich Sie einmal an den alten SPD-Innensenator Wrocklage erinnern, der 1996 ein wunderbares Papier, das sogenannte Bettler-Papier, vorgelegt hat. Dort ging es nicht nur um das aggressive Betteln oder um diese osteuropäischen oder südosteuropäischen Bettelbanden, sondern – und jetzt zitiere ich – um

"Trinker und Randständige",

die Ihr Senator von der SPD aus der Innenstadt vertreiben wollte. Was für eine inhumane Diktion.

Organisierte und gewerbsmäßig arbeitende Betteltrupps erzürnen die Bürger, belästigen die Bürger, behindern die Gewerbetreibenden. Ich habe kürzlich erlebt, wie auf der Brücke vor dem Rathaus jemand vom städtischen Ordnungsamt oder Ordnungsdienst zwei adrett gekleidete junge Männer im Alter zwischen 17 und 18 Jahren, die dort ein Flötenspiel aufgeführt haben und ihren Becher neben sich gestellt hatten, vertrieben hat, nach dem Motto: Ihr habt hier nichts zu suchen. Daneben stand ein, in meinen Augen, Rumäne, ein Bettler. Er hatte sich einen Stab über die Schulter gelegt, an dem vorn ein Pappbecher hing. Glauben Sie im Ernst, dass er angesprochen worden ist, er möge sich bitte woanders hinbegeben? Nein. Da sehen Sie, unsere Staatsgewalt geht auch hier den Weg des absolut geringsten Widerstands. Die beiden Jungen haben sich vertreiben lassen, der Bettler nicht. So ist das in Hamburg im Jahre 2016.

Bereits im Jahre 2002 – und das jetzt an die Adresse von Herrn Jarchow gerichtet, der gerade etwas zur Rechtsgrundlage gesagt hat – gab es in Hamburg einen Innensenator, der eine Rechtsgrundlage gefunden hatte. Man kann nämlich durchaus derartige Straßen und Wege an Gewerbetreibende verpachten, man kann sie ihnen an die Hand geben, und dann gilt dort Hausrecht. In der Tat, das war der ehemalige Innensenator Schill.

(Heiterkeit bei *Dirk Kienscherf* SPD)

– Was haben Sie denn gegen Schill? 19,4 Prozent. Er ist doch nur gewählt worden, weil Sie damals die innere Sicherheit an die Wand gefahren haben.

(Dirk Nockemann)

(Beifall bei der AfD)

Noch einmal: Es gibt Rechtsgrundlagen, die haben Sie nicht nur im allgemeinen Wegegesetz, sondern Sie können Rechtsgrundlagen dafür konstruieren, wenn Sie es denn nur wollen. Aber die CDU hat uns damals nicht unterstützt. Das ist das ewige Thema bei der CDU, da werden wir immer wieder die Finger in die Wunde legen: Ist man in der Regierung, macht man es nicht, ist man in der Opposition, dann fordert man es. Das ist bei den Polizeistellen das Gleiche, das ist bei den Bettlern das Gleiche, und das ist auch bei Slime das Gleiche. Sind Sie in der Regierung, dann dulden Sie das alles, nehmen Sie das hin, sind Sie in der Opposition, machen Sie eine ganz laute Nummer.

(Dennis Gladiator CDU: Wir mussten Sie auch ertragen!)

München macht doch vor, wie es heute geht. Dort gibt es bestimmte Straßen und Plätze, auf denen man seit 2014 ein Bettelverbot durchgesetzt hat. Ich fordere diesen Senat auf, es der Stadt München gleichzutun und die Stadt sauber zu halten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – *Ksenija Bekeris SPD: Wie bitte?*)

Präsidentin Carola Veit: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer möchte die Drucksache 21/4244 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen? – Wer möchte das nicht? – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wer wünscht eine Überweisung an den Innenausschuss? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer möchte dem Antrag der CDU-Fraktion folgen? – Wer lehnt ihn ab? – Enthaltungen? – Dann hat der Antrag keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Punkt 23 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/4170, Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kapazitätsrechtlicher Regelungen.

**[Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung über die Drucksache 21/2519:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kapazitätsrechtlicher Regelungen (Senatsantrag)
– Drs 21/4170 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Frau Dr. Timm von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben es.

Dr. Carola Timm GRÜNE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der neue Gesetzentwurf zum Kapazitätsrecht ist eine überzeugende und ausgewogene Reaktion auf einen umfangreichen Beteiligungsprozess und auf Schwierigkeiten, die es in der Vergangenheit mit dem Kapazitätsrecht gegeben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

So gibt es einen gelungenen Ausgleich zwischen Hochschulautonomie und Rechtssicherheit. Auch die nötige Flexibilität bei gleichzeitiger Steuerung gewährleistet das Gesetz. Im Binnenverhältnis zwischen der Behörde und den Hochschulen bleiben die Kapazitätsvereinbarungen als Hauptsteuerungsinstrument erhalten. Die Curricularwerte zur Berechnung des Lehrbedarfs und die Zulassungshöchstzahlen werden von den Hochschulen durch Satzung festgelegt. Die Curricularwerte müssen sich innerhalb der durch die Kapazitätsvereinbarung festgelegten Bandbreiten bewegen. Das entspricht im Wesentlichen dem Bandbreitenmodell, das sich in acht Bundesländern bewährt hat, weil es rechtssicher ist, die notwendige Flexibilität gewährleistet und die Hochschulen, die ihre Kapazitäten am besten beurteilen können, angemessen beteiligt.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Im Außenverhältnis zu den Studienplatzbewerberinnen und -bewerbern gilt nach diesem Modell wieder die Kapazitätsverordnung. Danach werden die Zulassungshöchstzahlen berechnet. Auf dieser Grundlage kann dann wieder gerichtlich überprüft werden, ob die Kapazitäten voll ausgeschöpft sind. Das schafft die nötige Rechtssicherheit, wobei man sagen muss, dass absolute Rechtssicherheit nie garantiert ist, weil gerichtliche Entscheidungen im konkreten Einzelfall nie hundertprozentig vorhersehbar sein können. Alles andere wäre nicht vereinbar mit der richterlichen Unabhängigkeit, die ein wesentliches hohes Gut in unserem Rechtsstaat ist. Man kann aber die vorhandene Rechtsprechung analysieren, auf daraus resultierende Bedenken reagieren und so eine gute Prognose für einen Gesetzentwurf schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das ist geschehen, und allein deshalb sind wir mit diesem Gesetzentwurf auf einem guten Wege und können ihn jetzt verabschieden. Vor allem ist es nicht notwendig, das Interimgesetz zu verlängern und das Kapazitätsrecht noch weiter zu diskutieren. Wir haben diese komplexe Materie sehr ausführlich und intensiv im Wissenschaftsausschuss

(Dr. Carola Timm)

erörtert. Es hat dazu eine Expertenanhörung und eine öffentliche Anhörung gegeben. Natürlich gab es auch Kritik an dem Gesetzentwurf, mit der wir uns intensiv auseinandergesetzt haben. Dabei sind wir unter anderem zu dem Ergebnis gekommen, dass die natürlich auch sehr wichtige Hochschulfinanzierungsdebatte von der Debatte um das Kapazitätsrecht zu trennen ist. Zwar ist es so – da hat DIE LINKE recht –, dass man keine Kapazitätsberechnung mehr braucht, wenn man die Hochschulen so ausstattet, dass alle studieren können. Das ist aber nicht machbar. Vor allem aber haben derartige Fragen der Hochschulfinanzierung und -ausstattung nichts zu tun mit der formalen Berechnung der vorhandenen Kapazitäten, denn damit werden nur die anderweitig getroffenen Entscheidungen umgesetzt.

Insgesamt hat es zu diesem Gesetzentwurf einen langen und intensiven Diskussionsprozess mit vielen Beteiligten gegeben, unter anderem mit Rechtsexperten, Hochschulvertreterinnen und -vertretern und Studierenden. Die Anregungen aus diesen Debatten haben wir Regierungsfractionen und auch die Behörde sehr ernst genommen. Wir haben das geprüft und zum Teil in Änderungsanträge umgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

So haben wir beispielsweise den Vorschlag aufgenommen, im Wesentlichen nur regulär vergütete Lehrveranstaltungen bei der Kapazitätsberechnung zu berücksichtigen. Diese und andere Änderungen hat der Wissenschaftsausschuss in seiner Sitzung am 19. April 2016 beschlossen, wodurch der Gesetzentwurf seinen notwendigen Feinschliff bekommen hat. Unabhängig vom Inhalt des Gesetzentwurfs hat sich in der öffentlichen Anhörung gezeigt, dass die Universitäten mit dem Beteiligungsprozess seitens der Behörde und seitens des Parlaments zufrieden waren. Das war einhellige Meinung bei den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern der Hochschulen.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Was? Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Auch zeitweilige Differenzen mit dem Unipräsidenten konnten schnell geklärt und ausgeräumt werden. Der vorliegende Gesetzentwurf ist also nicht nur inhaltlich in sich stimmig und das Ergebnis eines umfangreichen Beteiligungsprozesses. Er wird auch von den Hochschulen akzeptiert und ist im Detail noch nachgebessert worden als Reaktion auf die Anregungen aus der Expertenanhörung und der öffentlichen Anhörung. Deshalb sollte das Gesetz jetzt auch verabschiedet werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Tode von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Nu aber ran, Herr Dr. Tode!)

Dr. Sven Tode SPD:* Meine Damen und Herren! Wieder Kapazitätsgesetz. Wir haben in unserer ersten Sitzung im Wissenschaftsausschuss dieses Kapazitätsgesetz beraten. Wir haben am 6. Mai 2015 eine ausführliche Debatte in der Bürgerschaft gehabt. Der Senat hat im Juli 2015 einen ausführlichen Beteiligungsprozess angestrebt und auch umgesetzt mit mehreren Sitzungen aller Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten der Universitäten, die in diese Beratungen frühzeitig einbezogen worden sind. Wir haben Beratungen im Ausschuss geführt, wir haben Expertenanhörungen gehabt, wir haben eine öffentliche Anhörung gehabt, wir haben insgesamt Änderungsvorschläge vorgebracht, wie Frau Timm bereits erwähnt hat, und diese auch beschlossen. Und heute haben wir eine weitere Debatte.

Sie werden gleich von den Oppositionsparteien hören, das sei Schweinsgalopp. Sich über ein Jahr zu beraten ist kein Schweinsgalopp, sondern eine sehr öffentliche und sehr vernünftige Debatte. Sie werden auch gleich hören, dass alle Hochschulen diesem Kompromiss zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist natürlich für diese Opposition sehr schwierig, wenn sie eigentlich nichts mehr zu kritisieren hat, denn alle Universitäten haben zugestimmt. Ich würde Ihnen das gern einfach einmal vorlesen aus dem Wortprotokoll der öffentlichen Anhörung vom 8. April 2016, Nummer 21/8. So erklärte die Vizepräsidentin Frau Rupp – ich zitiere aus dem Wortprotokoll –:

"Vielleicht ganz kurz meine Bewertung, das ist jetzt meine Sicht dieser Zusammenarbeit. Ich habe sie als sehr konstruktiv wahrgenommen, [und] ich weiß, dass unsere Kollegen mit Anregungen reingegangen sind in diese Beratungen, und den Wünschen nach Veränderung wurde auch, soweit ich das jetzt beurteilen kann, entsprochen. Das habe ich sehr begrüßt [und] als eine sehr konstruktive, vertrauensvolle Zusammenarbeit [wahrgenommen]."

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hört, hört!)

Besser kann man es eigentlich nicht sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Dr. Bessenrodt-Weberpals als Vertreterin der HAW hat dazu gesagt:

"Wir sind nicht nur, wie Frau Rupp schon schilderte, in der Runde der Vizepräsidenten Studium und Lehre informiert worden, son-

(Dr. Sven Tode)

dem wir hatten eben [auch] vor allem die Möglichkeit, unsere Expertise auf Arbeitsebene einzubringen über den ganzen Sommer hinweg. [...] Das heißt, was die Beteiligung der Hochschulen angeht, kann ich mich nur der Einschätzung anschließen, die Frau Rupp schon geäußert hat, dass wir wirklich sehr umfangreich beteiligt wurden und auch in einem frühen Stadium und dadurch die Möglichkeit hatten, viele Aspekte zum Tragen zu bringen."

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Dr. Tode, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Heyenn?

Dr. Sven Tode SPD:* Aber natürlich, wir wollen ihr ja parlamentarisch eine Chance geben, etwas zu sagen.

(Beifall bei der SPD und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein* FDP)

Zwischenfrage von Dora Heyenn fraktionslos:* Herr Dr. Tode, sind Sie der Auffassung, dass der Vorsitzende des Personalrats der Universität und der AStA auch zur Universität gehören?

Dr. Sven Tode SPD (fortfahrend):* Ich bin absolut der Meinung, dass sie dazugehören. Deswegen wurden sie auch in der öffentlichen Anhörung gehört, wie hier bekannt ist.

(Dora Heyenn [fraktionslos]: Sie hören ihnen aber nicht zu!)

– Das ist nicht wahr. Sie haben sozusagen eine Stellungnahme abgegeben, die sehr differenziert war.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Die können das wenigstens im Gegensatz zur Opposition! – Zurufe)

Darf ich vielleicht zu dem dritten Zitat kommen, dem des Kanzlers der TU Harburg? Das wird vielleicht auch noch einmal interessant sein für Sie, Frau Heyenn, weil Sie die Diskussion immer so führen, dass nur Universitätspräsidenten beteiligt waren. Vielleicht hören Sie sich noch einmal das an, was der Kanzler der TU Harburg, Herr Scheu-
nert, gesagt hat:

"Nach jeder Sitzung, die diese Arbeitsgruppe hatte, wurde das in das Haus zurückgekoppelt, es wurde mit allen Menschen, die nun in der Behörde an den Gesprächen nicht teilnehmen konnten, weil sie keine Zeit hatten oder weil dann der Kreis zu groß geworden wäre, rückgekoppelt, und wir konnten eigentlich von Schritt zu Schritt im Rahmen dieses Beratungsprozesses der Behör-

de immer nur sagen, das ist in Ordnung und das ist ordentlich gelaufen und wir sind damit sehr zufrieden [...]"

Sie sehen, klarer kann die Stellungnahme einer Universitätsleitung nicht sein. Man unterstützt den Gesetzentwurf, und ich würde Sie auffordern, das auch zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es noch eine ganz besondere Geschichte, die wir heute in der Zeitung konnten. Es gab eine – wie sagte das "Hamburger Abendblatt"? – ungewöhnliche Allianz, denn der Vertreter der FDP, Herr Dr. Schinnenburg, Herr Ovens von der CDU und – man höre und staune – Frau Heyenn, fraktionslose Abgeordnete, aber gewählt auf dem Ticket der LINKEN, schreiben zusammen an den Präsidenten der Universität einen Brief und fragen: Lieber Präsident, wie meinen Sie denn eigentlich Ihre Äußerung? Gut, von dem einen oder anderen hätte man vielleicht erwartet, dass er weiß, welche Funktion der Präsident im Akademischen Senat wahrnimmt und dass er kein Stimmrecht hat. Aber das mussten sich diese drei Personen erst noch einmal vom Präsidenten erklären lassen. Der Präsident beschwert sich, so heute die Überschrift im "Hamburger Abendblatt", über Meinungsmache dieser Oppositionspolitiker,

(*Dennis Gladiator* CDU: Der Zeitung! Erzählen Sie doch keinen Unsinn!)

und er möchte keinesfalls vor ihren Karren gespannt werden. Insofern sehen Sie natürlich auch hier, dass es schwierig ist, wenn man versucht, einen Präsidenten vor den Karren zu spannen für etwas, das er eigentlich gut findet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sehr interessant ist, dass der Präsident äußert, er habe ein besonders gutes Verhältnis zu der Senatorin.

(*Dennis Gladiator* CDU: Das hat er uns auch gesagt!)

Aber trotzdem wird dies immer wieder, auch jetzt wieder vom Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU, angezweifelt.

(*Dennis Gladiator* CDU: Ja!)

– Herr Gladiator, was würden Sie sagen, wenn ich davon spreche, welches Verhältnis Sie zu Ihren Kollegen haben? Das wissen Sie doch am besten.

(*Dennis Gladiator* CDU: Super!)

– Genau, das wissen Sie am besten.

Deswegen glaube ich auch, dass der Präsident der Universität am besten weiß, welches Verhältnis er zur Senatorin hat. Und egal wie oft Sie sagen, dass es schlecht ist, der Präsident sagt immer wie-

(Dr. Sven Tode)

der, er habe ein sehr gutes Verhältnis. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
Jörg Hamann CDU: Das hat nichts mit dem Thema zu tun!)

Meine Damen und Herren! Wir haben ein sehr gutes Gesetz, das die Universitäten brauchen für ihre Sicherheit, weiter gut mit qualitätvoller Lehre arbeiten zu können, und ich würde mich freuen, wenn Sie diesem zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Ovens von der CDU-Fraktion bekommt das Wort für maximal drei Minuten.

Carsten Ovens CDU:* Frau Präsidentin! Eigentlich kann man das, wenn ich einfach etwas schneller spreche, auch in unter drei Minuten schaffen, aber ich will hier zu später Stunde die Kollegen nicht verwirren.

(*Ksenija Bekeris SPD*: Aber Sie können ja auch schnell viel Unsinn reden, das haben wir schon erfahren!)

Herr Dr. Tode, es ist schon faszinierend, wie Sie in die Diskussion Ihres eigenen Antrags gestartet sind, nämlich mit einer ganzen Batterie von Rechtfertigungen, warum dieser Antrag richtig sei und warum das, was die Opposition nach Ihrer Meinung gleich sagen werde, alles falsch sei. So habe ich es tatsächlich in dieser Legislaturperiode noch nicht erlebt, dass Rot-Grün die eigenen Anträge schon verteidigen muss, bevor sie hier überhaupt von der Opposition auch nur angezweifelt werden. Das ist schon ein interessantes Vorgehen.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Aber es zeigt auch, Herr Dr. Tode, wie groß bei Ihnen die Sorge ist, dass Ihre Senatorin aus dieser Diskussion nicht ganz unbeschädigt herausgeht. Denn wenn wir uns das einmal anschauen, ohne jetzt so sehr ins Detail zu gehen wie Sie, dann ist es tatsächlich das erste eigene Projekt des neuen Senats in der Wissenschaftspolitik, es ist das erste Projekt aus der Behörde der Senatorin. Auch wenn Sie gerade genervt mit den Augen zum Himmel rollen, lässt es sich nun einmal nicht anders sagen: Das Ergebnis ist in den letzten Wochen ein kommunikatives Chaos in den Hamburger Medien und an den Hamburger Hochschulen gewesen, Frau Senatorin.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Erst auf den Druck, Herr Dr. Tode, des Akademischen Senats – ob da Präsident Lenzen stimmberichtig ist oder nicht, ist dabei unerheblich – kam es überhaupt zu einer erneuten öffentlichen Anhörung, und auch dort haben wir von vielen Stimmen

reichlich Protest gehört. Den Verband der Hochschullehrer beispielsweise, der durchaus nicht irgendein Verband ist, haben Sie eben geflissentlich unter den Tisch fallen lassen. Er hat ganz klar gesagt, dass dieser Gesetzentwurf in der vorliegenden Version – auch in der abgeänderten – nicht gut ist. Und es gab viele weitere Stimmen.

Man muss natürlich der Senatorin auch einmal Respekt zollen. Sie hat tatsächlich – zumindest war das meine Wahrnehmung, Frau Senatorin Fegebank – in einer Sache wirklich gegläntzt, nämlich als es darum ging, die Fragen des AStA der Universität Hamburg, zumindest dem Anschein nach, nach besten Kräften zu beantworten. Da kann man Ihnen durchaus Respekt zollen.

Dennoch ist dieses Kapazitätsgesetz natürlich, was eben auch schon von den Kollegen von Rot-Grün aufgegriffen wurde, eng verknüpft mit der Frage der Finanzierung. Und Ihre Hochschulfinanzierung in Hamburg ist und bleibt desolat, Herr Dr. Tode, auch wenn Sie oder Frau Timmermann noch einmal sagen, das habe alles nichts miteinander zu tun. Wenn Sie den Hochschulen nicht ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, werden Sie auch keine qualitativ vernünftigen Studienbedingungen vorfinden; das ist Fakt.

(Beifall bei der CDU)

Es hätte also durchaus eine bessere Lösung geben können. Jetzt haben wir Ihren Schnellschuss. Ja, er wurde ein Jahr diskutiert, zumindest ein Jahr ungefähr von dem Startpunkt der Diskussion im Wissenschaftsausschuss bis zur heutigen Debatte. Wie viele Diskussionsrunden es tatsächlich gegeben hat und ob alle Gremien wirklich so beteiligt worden sind, wie Sie es hier gern suggerieren oder die Behörde es suggeriert, oder ob einfach nur die Präsidien an der einen oder anderen Stelle – vielleicht auch durch einen netten Wink mit dem Zaunpfahl hinsichtlich der anstehenden Haushaltsberatungen – bei dieser Debatte gesagt haben, dann stimme man dem Ganzen halt einmal zu, man wolle es sich auch nicht mit der Senatorin verscherzen, das wird sich an dieser Stelle zu so später Stunde leider nicht mehr klären lassen.

Herr Dr. Tode, noch eines: Für mich heiligt niemals der Zweck die Mittel, aber wenn es der Sache dient, ein bisschen Transparenz in die Angelegenheit zu bringen, dann kann man durchaus auch einmal neue Allianzen eingehen und kreativ um die Ecke denken. Das würde Ihnen an der einen oder anderen Stelle auch nicht schaden. Dann hätten wir heute diese Diskussion nicht, aber einen deutlich besseren Gesetzentwurf. Wir als CDU-Fraktion werden ihn ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE bekommt das Wort für maximal fünf Minuten.

Martin Dolzer DIE LINKE:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Hamburgerinnen und Hamburger! Mehrfach haben DIE LINKE und auch die FDP darauf hingewiesen, dass das nun zur Abstimmung stehende Gesetz zur Regelung des Kapazitätsrechts nicht ausgereift ist und auch Gefahr läuft, erneut von den Gerichten als verfassungswidrig gekippt zu werden. Mehrfach wurde vorgeschlagen und auch gefordert, die geltende Interimsregelung um zwei Semester zu verlängern, um genau das zu heilen. Das haben Sie ausgeschlagen, und da hilft es auch nicht, wenn Sie schon im Vorhinein auf die Opposition eindreschen, Herr Tode.

Ich finde es wenig verständlich, dass dieses Gesetz nun so schnell umgesetzt wird, insbesondere wenn man sich einmal anschaut, welche inhaltliche Kritik es gab. Und es gab viel inhaltliche Kritik. Herr Tode, mich wundert, dass Sie lediglich die Präsidien und den Kanzler der Hochschulen zitieren, aber alle anderen Gremien und die Studierenden nicht. Da mangelt es meines Erachtens doch ein bisschen an Respekt vor den Hochschulen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zur inhaltlichen Kritik. Mit dem neuen Gesetz wird zum Beispiel hauptsächlich die Rechtssicherheit der Hochschulen gegen die Studienplatzbewerberinnen und -bewerber und sogenannte Einklagende, nicht jedoch das Recht auf Bildung der Einklagenden gestärkt. Die Umsetzung des Entwurfs wird zwar als Förderung der Autonomie präsentiert, die Verantwortung für unzureichende Grundfinanzierung und die daraus folgende Mangelverwaltung wird jedoch auf die Hochschulen abgewälzt. Der Akademische Senat der Hamburger Universität hat dazu in der Stellungnahme vom 17. März 2016 gesagt, es würden mehr Studierende vorgegeben, als die reale Aufnahmekapazität erlaube. Hier bleibt den Hochschulen kein Handlungsspielraum, außer Curricularnormwerte am unteren Rand der Bandbreite zu wählen und damit über eine Qualitätsverschlechterung die vom Senat geforderte Studienplatzzahl mit den vorgegebenen knappen Mitteln bereitzustellen. Und genau da ist die Verknüpfung, Frau Timm, von der Unterfinanzierung und dem Gesetz, das Sie so verteidigt haben. Das ist wirklich ein reales Problem. Die Verantwortung wird auf die Hochschulen abgewälzt in Verbindung mit dem Bandbreitenmodell, das Sie hier neu eingeführt haben, und das ist nicht gut und auch nicht lauter.

(Beifall bei der LINKEN)

Was daraus folgt, haben wir in jüngster Zeit gesehen. Nehmen wir die Holzwirtschaft, die Berufs-

schullehrerinnen und Berufsschullehrer, das Gesundheitswesen oder die Sonderschulpädagogik, allesamt waren oder sind von der Abwicklung bedroht. Genau zu solchen Szenarien trägt dieses Gesetz bei. Es ist nicht der Ursprung davon, aber es trägt dazu bei, und das finden wir nicht richtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Neben der Schaffung vernünftiger Bedingungen für Lehrpersonal, Verwaltung, Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler und Studienplatzbewerberinnen und -bewerber wären auch eine Debatte, zum Beispiel zur Abschaffung des Numerus clausus, sowie eben ein Nachdenken über Möglichkeiten zur Ausfinanzierung der Hochschulen und alternative, insbesondere in Bezug auf das Gesetz alternative Konzepte zur Bandbreitenregelung denkbar und begrüßenswert gewesen, gerade hinsichtlich der Kritik des Akademischen Senats, die ich hier eben zitiert habe.

Das sind nur einige der Kritikpunkte. Ich habe hier nur fünf Minuten Zeit, deshalb kann ich nicht alles aufzählen.

(*Ksenija Bekeris SPD:* Das reicht aber auch!)

Es gab unzählige weitere Kritikpunkte und ich verstehe einfach nicht, warum Sie nicht gesagt haben: Wir verlängern das um zwei Semester, wir führen wirklich eine gute Diskussion und überlegen uns, wie wir die Hochschulen ausfinanzieren und das in Einklang bringen mit einem Kapazitätsrecht, das allen Mitgliedern der Hochschule und nicht nur den Präsidien gerecht wird. Ich kann das nicht nachvollziehen, und da müssen Sie einfach umdenken.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagen immer, wir kritisierten insgesamt viel und machten keine Vorschläge. Wir machen aber Vorschläge. Natürlich wäre es möglich, die Hochschulen auszufinanzieren. Sie kennen unsere Vorschläge eigentlich, aber ich wiederhole sie noch einmal. Die Vermögenssteuer könnten wir hier ohne Weiteres einfordern und auch umsetzen. Wir können auch ohne Weiteres die Schuldenbremse kippen. Also sagen Sie nicht, es wäre nicht möglich. Es wäre möglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann könnten wir ein vernünftiges Kapazitätsrecht ermöglichen, das allen der Verfassung gemäß die Möglichkeit gibt, Bildung wahrzunehmen, und das auch da, wo sie wollen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Gesetzent-

(Dr. Wieland Schinnenburg)

wurf, der Ihnen hier vorliegt, ist ein schlechter Gesetzentwurf und deshalb werden wir ihn ablehnen, und zwar in erster und zweiter Lesung.

(Beifall bei der FDP und bei *Dennis Gladia-tor CDU*)

Senatorin Fegebank und die rot-grüne Koalition machen sich hier große Probleme, die gar nicht nötig gewesen wären. Es gab vor zwei Jahren den Konsens, wir wollen nicht mehr die KapVO, wir wollen auch kein Bandbreitenmodell, wir wollen das Vereinbarungsmodell. Damit lag Ihre Vorgängerin Frau Stapelfeldt richtig. Das damalige Gesetz war nur sehr schlampig gemacht, und das Oberverwaltungsgericht hat es in Bausch und Bogen in der Luft zerrissen und für verfassungswidrig erklärt. Die Konsequenz, dieses eigentlich richtige Modell anders, besser umzusetzen, haben Sie daraus nicht gezogen. Stattdessen hat die SPD einen sehr kompetenten Mann benannt, Herrn Weber, den ehemaligen Justiziar der Hochschulrektorenkonferenz, und er hat dazu gesagt, es sei nicht nachvollziehbar, was dieser Senat hier mache. Anstatt das alte Gesetz nachzubessern und konkrete, nachvollziehbare Kriterien für das Vereinbarungsmodell einzuführen, hat man ein völlig neues Gesetz aufgelegt. Das ist politisch falsch und juristisch hoch risikoreich. Das ist der erste Grund, warum wir dieses Gesetz ablehnen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Dann ist die Behörde einschließlich Ihrer Senatorin da offenbar juristisch äußerst naiv herangegangen. Auf Seite 1 der Drucksache steht, es gebe jetzt die Trennung von Binnen- und Außenverhältnis, und dann falle hier die Grundrechtsbezogenheit weg. Ich will nun nicht die ungefähr zehn Zitate nennen, die alle bestätigt haben, dass das falsch ist. Natürlich können Sie mit diesem billigen Trick der Trennung von Binnen- und Außenverhältnis nicht die Grundrechtsbezogenheit beseitigen. Diese gilt nach wie vor und ich befürchte, die Gerichte werden Ihnen das auch um die Ohren hauen. Das ist der zweite Grund, warum wir dieses Gesetz ablehnen.

Der dritte Punkt: Völlig unnötig haben Sie es juristisch noch komplizierter und gefährlicher gemacht. In Paragraph 3 Absatz 3 haben Sie ursprünglich neun, jetzt noch acht Regelungen eingeführt, die alle neu sind und die juristisch, gerichtlich noch nicht getestet sind. Jede einzelne dieser Regelungen, über die man diskutieren kann, birgt die Gefahr, dass auch dieses Gesetz wiederum vom Oberverwaltungsgericht kassiert wird. Warum gehen Sie das Risiko ein, anstatt das zu machen, was Herr Weber und viele andere empfohlen haben? Deshalb lehnen wir dieses Gesetz ebenfalls ab.

(Beifall bei der FDP)

Und dann die Sache mit dem Bandbreitenmodell. Das ist besser als die KapVO, das will keiner bestreiten, aber hören Sie doch auch da einmal zu, was Ihnen die Experten dazu gesagt haben. Da gibt es Herrn Lühje, den ehemaligen Präsidenten der Universität Hamburg und von der SPD, soweit ich weiß, und in die Deputation der Wissenschaftsbehörde benannt. Er hat sich dazu geäußert, was er vom Bandbreitenmodell hält, nämlich gar nichts. Er sagt, es sei besser als die KapVO, aber viel schlechter, als es ursprünglich besprochen war. Ihr eigener Mann findet das schlecht. Oder: Professor Brüggemann, der bei der Expertenanhörung für die Universität Hamburg anwesend war, hat die Idee des Bandbreitenmodells ebenfalls völlig zerrissen. Das Bandbreitenmodell mag einen Sinn haben in Flächenstaaten, aber zumindest in Stadtstaaten ist es ungeeignet. Das ist der vierte Grund, warum wir dieses Gesetz ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Nun aber zur Frage des Verfahrens. Da kann ich es Ihnen nun wirklich nicht ersparen, aus dem Beschluss des Akademischen Senats der Universität Hamburg zu berichten. Das ist eine längere Ausführung, ich will es einmal abkürzen. Erstens wird das Verfahren gerügt. Der Akademische Senat der Universität Hamburg wurde nicht beteiligt, das wird ausdrücklich gerügt. Und zu dem Gesetz sagen sie, es sei nicht geeignet für die Problematik dieser Hochschulen – eine klare und eindeutige vom Akademischen Senat beschlossene Meinung. Dieses Gesetz ist nach Meinung der Universität Hamburg – nicht der Einzelpersonen, doch des entscheidenden Gremiums – nicht geeignet und vom Verfahren her schlecht gelaufen. So ist die Wahrheit und nicht das, was Herr Tode uns erzählt hat.

(Beifall bei der FDP und bei *Dora Heyenn fraktionslos*)

Dann wurde von Herrn Tode erzählt, es sei doch eine offizielle Beteiligung vorgenommen worden. Das hat uns die Senatorin auch mehrfach erzählt. Ich habe mir erlaubt nachzufragen. Drucksache 21/3798, Fragen 1 bis 4 und 6 bis 7, das können Sie nachlesen. Da kam heraus, es gab überhaupt keine offizielle Beteiligung. Nebenbei in einem Standardgespräch wurde gesagt: Übrigens arbeiten wir am neuen Kapazitätsgesetz, vielleicht könnt ihr dazu auch etwas beitragen. Das war die Realität. Es gab nie eine offizielle Einladung, liebe Hochschulen, bitte schickt einmal jemanden, der da mitreden kann.

Dann habe ich gefragt, ob denn ein geschlossener Gesetzentwurf vorgelegt und mit den Hochschulen diskutiert wurde. Antwort des Senats aus derselben Drucksache, Frage 11, wörtliches Zitat:

"Ein geschlossener Gesetzestext wurde in keiner Sitzung erörtert."

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Sie haben ein bisschen Schattenboxen mit den Universitäten gespielt, aber Sie haben nicht ernsthaft über diesen Gesetzentwurf diskutiert. Es ist schlicht und einfach ein Skandal, was Sie uns alles erzählen.

(Beifall bei der FDP)

Nächster Punkt: Die Universität Hamburg bittet um eine Anhörung nach dem 21. April 2016, denn danach seien sie sprechbereit. Was beschließt die rot-grüne Mehrheit im Ausschuss gegen alle anderen Fraktionen? Sie setzen eine öffentliche Anhörung genau am 8. April 2016 durch und die Beschlussfassung am 19. April 2016. Meine Damen und Herren! Nach diesem Brandbrief, den Sie vom Akademischen Senat der Universität Hamburg bekommen haben, ist das nichts anderes als ein Schlag ins Gesicht der akademischen Selbstverwaltung. So geht man mit den Leuten nicht um. Das allein ist schon ein Grund, dieses Gesetz abzulehnen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dora Heyenn fraktionslos*)

Herr Dolzer hat es schon erwähnt, wir halten es für dringend erforderlich, zunächst einmal die Interimsregelung zu verlängern, um das sowohl mit den akademischen Gremien als auch juristisch zu besprechen. Deshalb hatten wir den Antrag gestellt – der von Ihnen abgelehnt worden ist –, diese Interimsregelung zu verlängern. Meine Damen und Herren, Frau Senatorin! Ganz offen: Sie pokern extrem hoch. Sie peitschen ein von vielfältigem Rat angegriffenes Gesetz einfach durch die Bürgerschaft. Wenn Sie damit scheitern, auf gut Deutsch, wenn das Oberverwaltungsgericht auch dieses Gesetz einkassiert, kann ich nur eines empfehlen: Sie müssen zurücktreten. Denn wer so vorgeht, gegen allen Rat ein Gesetz zu beschließen, der hat im Amt nichts mehr zu suchen.

(Beifall bei der FDP – Zurufe)

Nun habe ich ein kleines bisschen Verständnis für die Senatorin. Es gibt ein Zitat aus der schon mehrfach erwähnten öffentlichen Anhörung am 8. April 2016, das eigentlich alles sagt über ihre Kompetenz, zumindest was dieses Gesetz angeht. Das können Sie nachlesen auf Seite 35 des Wortprotokolls, da sagt unsere Senatorin – das ist kein Witz, wörtliches Zitat –:

"Ich habe dieses Gesetz sicherlich noch nicht bis in den letzten Detaillierungsgrad durchdrungen."

– Zitatende.

Aber wir sollen ein völlig schlechtes Gesetz plötzlich verabschieden. Diese Äußerung ist peinlich, aber vielsagend. Wir lehnen dieses Gesetz ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Von der AfD-Fraktion bekommt nun Herr Professor Kruse das Wort, ebenfalls für maximal drei Minuten.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir brauchen ein Kapazitätsgesetz, und zwar zur Sicherung der Qualität der Lehre, die bei gegebenen Mitteln eine Begrenzung erfordert. Aber die gegebenen Mittel sind das Problem. In einer Situation, wo die Universitäten nicht vernünftig finanziert sind, ist ihnen die Begrenzung zu eng und die Gefahr ist groß, dass zu wenige Studenten studieren können und die Lehre nicht gut genug ist. Aber jedes Kapazitätsgesetz ist in der Praxis eben auch ein Instrument der Politik, die Verantwortung für eine mangelhafte Finanzierung, die eigentlich der Senat, die Wissenschaftsbehörde zu tragen hat, auf die Universitäten abzuwälzen. Da zitiere ich einmal DIE LINKE, das tue ich am liebsten. Sie schreiben, das ist in der Drucksache auf Seite 6:

"[...] da mit dem Scheinargument der Hochschulautonomie die Verantwortung der Mangelverwaltung an die Hochschulen gegeben werden soll."

Das ist zweifellos richtig, da stimme ich der LINKEN zu. Die Idee der LINKEN ist aber, dass, wer immer an die Universität kommt, natürlich einen Studienplatz erhalten soll, quasi koste es, was es wolle. Das ist natürlich nicht vertretbar. So könnte man das machen, wenn wir private Universitäten hätten und jeder Studienplatz gewissermaßen selbst finanziert würde. In dem Augenblick, wo das nicht der Fall ist und wir aus Steuermitteln Kapazitäten schaffen, muss man sich sehr gut überlegen, welche Kapazitäten man schafft und in welcher Qualität sie angeboten werden können.

Ich will das jetzt nicht zu lang ausführen, weil ich nur drei Minuten habe. Die Frage ist also, was mit diesem Gesetz ist. Es ist keine Tatsache, dass alle dafür waren, wie Sie gesagt haben, Herr Tode, sondern es ist eher so, wie es die anderen Redner, Herr Ovens und Herr Schinnenburg, erläutert haben, dass es durchaus gemischte Positionen dazu gab. Ich habe mit verschiedenen meiner früheren Kollegen gesprochen, und die haben alle gesagt: Warum macht man das jetzt, was gibt es für einen Zeitdruck, warum diskutiert man nicht vernünftig? Genau das ist schon verschiedentlich zitiert worden; auf Seite 4 der Vorlage ist zu lesen, dass der Akademische Senat am 18. März 2016 gesagt hat, warum man nicht einfach die Interimsregelung verlängere und einmal vernünftig diskutiere, anstatt das jetzt übers Knie zu brechen. Aber da wir schon wissen, dass der Senat das jetzt auf Gedeih und Verderb übers Knie brechen will, können wir natürlich dem Gesetz nicht zustimmen, und wir werden uns enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Senatorin Fegebank.

(Zuruf: Sie brauchen ja auch eine Daseinsberechtigung!)

Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte auf die beiden großen Punkte eingehen, die angesprochen wurden. Das ist einmal die Frage des Verfahrens und dann natürlich noch die Frage der Inhalte dieses Kapazitätsrechts. Das wird ein bisschen durcheinandergewirbelt in der Debatte. Herr Ovens, Ihre vorsichtige Andeutung, dass sich die Universitäten hätten kaufen lassen für eine Zustimmung oder positive Voten in den Anhörungen, sollten Sie vielleicht noch einmal überdenken, weil das doch ein recht fragwürdiges Bild ist, das Sie hier von den Hochschulen und von den Präsidien zeichnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich will daher inhaltlich noch einmal kurz darstellen, um welche vier Punkte es tatsächlich geht bei diesem neuen Kapazitätsrecht. Wir wollen zum einen wieder Rechtssicherheit herstellen und schlagen daher mit dem Bandbreitenmodell eine Variante vor, die in mehreren Ländern, auch das ist schon angesprochen worden, erfolgreich praktiziert wird. Wir wollen den Hochschulen mehr Planungssicherheit geben und sehen daher im Gesetz Regelungen vor, um die Zahl der außerplanmäßigen Zulassungen zu senken. Wir wollen den Hochschulen mehr Autonomie geben und sie selbst über ihre Schwerpunktsetzungen entscheiden lassen. Auch das ist in den Diskussionen immer wieder ein wichtiger Punkt gewesen. Und nicht zuletzt wollen wir die staatliche Verantwortung für das Gesamtsystem wahren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vielleicht noch einmal zum Verfahren, weil auch hier einiges meiner Meinung nach durcheinandergelaufen ist. Es hat Anfang des Jahres 2015 die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gegeben und wir haben dann – ich mit meiner Amtsvorgängerin Dorothee Stapelfeldt – noch in den Koalitionsverhandlungen an einer schnellen und guten Lösung gearbeitet, um den Hochschulen in der Interimsphase Rechtssicherheit zu geben. Die Abgeordneten des Ausschusses werden sich erinnern, dass es auch Inhalt unserer allerersten gemeinsamen Sitzung gewesen ist, das Interimgesetz auf den Weg zu bringen, um eben die Rechtssicherheit zu gewährleisten. Diese Regelung hat sich als gerichtsfest erwiesen. Wir haben aber damals auch angekündigt, und das ist jetzt tatsächlich über ein Jahr her, dass wir eine Neuregelung brauchen, die sich zum einen mit den Entwicklungen im Hochschulsystem auseinandersetzt und gleichzeitig eine dauerhafte Rechtssicherheit gewährleistet. Das

heißt, wir haben damals schon gesagt, dass wir bewusst die Hochschulen am Entstehungsprozess beteiligen wollen. Das haben wir dem Ausschuss mitgeteilt, das haben wir auch den Hochschulen mitgeteilt und dies auch intensiv getan. Die verschiedenen Punkte sind von den Abgeordnetenkollegen schon angesprochen worden.

Was ich noch einmal deutlich machen möchte: Wir haben, anders als bei üblichen Beteiligungsverfahren, den Hochschulen nicht nur die Gelegenheit gegeben, zu einem bereits ausgearbeiteten Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, sondern wir haben sie in einem sehr frühen Stadium konkret mit den Inhalten konfrontiert und ihnen auch die Möglichkeit gegeben, Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung zu nehmen. Das war mir in diesem Fall sehr wichtig. Die einzelnen Runden sind vorhin schon angesprochen worden: das Parlament umfassend beteiligt, eine Expertenanhörung am 16. Februar 2016, eine öffentliche Anhörung am 8. April 2016 mit anschließenden Senatsbefragungen unter anderem am 22. März 2016, und dann eine weitere Sitzung zur Beratung am 19. April 2016. Das ist wirklich eine sehr umfängliche, nicht nur universitäre, sondern auch Ausschussbefassung gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt will ich noch einmal auf die einzelnen Punkte eingehen. Den Hochschulen mehr Autonomie geben, das heißt, dass die Hochschulen sich künftig über die sogenannten Curricularwerte selbst gestalten. Das funktioniert in vielen anderen, nämlich acht Bundesländern, außerordentlich gut und kann auch in Hamburg gut funktionieren. Den Gedanken, der auch in einigen Ausschusssitzungen immer wieder Geltung verliehen bekommen hat, dass ein Zuwachs von Hochschulautonomie nur bei einem gleichzeitigen Zuwachs von Geld, Herr Dolzer, sinnvoll ist, teile ich nicht, denn niemand kann besser über die kluge Organisation der Lehre entscheiden als die Hochschulen selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen den Hochschulen mehr Planungssicherheit geben, das heißt, die Anzahl der außerplanmäßigen Zulassungen durch Gerichtsentscheidungen senken. Auch hier sind schon einige der Sonderregelungen genannt worden, zum Beispiel zu vakanten Stellen und auch zu Lehraufträgen. Und weil der AStA vorhin mehrfach angeführt wurde als eine der kritischen Stimmen: Der AStA hat in seiner Stellungnahme ausdrücklich gelobt, dass wir uns hier auch mit diesen Sonderregelungen auseinandergesetzt haben.

Nicht zuletzt haben wir die staatliche Verantwortung für das Gesamtsystem, die wir wahren wollen. Das ist nicht nur politisch richtig, weil Bürgerschaft und Senat die Mittel für die Hochschulen bereitstellen, es ist auch verfassungsrechtlich erforderlich,

(Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank)

weil der Staat eine Schutzpflicht für das Grundrecht aus Artikel 12 des Grundgesetzes hat. Das beste System hierfür sind Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die für beide Seiten eine sinnvolle Synthese aus staatlicher Verantwortung und Autonomie darstellen, und genau das bildet dieses Gesetz ab.

Jetzt möchte ich noch einmal deutlich sagen, worum es bei der Neuregelung nicht geht, denn auch das ist hin und wieder durcheinandergewürfelt worden. Mit der Kapazitätsverordnung werden keine Studienanfängerzahlen festgelegt. Das legt der Titel vielleicht nahe, aber die Studienanfängerzahlen werden in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen im Dialog, in der Diskussion zwischen Behörde und den jeweiligen Hochschulen festgesetzt, und das ist auch jedem und jeder klar, der und die sich mit Hochschulrecht auskennt. Da jetzt immer wieder eine Vermischung herzuleiten, sowohl was die Hochschulfinanzierung als auch die Festlegung von Studienanfängerzahlen angeht, wird dem Gesetz einfach nicht gerecht.

Ich habe auch schon in der öffentlichen Anhörung gesagt, dass man dieses arme Kapazitätsrecht jetzt nutzt, um wirklich alle möglichen finanziellen Forderungen wie auch die Frage nach der Erhöhung der Anfängerkapazitäten dort zu diskutieren. Wir haben hier eine klare Regelung getroffen, wie die Kapazitäten innerhalb der Hochschulen verteilt werden, und das ist Sinn und Ziel dieses Gesetzes.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zu guter Letzt möchte ich noch einmal sagen, dass in Hamburg derzeit so viele Menschen studieren wie nie zuvor. Es wird auch politisches Ziel dieses Senats sein und bleiben und genauso mein Ziel als Wissenschaftssenatorin, dass wir nicht nur in den anstehenden Haushaltsberatungen, sondern auch perspektivisch gesehen eine hohe Zahl von jungen Menschen an die Universität bringen und eine gute, qualitativ hochwertige Ausbildung ermöglichen. Dafür werden wir kämpfen, völlig unabhängig von der Frage, wie dieses Gesetz ausgestaltet ist.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu dem Kapazitätsrecht und freue mich auf weitere Debatten Richtung Haushalt, was Finanzierung und Studienplatzzahlen angeht, aber das hat hier mit der Kapazitätsrechtsdebatte nichts zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer möchte gern der Empfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung folgen und das Gesetz zur Änderung kapazitätsrechtlicher Regelungen aus Drucksache 21/2519 mit den vom Ausschuss beschlossenen Änderungen beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Gesetz in erster Lesung beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer möchte dann das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum letzten Punkt für heute, dem neu eingefügten Punkt 19a unserer Tagesordnung, Drucksache 21/4421, Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft: Einspruch des Abgeordneten Dr. Ludwig Flocken gegen den Ausschluss aus der Bürgerschaftssitzung vom 27. April 2016.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Einspruch des Abgeordneten Dr. Ludwig Flocken gegen den Ausschluss aus der Bürgerschaftssitzung vom 27. April 2016
– Drs 21/4421 –]**

Der Einspruch ist Ihnen allen im Wortlaut zugegangen. Gemäß Paragraph 49 unserer Geschäftsordnung hat die Bürgerschaft ohne Beratung über diesen Einspruch zu entscheiden.

Wer möchte dem Einspruch des Abgeordneten Dr. Flocken stattgeben? – Wer möchte das nicht? – Wer enthält sich? – Damit ist der Einspruch abgelehnt.

Die Sitzung ist für heute beendet.

Ende: 21.33 Uhr

